

Die

Finanz- und Steuergesinnung

des

Schweizervolkes

Resultate einer repräsentativen
Meinungsumfrage

vom Herbst und Winter 1976

durchgeführt von der
Schweiz. Gesellschaft für prakt. Sozialforschung
Zürich

vorbereitet mit Unterstützung von
Beamten des Eidg. Finanzdepartementes

ausgewertet und verfasst vom
Forschungszentrum für schweizerische Politik
an der Universität Bern

verantwortlich: Prof. Dr. Erich Gruner
Hanspeter Hertig lic. rer. pol.

Erste Ergebnisse der Meinungsumfrage
betreffend Steuer- und Finanzfragen

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
1. Technisch-methodische Vorbemerkungen über das gesammelte Material und seine Auswertung	2
11. Anlage, Umfang und Etappen der Gesamtumfrage	2
12. Auswertung der Gesamtumfrage und der Ergebnisse der einzelnen Etappen	2
2. Finanzgesinnung	
21. Die Einstellung zum Finanzpaket	6
22. Kenntnisstand betreffend Finanzsituation	7
221 Kenntnis des Defizits und seiner Grösse	7
222 Die Kenntnis über mögliche Ursachen der Ausgabenflut	7
23. Einstellung zu der zukünftigen Ausgabenpolitik	8
3. Beurteilung von Einsparungsmöglichkeiten im Bundeshaushalt	9
31. Kenntnisstand: Wie gross wird der Prozentsatz der gesetzlich gebundenen Ausgaben eingeschätzt?	9
32. Ist der Bund sparsam?	9
33. Sparen, Schuldenmachen oder Banknotendrucken?	10
34. Einschätzung der Ausgaben für die 12 Aufgabengebiete des Bundes und Rangunterschiede zwischen effektivem und geschätztem Gewicht	11
35. Sparvorschläge. Für welche Gebiete soll mehr, für welche soll weniger ausgegeben werden?	13
36. Sind die von Sparmassnahmen Betroffenen bereit, Einschränkungen oder Ersatzleistungen auf sich zu nehmen?	17
4. Wie wird die persönliche Steuerbelastung empfunden?	19
41. Kenntnis des für Steuern aufgewendeten Einkommensanteils	19
42. Kenntnis des an Gemeinde, Kanton und Bund fliessenden Steueranteils	20
5. Die Einstellung zur Erschliessung neuer Steuerquellen zur Verbesserung der Einnahmen	22
51. Kenntnisstand auf der Einnahmenseite	22
52. Der Kenntnisstand über kommende Veränderungen in der Struktur der Bundeseinnahmen	22
53. Bereitschaft zur Einführung neuer Steuern	24
6. Steuerabgabepreferenzen für Gemeinde, Kanton oder Bund	28

	<u>Seite</u>
7. Gibt es merkmaltypische Trends in der Einstellung zu finanzpolitischen Fragen?	30
71. Technisch-redaktionelle Bemerkungen	30
72. Kommentar zur Tabelle "Merkmaltypische Trends in ausgewählten Einstellungen finanzpolitischer Art	30
73. Finanzpaket und Merkmalsgruppen	31
74. Schlussbemerkungen zu Kapitel 7	31

1. Technisch-methodische Vorbemerkungen über das gesammelte Material und seine Auswertung

11. Anlage, Umfang und Etappen der Gesamtumfrage

Der Entschluss zu einer Umfrage wurde anfang August 1976 gefasst, und zwar mit dem Wunsch, bis zur Beratung des Ständerates im September eine erste, im August/September durchgeführte Befragung auszuwerten und die Resultate der zweiten Umfrage für anfang Dezember (Differenzbereinigung) bereit zu halten (Oktober/November durchzuführen). Der zweite Fragebogen musste wegen Ferienabwesenheit der beiden Verantwortlichen, Dr. Ebersold und E. Gruner, bereits Mitte September abgeschlossen werden. Es konnten aber die wichtigsten Resultate der Beratungen der Ständeratskommission noch einbezogen werden. Die beiden Fragebogen umfassen je ca 40 Fragen (ohne Unterfragen). Sie werden mit einer Reihe von statistischen Merkmalen kombiniert, welche für die sozioökonomischen und politischen Verhältnisse aussagekräftig sind. Gewisse für die Finanzpolitik besonders wichtige Fragen werden miteinander kombiniert; z.B. die Einstellung zum Finanzpaket mit dem Gefühl für subjektive Steuerbelastung oder für Steuergerechtigkeit. Die erste Umfrage enthält auch offene Fragen; sie können erst im Oktober ausgewertet werden. Dieser Zeitplan ging von der Voraussetzung aus, dass die Volksabstimmung im März 1977 stattfindet. Die Fragen wurden deshalb von Anfang an ebenfalls darauf ausgerichtet, möglichst viele Unterlagen für die Information der Stimmbürger und für den Abstimmungskampf zeitgerecht bereitzustellen.

12. Auswertung der Gesamtumfrage und der Ergebnisse der einzelnen Etappen

Die Ergebnisse der ersten Etappe mussten unter Zeitdruck ausgewertet werden. Das vorliegende Material wurde deshalb im Hinblick auf die Behandlung im Ständerat selektiv behandelt. Einzelne für die Ständeratsdebatte wichtige Spezialfragen, welche z.B. Einzelheiten der Mehrwertsteuer betreffen, konnten erst in die zweite Umfrage aufgenommen werden. Wir konzentrierten uns auf die grundsätzlichen Fragen und auf gewisse für die heutige Diskussion bezeichnende Einstellungen und auf den Kenntnisstand der Bevölkerung. Um dem flüchtigen Leser den Ueberblick zu erleichtern, haben wir auf den ersten Seiten ein detailliertes Inhaltsverzeichnis mit Seitenverweisen beigegeben.

Für den Benützer der folgenden Ausführungen ist es wichtig, über die statistischen Merkmalsgruppen orientiert zu werden. Wir zählen sie der Reihe nach auf, wobei wir die wenig ergiebigen weglassen.

- 1 Allgemeine Merkmale
11. Geschlecht
12. 3 Altersklassen (20-39, 40-64, 65-84)
13. 2 Lohnklassen (1. Gutsituierte (38,3 %); 2. Unterer Mittelstand, wenig Bemittelte (61,7%))
14. Sprache (Deutsche und französische Schweiz; Tessin fehlt)
15. Stadt und Land
16. Erwerbs- und Berufsgruppen unter Berücksichtigung der sozialen Schichtung
- 161 Selbständige, leitende Angestellte und Beamte (176; 25,4 %)
- 162 Angestellte und Beamte in mittlerer Stellung (184; 26,5 %)
- 163 Angestellte und Beamte in unterer Stellung (60; 8,6 %)
- 164 Landwirte (selbständig) (55; 7,9 %)
- 165 Arbeiter (manuell Tätige) (194; 28,0 %)
- 166 Rentner, Studenten, Uebrige (24; 3,5 %)
(Verheiratete Frauen, die keinen selbständigen Beruf ausüben, geben den Beruf ihres Ehemannes an)
17. Stimmbeteiligung
- 171 sehr häufig oder regelmässig 51 %
- 172 gelegentlich oder selten 36 %
- 173 nie 13 %
18. Parteisympathien Nur Parteien (100 %)
- 181 Freisinn 13 % 22 %
- 182 CVP 9 % 16 %
- 183 SPS 18 % 31 %
- 184 SVP 8 % 13 %
- 185 Uebrige Parteien 10 % 18 %
- 186 Keine Sympathie für eine bestimmte Partei 42 %
100 %
19. Zufriedenheit mit allgemeiner Lebenssituation
- 191 ganz oder weitgehend 54 %
- 192 einigermaßen, kaum, nicht 43 % (3 % ohne Angabe)
- 2 Korrelation mit aufschlussreichen finanzpolitischen Fragen
21. Steuerbelastung als sehr hoch und zu hoch empfunden 26 %
- Steuerbelastung als angemessen, tragbar, günstig oder ziemlich günstig empfunden 71 %
22. Keine Meinung oder keine Antwort 3 %
- Finanzgebaren des Bundes
- 221 haushälterisch oder sparsam 15 %
- 222 zu grosszügig oder zu wenig sparsam 58 %
- 223 neutral und keine Antwort 27 %

231 Zustimmung zum Finanzpaket	48,7 %
232 Ablehnung des Finanzpaketes	37,6 %
233 Keine Meinung, keine Antwort	13,7 %

Die Kombination dieser Merkmals- und Fragegruppen ergibt Zehntausende von Zahlen. Es konnte für uns nicht in Frage kommen, alle in diesem Zahlenhaufen enthaltenen Auskünfte auszubreiten. Wir haben eine gewisse Technik entwickeln müssen, um die je Merkmalsgruppe augenfälligsten Abweichungen vom Durchschnitt zu erfassen; wir konnten uns dabei auf keine mathematischen Berechnungen einlassen (z.B. Korrelationsrechnungen, Signifikanztests). Denn diese wären infolge der geringen Häufigkeiten in vielen Antwortkategorien wenig aussagekräftig. Hingegen haben wir bei wichtigen Merkmalen gewisse Prozentzahlen angegeben, damit sich der Leser bei der Verwendung oft vorkommender Vergleiche bewusst ist, dass einzelne, gemessen an der uns bekannten Wirklichkeit, nicht immer zuverlässig sein können, weil es eben auch die Antworten nicht sind.

Obschon das Sample von 700 Befragten statistisch als repräsentativ betrachtet werden kann, möchten wir auf einzelne mögliche, meist zufällig bedingte Vereinfachungen und Verzerrungen hinweisen. Die zwei oberen Stimmbeteiligungskategorien (171 + 172) müssten in Wirklichkeit wohl eher umgekehrt werden (Regelmässig Teilnehmende: 36 %; gelegentlich Teilnehmende: 51 %). Bei den Parteien fällt auf, dass die CVP etwas unter-, die SPS dagegen etwas übervertreten ist. Schliesslich ist zu bemerken, dass die Kategorie Arbeiter nicht erwartungsgemäss am stärksten in der SPS zu finden ist, sondern bloss zu 23 %; 46 % der Arbeiter sind ohne Parteiaffinität. In der französischen Schweiz sind im Sample prozentual etwas mehr Arbeiter und Bewohner ländlicher Gebiete vertreten als in der deutschen Schweiz. Das kann die auffallende Verschiedenartigkeit des Votums der Romands noch zusätzlich verstärkt haben, abgesehen davon, dass diese ihr Nichtwissen bedeutend offener eingestehen als die Deutschschweizer. So antworten 29 % der Befragten nicht auf die Frage, wie viel % der Bundesausgaben gesetzlich gebunden seien. Bei den Deutschschweizern sind es 22 %, bei den Romands dagegen 54 %, die ihr Nichtwissen eingestehen. Ueberproportional meinungslos sind auch die Jungen. Wir unterstreichen dies, weil wir betonen möchten, dass man viele unserer Schlüsse nicht als absolute Wahrheiten, sondern bloss als Tendenzen betrachten sollte.

Wir werden freilich nur in selteneren Fällen so weit gehen, dass wir die Einstellungen der Befragten nach einzelnen Merkmalsgruppen unterscheiden können. Das hätte nicht nur die Bedürfnisse des Lesers überfordert, sondern auch unsere Kapazität überfordert. Wir werden deshalb

in erster Linie immer von durchschnittlichen Proportionen ausgehen und nur in Ausnahmefällen auf sehr auffallende Einzelheiten hinweisen, die für den Politiker aufschlussreich sein können. Dagegen versuchen wir abschliessend, auf einige vorhandene (oder nicht vorhandene) Trends hinzuweisen, z.B. auf signifikante Unterschiede zwischen deutscher und französischer Schweiz, zwischen Berufsgruppen oder Parteien. Wichtig sind solche Unterscheidungen vor allem im Hinblick auf die Information. Denn man möchte doch wissen, welche Gruppen man auf was für eine besondere Weise ansprechen soll.

2. Finanzgesinnung

21. Die Einstellung zum Finanzpaket

Zum Schluss der Befragung wurde den Befragten die folgende, vom Finanzdepartement formulierte Frage vorgelegt:

" Die Finanzplanung des Bundes ergibt - ohne Massnahmen zur Beschaffung von Mehreinnahmen - für die Jahre 1977 bis 1979 wachsende Defizite zwischen 2 bis 4 Milliarden. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass dieser unbefriedigenden Entwicklung des Bundeshaushaltes nicht allein von der Ausgabenseite her beizukommen ist, sondern vielmehr neue Einnahmen erschlossen werden müssen. In seiner Vorlage über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanz- und Steuerrechtes des Bundes schlägt er daher die Umgestaltung der heutigen Warenumsatzsteuer in eine ergiebigere Mehrwertsteuer vor. Daraus werden Mehreinnahmen in der Grössenordnung von 3 Milliarden erwartet. Gleichzeitig beantragt der Bundesrat, den Tarif bei der Wehrsteuer so zu ändern, dass die kleineren und mittleren Einkommen schwächer besteuert werden sollen. Dadurch entstehen dem Bund Einnahmehausfälle von rund 400 Millionen. Gesamthaft soll das Finanzpaket des Bundesrates dem Bund höhere Steuereinnahmen von etwa 2,5 Milliarden verschaffen. Die Vorlage gelangt voraussichtlich im nächsten Jahr zur Abstimmung."

Trotz der etwas anspruchsvollen Formulierung darf man annehmen, dass der Grossteil der Befragten die Frage verstanden haben dürfte, da die Mehrwertsteuer unmittelbar vorher "narrensicher" erklärt worden ist und ebenso alle übrigen wesentlichen Elemente der Frage im Verlauf des Interviews ausgiebig diskutiert worden sind. Wir geben im folgenden nur das Gesamtergebnis in aller Kürze wieder und kommen am Schluss ausführlicher darauf zurück.

Einstellung zum Finanzpaket

	Befragte			<u>Kann das Defizit allein durch Sparen beseitigt werden?</u>	
	abs.	%			
Ja	338	48,7	= 100 % :	Ja	37,5 %
Nein	261	37,6		Nein	60,0 %
Keine Meinung/Ant.	95	13,7		Keine Antw.	<u>2,5 %</u>
	<hr/>	<hr/>			
	694	100 %			100 %

Wichtig scheinen mir zwei Beobachtungen

1. Ein für eine Abstimmung ausschlaggebender Prozentsatz ist noch unentschieden.

Würden sich die Unentschiedenen auf die Nein-Seite schlagen, verfügte diese über eine Mehrheit. Wie sich diese Unentschiedenen je nach Merkmalen verteilen, wird am Schluss genauer analysiert.

2. Die Neinsager glauben nur zu einem Drittel, dass das Defizit ausschliesslich durch Sparmassnahmen beseitigt werden könnte. Sie machen nur ca. 15 % aller Befragten aus.

22. Kenntnisstand betreffend Finanzsituation

221 Kenntnis des Defizits und seiner Grösse

Gegen 90 % der Befragten wissen, dass der Bund ein Defizit macht. Von je ungefähr einer Hälfte (43 % und 45 %) wird dieses als ziemlich gross oder als sehr gross empfunden. Bei den Korrelationen zu andern Fragen und Merkmalen ist einzig interessant, dass

die Gegner des Finanzpaktes es zu 52 % als sehr gross empfinden
die Befürworter " nur zu 41 %.

Bei den Parteien:	FdP	50 %
	CVP	54 %
	SVP	73 %
	SPS dage-	
	gen	40 %

Gute Stimmgänger 53 %

Unregelmässige und Nichtteilnehmer nur 34 - 38 %

Der Schluss liegt nahe:

Skeptiker und Gegner der Finanzreform maximalisieren also das Defizit.

Politisch Integrierte mit höherem Wissensstand neigen zu einem ähnlichen Verhalten.

Schlechte Stimmgänger - zu ihnen gehören in der Regel die SP-Sympathisanten - minimalisieren es.

222 Die Kenntnis über mögliche Ursachen der Ausgabenflut

Sie wurde durch spontane Nennungen getestet. Es weist auf einen geringen Wissensstand hin, wenn das Maximum an gleichen Nennungen (28 %) auf den allgemeinen Gedanken lautet, "der Staat habe neue Aufgaben übernommen". Politisch interessant ist einzig, dass die "Ausgabenfreudigkeit des Parlaments" 17 % und eine "zu wenig sparsame Verwaltung" 26 % der Nennungen erreichen. Pikant ist, dass in beiden Fällen

SVP (31 %) und Bauern (40 %) überdurchschnittlich viele Nennungen aufweisen, obschon sie sonst den Staat eher als sparsam bezeichnen. Die andern grossen Parteien weisen unterdurchschnittliche Werte auf.

23. Einstellung zu der zukünftigen Ausgabenpolitik

Um die Einstellung zu den in der Motion Weber-Uri enthaltenen Gedanken zu testen, wurden den Befragten in zweierlei Optik verschiedene Varianten zur Auswahl vorgeschlagen. Wir geben zuerst die blosse Prozentverteilung in den Antworten wieder.

I		II	
1. Freies, unbegrenztes Wachstum	2 %	1. Nur Einnahmenverbesserung	5 %
2. Gebremstes Wachstum von max. 6 % im Rahmen der Steigerung BSP	31 %	2. Sowohl Sparen wie Einnahmenverbesserung	49 %
3. Ohne jegliche Ausgabensteigerung = Plafonierung	22 %		
4. Sofortige Reduktion der Ausgaben	39 %	3. Blosse Ausgabensenkung	44 %
5. Keine Meinung	6 %	4. Keine Meinung	2 %

Wir sind dieser Frage schon unter 21 begegnet, als wir feststellten, dass nur ein Drittel der Finanzpaketgegner, d.h. ca. 15 % aller Befragten, glauben, der Bundeshaushalt sei ausschliesslich durchs Sparen ins Gleichgewicht zu bringen. Fragt man von anderen Aspekten aus wie hier, erscheinen die "Nur-Sparer" sofort zahlreicher, besonders wenn man sie ihrerseits mit der Einstellung zum Finanzpaket in Verbindung bringt. Sie stellen dann die Hälfte aller Finanzpaketgegner dar. Andererseits befindet sich auch ca. ein Drittel der Nur-Sparer unter denen, die das Finanzpaket annehmen wollen. Wir werden immer wieder - besonders im Zusammenhang mit konkreten Sparvorschlägen - auf dieselbe Erscheinung stossen:

Die Erkenntnis des Ist-Zustandes steht in keiner oder nur in einer schwer nachvollziehbaren Relation zur Annahme oder Ablehnung des Finanzpaketes.

3. Beurteilung von Einsparungsmöglichkeiten im Bundeshaushalt

31. Kenntnisstand: Wie gross wird der Prozentsatz der gesetzlich gebundenen Ausgaben eingeschätzt?

Die Befragten konnten zwischen 10 Skalen (je eine Spanne von 10 % zwischen 0 und 100 %) auswählen. Fasst man diese Spannen zusammen und unterscheidet zwischen 1. Ahnungslosen (unter 50 %), 2. mangelhaft Orientierten (51-80 und 91-100%) und 3. einigermaßen Treffsicheren (81-90%), fallen auf:

1. 14 %
2. 50 % ca.
3. 6 % ca.
4. 29 % : Keine Meinung, keine Kenntnis.

Im Verhältnis zum Finanzpaket zeigt sich:

Je weniger man in dieser Hinsicht weiss, umso weniger ist man bereit, das Finanzpaket anzunehmen.

Bei den Treffsicheren ist der Prozentsatz der Ablehnenden leicht grösser, was bei 6 % wenig aussagekräftig ist.

32. Ist der Bund sparsam?

Diese Frage wurde schlecht beantwortet. 27 % wollten sich hiezu nicht äussern. Nur 15 % betrachten ihn als sparsam, 58 % als allzu freigebig. Die Verbindung mit andern Merkmalen und andern aufschlussreichen Einstellungen erfolgt in einer Tabelle am Schluss.

Etwas anders gestellt, lautete eine Frage, wie gross man die Erfolgchancen einer Austerity-Politik einschätze. Die Antworten konnten auf einer Erfolgsskala von 1-10 gegeben werden. Aus der Distanz zwischen den "Antwort-Schwerpunkten" und dem Mittel von 5 ergibt sich eine grosse Streuung rund um den Durchschnitt von 5,48 Punkten. Man neigt also nur ganz schwach dazu, an die Erfolgsmöglichkeiten konsequenten Sparens zu glauben. Interessant ist einzig:

Die französische Schweiz glaubt mit 6,48 Punkten weit mehr an die Früchte solcher Sparpolitik als die deutsche (5,19). 17,5 % aller Romands glauben an einen vollen Erfolg (Skala 10), gegenüber nur 2,7 % der Deutschschweizer. Die Freunde des Finanzpaketes erwarten ebenfalls mehr vom Sparen (5,65) als die Gegner (5,27).

Deutliche Zeichen des Sparwillens kämen also den Befürwortern des Sparpaketes und insbesondere den Romands entgegen.

Es ist freilich schon jetzt auf die Einschränkungen zu verweisen. Die konkreten Sparwünsche bewegen sich in einer politisch illusorischen Richtung!

33. Sparen, Schuldenmachen oder Banknotendruck?

Wie wenig realistisch die Sparfreunde oder "Sparfanatiker" sind, zeigt sich bei weiteren Alternativen. Da sich die Befragten zunächst zwischen mehreren Varianten aussprechen konnten, sind die Antworten wenig brauchbar.

1. Der Staat darf Schulden machen; ja dies bietet sogar Vorteile:	10 %
2. Schulden sind ein Mittel, um den Staat zum Sparen anzuhalten:	19 %
3. Der Staat hat Schulden zu vermeiden oder wenn möglich zu tilgen:	25 %
4. Der Staat muss Reserven für schlechte Zeiten <u>Anlegen</u> :	36 %

Bezeichnenderweise findet dieser letzte, heute völlig irrealer Vorschlag am meisten Befürworter! Es wäre interessant zu wissen, wie die Befürworter einer konjunkturellen Finanzpolitik auf diese Frage geantwortet hätten, als man zwischen 1958 und 1967 die Steuern völlig konjunkturwidrig senkte! Aufschlüsse über Querverbindungen zur Einstellung zum Finanzpaket ergeben sich kaum.

Das einfache Entweder - Oder:

		<u>Finanzpaket</u>	
		Ja	Nein
Pro Verschuldung	7,5 %	10,9 %	4,6 %
Contra Verschuldung	83,1 %	80,5	88,1
Keine Meinung, keine Antw.	9,4 %		
	<u>100 %</u>	<u>100 %</u>	<u>100 %</u>

ist viel eindeutiger, zeigt aber infolge der einseitigen Verteilung wenig aufschlussreiche Differenzierungen.

Ebenso wenig aussagekräftig ist die Alternative für die Defizitbeseitigung

		<u>Finanzpaket</u>	
		Ja	Nein
1. Durch "Banknotenfabrikation"	7,6 %	11,2 %	5,0 %
2. Gegen "Banknotenfabrikation"	76,7 %	74,6 %	83,9 %
3. Keine Meinung, keine Antwort	15,7 %	14,9 %	10,7 %
	<u>100 %</u>	ca. 100 %	ca. 100 %

Sie zeigt einzig, dass sich die Befürworter des Finanzpaketes - unter diesem Aspekt betrachtet - offenbar aus zwei Gruppen zusammensetzen.

1. Leute, denen jedes Mittel recht ist, um dem Bunde genügend Geld zukommen zu lassen.
2. Leute, die ihm das Geld nur unter der Bedingung von Einsparungen geben wollen.

34. Einschätzung der Ausgaben für die 12 Aufgabengebiete des Bundes und Rangunterschiede zwischen effektivem und geschätztem Gewicht

Die Umfrage wurde eingeleitet durch die Bitte, spontan zu sagen, welche staatlichen Leistungen den Befragten in erster oder zweiter Linie einfallen. Es waren also insgesamt zwei Nennungen möglich. Die folgende Aufstellung zeigt, welche Aufgabengebiete von der objektiven Seite staatlicher Leistungen aus in welcher Rangfolge stehen, und wie bekannt sie sind. Sie erlaubt uns, die später zitierten Sparvorschläge besser zu beurteilen.

	Erstnennung	Bekanntheitsgrad
1. Autobahnen	35 %	40 %
2. Landesverteidigung	18 %	34 %
3. Hochschulförderung und Bildung	15 %	32 %
4. AHV	9 %	32 %
5. Sozialdienste und Arbeitslosenversicherung	5 %	27 %
6. Eisenbahnen	2 %	25 %

Interessanter ist nun die Rangordnung, welche die Befragten aufgrund der Kenntnis der 12 wichtigsten Aufgabengebiete des Bundes sowie der geschätzten Quote der Ausgaben selbst erstellt haben, aber ohne Kenntnis ihres prozentualen Anteils am Ausgabentotal. Wir stellen die wirkliche und die geschätzte Rangordnung einander in der folgenden Tabelle gegenüber und bestimmen den Wechsel, der von den Befragten in dieser nach oben und nach unten vorgenommen worden ist. Dieser ist so augenscheinlich, dass es keiner besonderen Rangkorrelationsrechnung bedarf.

Rangordnung der Ausgaben des Bundes

	Effektive Rangordnung	Geschätzte Rangordnung in der Befragung	Einschätzungsindex
21%	1. Landesverteidigung	1. Landesverteidigung	0
14%	2. Diverses (Wohnbauförd., Luftfahrt)	2. Nationalstrassen	+ 4
12%	3. AHV/IV	3. AHV/IV	0
11%	4. Finanzausgaben (Kantonsanteile an Bundessteuern)	4. Bahnen	+ 3
10%	5. Landwirtschaft	5. Landwirtschaft	0

Die Rangfolge wird aufgrund des Mittels gebildet, das sich aus den zwölf Gewichtungen ergibt, die jeder Befragte vorzunehmen hatte. Je näher der geschätzte Wert auf der Skala zwischen 1 und 12 dem realen Wert liegt, desto realistischer wurde geschätzt. Zur besseren Verständlichkeit haben wir die oft nahe beieinander liegenden Dezimalwerte auf eine Skala von 1 bis 100 übertragen.

Gewichtung der geschätzten Rangfolge

(1) Landesverteidigung	1 X
(2) Nationalstrassen	21
(3) AHV/IV	27 X
(4) Bahnen	44
(5) Landwirtschaft	45 X
(6) Finanzausgaben (Transfer)	51
(7) Behörden/allg. Verwaltung	53
(8) Hochschulen	59
(9) Krankenversicherung	65
(10) Forschung	73
(11) Entwicklungshilfe	86
(12) Diverses (Wohnbauförderung, Luftfahrt etc.)	97



Auf diese Weise wird ersichtlich, dass Treffsicherheit in der Gewichtung der Ausgabengruppen einzig bei der Landesverteidigung, bei der AHV und bei der Landwirtschaft besteht. Die Abstände deuten an, dass gewisse Gebiete in der Gewichtung der Betrachter im Verhältnis zueinander näher, andere ferner liegen.

In den Rangverschiebungen kommt zum Ausdruck, dass die Ausgaben für die Nationalstrassen, die Bahnen, die Behörden, die Forschung und die Entwicklungshilfe z.T. bedeutend zu hoch eingeschätzt werden.

Dagegen werden bezeichnenderweise die Transferausgaben des Bundes zu tief eingeschätzt. Dass diejenigen für Diverses viel zu gering liegen, ist nicht erstaunlich.

Nun sind freilich auch hier die Unterschiede zwischen dem Mittel der gewichteten geschätzten Rangfolge und den verschiedenen Merkmalsgruppen aufschlussreich. Hier zeigt sich:

Je höher die Ziffer für eine Merkmalsgruppe über dem allgemeinen Mittel liegt, als desto geringer wird das Gewicht der Ausgaben von den betreffenden Gruppen eingestuft. So unterschätzen die Bauern und Mitglieder der SVP das Gewicht der Landwirtschaftssubventionen ganz

• beträchtlich, während umgekehrt die Alten das finanzielle Gewicht der Entwicklungshilfe besonders überschätzen. Wir haben versucht herauszufinden, ob sich gewisse Komplementärgruppen in der Ueber- und Unterschätzung einzelner Aufgabenbereiche bei bestimmten Gruppen herausfinden lassen, etwa zwischen Landesverteidigung und Entwicklungshilfe oder zwischen Nationalstrassen und Eisenbahnen. Dies ist aber nur ausnahmsweise der Fall. Wir beschränken uns deshalb auf den Ausgabenkomplex Kantonsanteile an Bundessteuern und Zinsen. Es zeigt sich, dass gerade diejenigen, denen diese Transferausgaben zugutekommen, die betreffende Ausgabengruppe verniedlichen:

Alte, Romands, Bauern, Arbeiter, Rentner, Landwirte, CVP, SVP.

Im übrigen verweisen wir auf eine ähnlich angelegte Tabelle zu einer verwandten Frage (Abschnitt 351), auf der wir die Differenzen nach den am meisten abweichenden Merkmalsgruppen in extenso wiedergeben.

35. Sparvorschläge

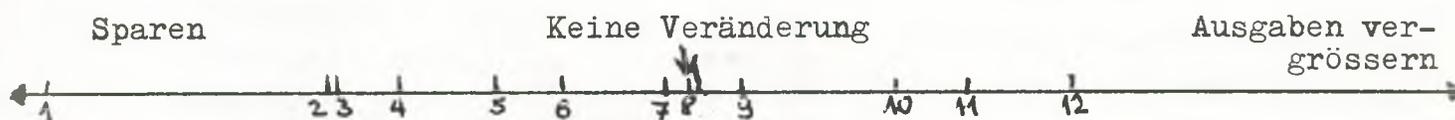
Für welche Gebiete soll mehr, für welche soll weniger ausgegeben werden?

Nachdem die Befragten, über die effektiven Ausgaben (absolut und anteilmässig) orientiert worden waren, wurden sie aufgefordert, anzugeben, wo sie "viel oder etwas mehr", und wo sie "etwas oder viel weniger", und wo sie gleich viel ausgeben wollten. Aus den möglichen Nennungen wurde das arithmetische Mittel berechnet. Es bewegt sich zwischen (-1) und (+1). Wir haben die Skala (wie im vorhergehenden Fall) zwischen 1 und 12 durch Multiplikation mit 100 in eine Skala zwischen (-100) und (+100) verwandelt. Daraus ergibt sich die unten abgebildete Rangordnung. Die Aufgabengebiete, bei denen das Sparen als am dringlichsten bezeichnet wird, entsprechen den höchsten Minus-Werten. Diejenigen, bei denen die Ausgaben vermehrt werden sollen, folgen in der Reihe der Pluswerte.

Gewünschte Veränderung der Ausgaben
 "Sparen oder Ausgaben vergrössern?"

(1) Landesverteidigung	- 86	↑ Sparen (mit zunehmenden Minus-Werten wird vermehrtes Sparen ge- fordert)
(2) Nationalstrassen	- 49	
(3) Behörden/allg. Verwaltung	- 48	
(4) Diverses (Wohnbau- förderung/Luftfahrt)	- 40	
(5) Finanzausgaben (Kan- tonsanteile an Bundes- steuern)	- 27	
(6) Landwirtschaft	- 18	
(7) Bahnen	- 05	
(8) Entwicklungshilfe	- 01	

(9) Hochschulen	+ 05	↓ Ausgaben vergrössern (mit zunehmenden Plus-Werten wird eine Vermehrung der Ausgaben gefordert)
(10) AHV/IV	+ 25	
(11) Forschung	+ 35	
(12) Krankenversicherung	+ 39	



Ein Kommentar erübrigt sich. Umso sprechender ist nun die grosse Ueberblickstabelle^x, aus der ersichtlich ist, welche Merkmalsgruppen (z.B. Alters-, Sprach- und Berufsgruppen, Parteien usw) welche Spar- und Ausgabenpräferenzen haben. Kurz ein Kommentar, wie diese Tabelle gelesen werden muss. Sie zeigt links den Anteil der 12 Aufgabengruppen an den effektiven Ausgaben und die entsprechende Rangordnung. Dann folgt die gewünschte Rangordnung, wobei die Spitze (Ziffer 1) die höchste Dringlichkeitsstufe für Sparmassnahmen darstellt. Sodann folgt der dem Durchschnitt aller Befragten entsprechende Rang. Er ist identisch mit demjenigen auf der oben publizierten kleinen Tabelle.

Anschliessend folgen die Merkmalsgruppen, und zwar haben wir nicht die effektiven Minus- und Pluswerte angegeben, sondern die Differenzen zwischen dem Durchschnitt und den Werten der betreffenden Gruppe. Ein Beispiel: die Landesverteidigung:

Merkmalsgruppen	Freis.	CVP	SP	SVP	Div.P.	keine P.
	- 59	- 64	-124	- 35	-103	- 86
Durchschnitt	- 86	- 86	- 86	- 86	- 86	- 86
Differenz	+ 27	+ 22	- 38	+ 51	- 17	0

Die Differenzen zeigen also, um wie viel positiver (Freisinn, CVP, SVP) oder negativer (SP, Diverse Parteien) die Sympathisanten der betreffenden Parteien dem durchschnittlich eingestuften ausgabenmässigen Gewicht gegenüber stehen. Im Vergleich zu anderen, bevorzugten Aufgabengebieten stehen zwar die Sympathisanten aller Parteien der Landesverteidigung in gleicher Weise negativer gegenüber als z.B. der AHV oder der Forschung. Aber relativ am wenigsten abbauen möchten die Anhänger der SVP und relativ am meisten die der SPS. Wer sich die Zeit nimmt, diese Tabelle genau zu studieren, wird dabei ein bisher völlig unbekanntes Bild der politischen Landschaft der Schweiz entdecken.

Für den eiligen Leser haben wir eine kurze Zusammenfassung erstellt, in welcher wir die Ausgabenpräferenzen in eine bei 1 beginnende arithmetische Reihenfolge gebracht haben. Die grösste Spardringlichkeit beginnt bei der Landesverteidigung (1). Interessant ist vor allem der Vergleich mit Ja und Nein zum Finanzpaket.

" Wo soll gespart werden? "

	Gewichtete Dringlichkeitsstufung Total	Finanzpaket		Weniger als ϕ
		Ja	Nein	
Landesverteidigung	1	1	1	
Nationalstrassen	38	38	32	- 6
Behörden/allg.Verwaltung	39	41	28	-11
Diverse (Wohnbauförd./Luftf.)	47	51	36	-11
Finanzausgaben (Transfer)	60	- <u>43</u>	26	-34
Landwirtschaft	69	75	51	-18
Bahnen	82	97	82	
Entwicklungshilfe	86	99	67	- 19
Hochschulen	92	93	81	-11
AHV/IV	112	119	100	-12
Forschung	122	125	85	-37
Krankenversicherung	126	129	115	-11

Kommentar: 1 bedeutet höchste Dringlichkeitsstufe für Sparmassnahmen

Interpretation Frage 29 (2)

- bei den Totalwerten fällt der überdurchschnittlich grosse Abstand in der Spardringlichkeit zwischen Landesverteidigung und Nationalstrassen auf. Eindeutig ist auch die geringe Spardringlichkeit für die drei letzten Kategorien (AHV, Forschung, KV).
- Die Befürworter des Finanzpaketes sind wenig verschieden vom Total der Stichprobe. Eine Ausnahme: Als dringlicher werden die Finanzausgaben (Zinsen, etc.) betrachtet.
Total: 60 "Ja": 43
- Die Neinsager verzeichnen für alle Ausgabenkategorien geringere Werte. Sie sind also "sparwilliger" in bezug auf sämtliche Ausgaben, d.h. sie fordern vermehrtes Sparen, extrem stark bei den ~~"Behörden"~~,
bei den Finanzausgaben (Transfer an Kantone)
bei der Forschung
bei der Landwirtschaft und
bei der Entwicklungshilfe.

Man vergleiche die Minuswerte am rechten Rande der Tabelle.

Fazit: Die Neinsager wollen also in vielen Fällen genau dort sparen, wo sie vom Bunde als Nutzniesser Geld empfangen. Wir stossen hier auf ein zentrales Phänomen des politischen Verhaltens vieler, vielleicht sogar einer Mehrzahl der Stimmbürger.

Sie vermögen die Verbindung zwischen den objektiv feststehenden Leistungen des Staates und ihrem persönlichen Lebensbereich oder der Empfindung eines subjektiven Nutzens nur mehr in beschränktem Masse oder nicht nachzuvollziehen.

36. Sind die von Sparmassnahmen Betroffenen bereit, Einschränkungen oder Ersatzleistungen auf sich zu nehmen?

Anschliessend hatten die Befragten zu je einer Gruppe von Vorschlägen Stellung zu nehmen, wobei auf jede Gruppe durchschnittlich 2 Nennungen fielen (einverstanden, nicht einverstanden, keine Meinung). Bei der ersten Gruppe "Krankenversicherung" fielen z.B. 700 positive und 1700 negative und neutrale Nennungen. Die im folgenden veröffentlichten Prozentzahlen geben nur den Anteil an positiven Aeusserungen wieder.

1. Vorschläge zur Reduktion der Staatsausgaben für die Krankenversicherung

11	Franchise oder Selbstbehalt erhöhen	23,6 %
12	Bezahlung durch Lohnprozente	<u>51,9 %</u>
13	Kürzung der Bundessubventionen an die Krankenkassen	17,4 %
14	Steuern erhöhen, um Subventionen zu bezahlen	10,4 %

2. Vorschläge zur Sanierung der Eisenbahndefizite

21	Reduktion von Fahrplänen und Zügen	41,2 %
22	Weniger Bauen und Investieren, weniger Komfort	<u>55,8 %</u>
23	Die Fahrpreise noch mehr erhöhen	10,1 %
24	Linien stilllegen	32,6 %

3. Vorschläge zur Kompensation bei Kürzung der Subventionen an die Landwirtschaft

31	Erhöhung der Konsumentenpreise	16,7 %
32	Freigabe der vom Bunde garantierten Agrarpreise durch freieres Spiel der internationalen Konkurrenz	28,1 %

Im Gesamtüberblick ist zunächst festzuhalten, dass nur zwei von insgesamt zehn Vorschlägen bei mehr als der Hälfte der Befragten Ge-fallen finden, und dabei erst noch knapp.

Die grosse Mehrheit erklärt zwar immer wieder, der Staat dürfe keine neuen Mittel erhalten, wenn er nicht Einsparungen vornehme. Sie ist aber keineswegs bereit, die mit den Folgen des Sparens verbundenen Einschränkungen oder Ersatzleistungen auf sich zu nehmen.

Als Ersatzleistung erscheinen die Lohnprozente am akzeptabelsten. Jede andere materiell ins Gewicht fallende Ersatzleistung (z.B. Franchise, höhere Fahrpreise, höhere Konsumentenpreise) findet nur 10 bis 24 % Anhänger.

Die Verkürzung staatlicher Leistungen wird nur dort akzeptiert, wo man die Konsequenzen materiell nicht durchschauen kann (keine Investitionen), oder wo man sie einem andern auflasten kann (Bauern). Ein Vergleich zwischen besonders hervorstechenden Merkmalsgruppen zeigt ein ähnliches Bild wie in vielen andern Fällen. Darum gehen wir erst in einem Schlusskapitel auf diese Differenzen ein.

Im Hinblick auf die Information kann schon hier als zentrales Fazit festgehalten werden:

Es muss dem Stimmbürger narrensicher deutlich gemacht werden, dass jede Entlastung beim einen unweigerlich eine Belastung bei andern zur Folge hat.

4. Wie wird die persönliche Steuerbelastung empfunden?

Diese Frage wurde durch verschiedene Vorfragen getestet (Kenntnisstand betr. des zuletzt bezahlten Steuerbetrages, betr. Wehrsteuerpflicht, Ausfüllen des Steuerformulars). Dann wurde sie von verschiedenen Seiten angegangen:

1. Kenntnis des für Steuern aufgewendeten Einkommensanteils;
2. Kenntnis des nach Steuerabzug noch frei verfügbaren Einkommens.
3. Kenntnis der an Bund, Kanton und Gemeinde fliessenden Steueranteile.

Die Generalfrage, ob man die Steuern als hoch oder sehr hoch oder als angemessen, günstig usw. empfinde, steht vorläufig noch im leeren Raum, so lange man sie nicht international vergleichend stellen kann. Auch wenn gegen die internationale Vergleichbarkeit gewichtige Einwände geltend gemacht werden, haben wir solche Fragen für die zweite Etappe der Meinungsforschung aufgehoben. Die oben erwähnte Generalfrage und die Kenntnis des frei verfügbaren Einkommens haben wir in ein Schema eingebaut, indem wir das Verhalten verschiedener Merkmalsgruppen zu den aufschlussreichsten Fragen miteinander verglichen haben (Schluss).

So bleiben noch zwei Fragen übrig, die wir in diesem Kapitel kurz analysieren.

41. Kenntnis des für Steuern aufgewendeten Einkommensanteils

Die Befragten konnten zwischen fünf Möglichkeiten entscheiden (zwischen 0 und 50 %). Wir vergleichen mit einigen in den Aussagen auffallend differierenden Merkmalsgruppen.

Ge- schätz- ter Pro- zentanteil	Merkmals- gruppen	Total	Lohnklasse		Einschätzng. der Steuerbel.		Bezahlt Wehr- steuer		Finanz- paket	
			hoch	tief	z.hoch	richt.	ja	nein	ja	nein
0 - 9 %		17	10	21	10	19	15	38	21	12
10 - 19 %		31	-	-	39	28	32	22	33	-
20 - 29 %		26	36	20	23	27	28	9	-	28
Rest	%	12	-	-	-	-	-	-	-	-
K.M.+K.Antw.		15	11	17	-	-	-	-	-	-

Die obige Statistik könnte nur sinnvoll ausgewertet werden, wenn die Steuerpflichtigen aller Kantone für alle drei Steuergattungen (Bund, Kanton, Gemeinde) anteilmässig nach durchschnittlichen Belastungsgruppen aufgeteilt werden könnten. Eine solche Statistik existiert aber nur für die Wehrsteuer. Wir haben nur Hinweise, dass 1975 in den fünf

grössten Schweizer Städten unselbständig Erwerbende, Verheiratete ohne Kinder bei 30'000 Franken zwischen 7,5 und 11,4 %, bei 50'000 Fr. zwischen 12 und 16 %, bei 100'000 Fr. zwischen 23 und 25 % und bei 200'000 Fr. zwischen 32 und 36 % ihres Erwerbseinkommens abzuliefern hatten. Wir wissen aber nicht, wie gross die Anteile dieser Belastungsgruppen sind. So ist es nicht möglich zu prüfen, ob die umfangmässig stärksten Gruppen zwischen 10 und 30 % effektiv 56 % sämtlicher Steuerpflichtiger ausmachen. Nun behaupten aber 22 % derjenigen, die 10-19 % versteuern (durchschnittlich ab ca. 35 bis 40'000 Fr. Einkommen) und 9 % derer, die 20-29 % versteuern (durchschnittlich ab ca. 80'000 Fr. Einkommen), keine Wehrsteuer bezahlen zu müssen. Das lässt darauf schliessen, dass das Wissen um die eigene Steuerbelastung sehr gering ist.

Bei der Information scheint es mir von grosser Wichtigkeit zu sein zu zeigen, wie viele Schweizer bei der Heraufsetzung des steuerfreien Minimums bei der Wehrsteuer frei werden, und auszurechnen, wie viel die Befreiten je nach der Grösse des Erwerbseinkommens durch Minderbesteuerung persönlich einsparen würden.

Es ist bezeichnend, dass von den drei Gruppen nur diejenige mit 10 - 19 % Steuerbelastung überdurchschnittlich das Gefühl hat, zu hoch besteuert zu sein (39 statt 31 %). Die Bejahung des Finanzpaketes ist bei dieser Gruppe mit 33 % nur 2 % höher als der Durchschnitt (31 %). Bei den höher Belasteten (20 - 29 %) ist die Neigung zur Ablehnung des Finanzpaketes schon beträchtlich.

42. Kenntnis des an Gemeinde, Kanton und Bund fliessenden Steueranteils

Die Frage lautete, wie hoch der Befragte das nach Abzug der Steuern noch übrigbleibende frei verfügbare Einkommen schätzt, und wie gross den an Gemeinde, Kanton und Bund fliessenden Anteil am Gesamteinkommen. Jeder konnte in jedem der vier Fälle auf einer Skala zwischen 10 und 100 % auswählen. Es wurden die entsprechenden Mittel berechnet. Im Durchschnitt resultierte eine gesamte Steuerbelastung von 26,8 % (!). Dass diese Ziffer so stark von den Werten im Abschnitt 41 differiert, hängt wohl damit zusammen, dass die erste Frage nur von 67 % und die drei andern nur von etwa 58 % beantwortet wurden. Dazu kommt, dass die Befragten sehr ungleich auf die einzelnen Fragen eingingen, sich also nicht darum bemühten, alle vier Werte aufeinander abzustimmen.

Infolge dieser mangelnden Homogenität sind die Verteilungen nach Bund (14,3 %), Kanton (12,6 %) und Gemeinde (14,1 %) wenig aussagekräftig. Zusammengezählt ergäbe sich eine Steuerbelastung von 41 %! Es ist denn auch bezeichnend, dass in allen drei Gruppen der Anteil derer, welche die Steuern zu hoch und den Staat als nicht sparsam empfinden, überdurchschnittlich hoch ist. Wir werden unter Punkt 6 noch einmal darauf zurückkommen.

5. Die Einstellung zur Erschliessung neuer Steuerquellen zur Verbesserung der Einnahmen

51. Kenntnisstand auf der Einnahmenseite

Aehnlich wie bei den Ausgaben und Einsparungen wurde den Befragten zu Beginn Gelegenheit gegeben, sich spontan zu den ihnen bekannten Steuerquellen des Bundes zu äussern. Gleichzeitig wurde geprüft, welche Steuern dem Bund, und welche den Kantonen zukommen. Die im folgenden publizierten Zahlen betreffen nur die gängigen Steuerquellen.

		Deutsche Schweiz	Franz.
Einkommenssteuer allgemein	90 %	-	-
Wehrsteuer	73 %	75	65
Vermögenssteuer	40 %	43	33
Zölle	22 %	26	11
Benzinzoll	26 %		
WUST	35 %	41	15

Auffallend auch hier, wie wenig bekannt die bestehenden indirekten Steuern des Bundes sind, insbesondere in der französischen Schweiz.

Der Kenntnisstand betr. die effektive Leistung der Wehrsteuer dürfte mit 81 % Ja, 10 % Nein, 6 % Antwortverweigerung und 3 % "weiss nicht" ungefähr der Wirklichkeit entsprechen. Bezeichnend, dass sich die unteren Lohnklassen und die ihnen entsprechenden Erwerbsgruppen trotz ihrer Befreiung von der Wehrsteuer weit über den Durchschnitt von 10 % hinaus, bis zu 41 %, als wehrsteuerpflichtig betrachten!

52. Der Kenntnisstand über kommende Veränderungen in der Struktur der Bundeseinnahmen

Obschon wir diesen Kenntnisstand im Abschlusskapitel mit den wichtigsten Merkmalsgruppen in Verbindung bringen, stellen wir die entsprechenden Angaben hier vorerst zusammen und umreissen kurz die Fragen.

Zunächst wurde einfach nach der Kenntnis "einer neuen Steuer" gefragt und vermerkt, wie viele % den Begriff "MWSt" mit der Vorstellung "neue Steuer" verbanden. Nach einem Unterbruch durch 13 ganz anders geartete Fragen wurde direkt gefragt, wem die geplante Einführung der MWSt. bekannt sei. Die offene Frage, die MWSt. zu erklären, wird erst später ausgewertet. Nun wünschte man eine Stellungnahme zu der nicht weiter definierten oder erklärten MWSt., verlangte sie aber nur von den

584 (84 %), denen der Name bekannt war. Dabei wurden eine Reihe offener Fragen eingeschaltet, die ebenfalls später ausgewertet werden. Immerhin wurde schon jetzt festgehalten, wer Vorteile und Nachteile damit verbunden sehe. Bei der folgenden Tabelle ist darauf zu achten, dass wir an die Spitze die Antworten auf die weitere Frage stellen, ob der durch EWG-Beitritt verursachte Wegfall der Zölle bekannt sei.

Kenntnisstand über Veränderungen in der
Einnahmenstruktur des Bundes

Steuerarten	Total % Ja	Geschlecht		Lohnklasse		Sprache		Stimmbeteiligung		
		Mann	Frau	Obere	Untere	Dt.	Franz.	Max.	Geleg.	Nie
Wegfall Zölle	49	59	<u>40</u>	57	<u>44</u>	56	<u>27</u>	61	41	23
MWSt. (ohne Nennung)	62	74	<u>50</u>	77	<u>53</u>	62	<u>63</u>	71	57	44
MWSt. (nach Nennung)	84	91	<u>77</u>	93	<u>79</u>	86	<u>77</u>	89	82	72
84 % Kenner d. (584) MWSt.										
Ja	31	38	<u>22</u>	36	<u>27</u>	32	<u>27</u>	33	26	33
Nein	43	47	<u>39</u>	44	<u>42</u>	41	52	-	-	-
Keine M.	24	14	29	19	28	25	20	20	32	21

Steuerarten	Total % Ja	Wehrst. pflicht.		Finanz- paket		Steuer- belast.		P a r t e i e n						
		Ja	Nein	Ja	Nein	Zu hoch	ange- m.	Fr.	CVP	SP	SVP	Div.	Keine	
Wegfall Zölle	49	52	27	48	56									
MWSt. (ohne Nennung)	62	66	34	-	-									
MWSt. (nach Nennung)	84	86	72	-	-									
84 % Kenner (584) d. MWSt.														
Ja	31	31	25	52	9	19	35	32	21	31	37	39	28	
Nein	43			22	<u>75</u>	52	40							
Keine M.	24		31	23	<u>15</u>	28	23	21	36	24	21	13	26	

Die obige Tabelle vermittelt bei genauem Studium ein eindrückliches Bild davon, wie wenig die wissensmässigen Voraussetzungen für die Annahme der Bundesfinanzreform erfüllt sind. Die Hälfte aller Befragten

wissen nicht, dass die Zölle wegfallen und können deshalb z.B. auch keine Beziehung sehen zwischen dem Einnahmenausfall des Bundes und der zollausfallbedingten Verbilligung der Lebenshaltung. Da nur 35 % Kenntnisse über die WUST besitzen, dürfte die Tatsache, dass 62 % die MWSt. als neue Steuer bezeichnet haben, zum Teil zufällig sein. Es scheint, dass das Verhältnis von WUST und MWSt. noch keineswegs bekannt ist. Die Beantwortung der offenen Fragen wird zusätzliche Informationen liefern. Hier ist nur von Interesse, dass die Verteilung von Ja, Nein und "weiss nicht" zur Einführung der MWSt. noch einige Hoffnung übrig lässt, eine intensive Aufklärung könne die Nichtwisser in Bejahende verwandeln. Das ist besonders bei den Parteien hoffnungsvoll (CVP: 36 % Nichtkenner!) . Im allgemeinen zeigt sich das schon oft beobachtete Phänomen, dass die Kenntnis und damit auch die Annahmehancen einer Steuer mit steigenden Lohnklassen, Bildungsstand und indirekt auch Wahlbeteiligung besser werden. Die Entscheidung für oder gegen MWSt. potenziert sich in der Kombination mit Pro et Contra Finanzpaket. Von 31 % Bejahenden sind nur 9 % gegen das Finanzpaket; von 43 Verneinenden aber 75%! 56 % der Finanzpaketgegner haben keine Ahnung vom Wegfall der Zölle.

53. Bereitschaft zur Einführung neuer Steuern

Auch in diesem Bereich wurde zuerst ein Spontantest mit folgender Frage veranstaltet: Wo und bei wem könnte der geldbedürftige Staat neue Quellen zum Fliessen bringen? An dieser Spontanbeantwortung ist vor allem die Häufigkeit und Reihenfolge der Nennungen interessant. Am meisten Nennungen (56 %) fielen auf die Besteuerung der hohen Einkommen. Die andern Nennungen erreichten nirgends auch nur die Hälfte der ersten. Industrie, Banken, usw. verzeichnen ca. 22 %. Die mit der Mehrwertsteuer verbundene Idee, dass sämtliche Einwohner ("Wir alle") mehr leisten müssten, kam nur 13 % der Befragten in den Sinn. Dabei stimmten die gehobenen Schichten und Berufe sowie die ihnen entsprechenden Parteien überdurchschnittlich stark zu, während die Reichtumssteuer umgekehrte Verhältnisse aufweist. Ueber die diesbezügliche Verteilung auf die Merkmalsgruppen vgl. die Schlusstabelle.

Aufschlussreicher sind die folgenden Tabellen. Sie verarbeiten die Häufigkeit von Nennungen, die auf die Frage gegeben werden konnten, welche der folgenden direkten und indirekten Steuern als sehr gut, ziemlich gut oder ungünstig beurteilt werden. Wir haben folgende Gruppen gebildet:

Direkte Steuern:

1. Allgemeine Erhöhung der Einkommens-(Wehr)-Steuer;
2. erhöhte Progression auf Einkommenssteuer (Stichwort Reichtumssteuer) und drei Formen von Vermögenssteuern (alle die oberen Einkommensklassen belastend);
3. zwei Formen von Lohnprozenten (AHV, Arbeitsrappen).

Indirekte Steuern:

1. Erhöhung der bestehenden Umsatzsteuern (Wust + Benzinzollzuschläge);
2. vier Spezialsteuern (Bier-, Tabak-, Wein- und Luxussteuer).

Bei der Zusammenfassung der Gruppen wurden die Nennungen für jede einzelne Gruppe addiert und durch die Anzahl Gruppen dividiert.

Tab. 1 Beliebtheit der Erhöhung einzelner Steuerarten und Einstellung zum Finanzpaket

Steuerart	Beliebtheitsgrad		
	Total	Finanzpaket Ja	Nein
<u>Direkte Steuern</u>			
(1) Einkommenssteuern, die <u>alle</u> Steuerzahler belasten (Einkommens- und Wehrsteuer)	85	81	89
(2) Steuern, die vor allem <u>hohe Einkommensklassen</u> belasten (Reichtums-, Vermögens- und Kapitalertragssteuer)	29	21	34
(3) Erhöhung der <u>Lohnprozente für</u> AHV (+ Arbeitsrappen)	78	71	84
<u>Indirekte Steuern</u>			
(1) Indirekte Steuern, die eine <u>Mehrheit</u> der Bevölkerung treffen (Wust, Benzinzoll)	69	62	76
(2) <u>Spezialsteuern</u> (Bier, Tabak, Wein, Luxussteuer)	36	32	40

Beliebtheitsgrad: 1 = beliebt (ansteigend)
100 = unbeliebt

Steuererhöhungen eher möglich = 1 (ansteigend)
Steuererhöhungen unerwünscht = 100

Tab. 2 Beliebtheitsgrade nach einzelnen Merkmalsgruppen

		A l t e r			Lohnklassen		Dt. Franz. Schweiz	
		jung	mittel	alt	hoch	tief		
<u>Direkte Steuern</u>								
Gruppen	(1)	90	83	74	86	84	85	84
	(2)	27	30	29	29	21	29	22
	(3)	82	77	60	80	75	78	75
<u>Indir. Steuern</u>								
Gruppen	(1)	73	67	59	67	70	73	55
	(2)	40	34	36	35	38	33	47
		B e r u f e						
		Selbst.	Ang.M.	Ang.U.	Bauern	Arbeiter	Rentner	Stud.
<u>Direkte Steuern</u>								
Gruppen	(1)	82	88	88	82	86	71	
	(2)	41	27	16	37	19	20	
	(3)	77	79	79	81	75	67	
<u>Indir. Steuern</u>								
Gruppen	(1)	68	68	69	78	70	52	
	(2)	35	35	34	28	42	22	
		P a r t e i e n						
		FdP	CVP	SP	SVP	and.	keine	
<u>Direkte Steuern</u>								
Gruppen	(1)	77	89	80	80	88	88	
	(2)	42	32	14	35	20	29	
	(3)	77	82	75	80	77	76	
<u>Indir. Steuern</u>								
Gruppen	(1)	70	61	69	64	70	67	
	(2)	44	37	35	20	43	37	
		Zufriedenheit		Steuereinschatzng.		Staat		
		hoch	tief	hoch	tief	sparsam	nicht spars.	
<u>Direkte Steuern</u>								
Gruppen	(1)	83	87	93	82	78	88	
	(2)	32	23	31	26	20	30	
	(3)	75	80	81	76	74	73	
<u>Indir. Steuern</u>								
Gruppen	(1)	67	71	72	67	62	71	
	(2)	36	37	42	36	30	38	

Tabelle 1 zeigt deutlich, dass der Beliebtheitsgrad eindeutig bei der Belastung der hohen Einkommen und Vermögen liegt. Die Reichtumssteuer allein (auf der Tabelle nicht separat) ragt mit 23 % weit über alle Nennungen hinaus. Bei den indirekten Steuern ist es die Tabaksteuer. Interessant ist es, dass das Nein zum Finanzpaket in allen

Fällen überwiegt. Bei den Merkmalsgruppen ergeben sich bei den am wenigsten beliebten Steuern relativ geringe Differenzen. Am stärksten sind die Unterschiede bei den Berufsgruppen und Parteien, wo sie bei der "Reichtumssteuer" zwischen 14 und 42 % auseinander liegen. (Tab. 2).

Man kann diese Uebersicht mit zwei Bemerkungen schliessen:

Es bestätigt sich die Bemerkung des bekannten liberalen Nationalrates und baselstädtischen Finanzdirektors P. Speiser:

Jede Steuer gilt als gerecht, sofern sie den andern belastet.

Angesichts der hohen Beliebtheit der Reichtumssteuer sollte man sich davor hüten, deren Anhänger durch Vorwegnahme der Abstimmung über die sozialdemokratische Initiative gleichsam aufs Schandbänklein zu setzen und damit die Sozialdemokraten indirekt in die Indifferenz oder Negation zu treiben.

6. Steuerabgabepräferenzen für Gemeinde, Kanton oder Bund

Der Föderalismusaspekt der Bundesfinanzreform wurde einmal in einer bereits in Abschnitt 42 erörterten Frage erfasst. Es ergab sich aber infolge der unverbindlichen Fragestellung keine klare Sicht. Ergänzungsweise wurde nun aber noch gefragt: Wenn Sie beeinflussen könnten, wem von den drei genannten Steuern mehr oder weniger zukommen sollte, wen würden Sie bevorzugen, benachteiligen oder gleich behandeln? Auch dieses Resultat ist nicht eindeutig zu interpretieren, weil die Nennungen sich offensichtlich teilweise überschneiden und die Antworten nicht konsequent eingeordnet wurden. Wenn man die "Mehr", "Weniger" und "Gleich viel" miteinander verrechnet, ergibt sich jedoch ein eindeutiges Bild. Wir halten es in der folgenden Tabelle fest.

Steuerabgabepräferenzen für Gemeinde, Kanton und Bund

	Total	A l t e r			Dt. Schweiz	Franz.	Stadt / Land	
		jung	mittel	alt				
Gemeinde	+ 42	+ 43	+ 42	+ 35	+ 40	+ 48	+ 32	+ 58
Kanton	- 5	- 5	- 7	0	- 6	- 3	- 2	- 12
Bund	- 32	- 33	- 31	- 28	- 27	- 48	- 29	- 35

	B e r u f e						
	Selbst.	Ang.M.	Ang.U.	Bauern	Arbeiter	Rentner Stud.	
Gemeinde	+ 38	+ 41	+ 28	+ 53	+ 48	+ 33	
Kanton	- 3	- 1	- 12	- 6	- 10	+ 6	
Bund	- 31	- 26	- 20	- 31	- 40	- 38	

	P a r t e i e n						
	FdP	CVP	SP	SVP	Andere	keine	
Gemeinde	+ 36	+ 50	+ 40	+ 51	+ 44	+ 39	
Kanton	- 7	- 5	+ 4	- 4	- 8	- 8	
Bund	- 28	- 35	- 26	- 31	- 38	- 33	

	Steuern		Finanzpaket	
	zu hoch	tragbar	Ja	Nein
Gemeinde	+ 49	+ 39	+ 43	+ 38
Kanton	- 17	- 1	- 5	- 5
Bund	- 47	- 26	- 26	- 38

+ mehr Steuern (verstärkte Präferenz mit steigenden + Werten)
 - weniger Steuern " " " " - Werten)

Die (⊕)-Werte deuten an, wer eine stärkere Präferenz genießt; die (-)-Werte zeigen das Gegenteil an. Durchs Band weg sollen die Gemeinden begünstigt, die Kantone schwach und der Bund stark gekürzt werden, und

zwar bei allen Merkmalsgruppen in gleicher Richtung. Auch die Unterschiede sind teilweise aufschlussreich, so wenn die französischsprachige, ländliche, bäuerliche Bevölkerung dem Bund ganz besonders gram zu sein scheint.

Erinnern wir uns, wie stark der Anteil der an die Kantone und Gemeinden fliessenden Transferausgaben des Bundes unterschätzt werden. Es wird uns dann bewusst, dass die Information mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen muss, wie gross der Anteil der Bundesgelder in den kantonalen Einnahmen ist.

Das Bedürfnis nach besserer Berücksichtigung der Gemeinden hängt wohl weniger mit allfälligen defizitären Gemeindefinanzen zusammen. Viel mehr ist es dem Bürger wohl nur mehr im Rahmen der Gemeinde noch möglich, die Verbindung zwischen der Verwaltung und seinem persönlichen Lebensbereich wirklich zu erleben.

Ein weiteres Mal wird ersichtlich, welche Priorität der richtigen Information bei Volksabstimmungen eingeräumt werden sollte. Ein Beispiel: Es dürfte mindestens ein halbes Jahr dauern, bis dem Stimmbürger narrensicher begreiflich gemacht werden kann, was die M.W.Steuer ist. Ich werde mir zu einem späteren Zeitpunkt erlauben, darauf hinzuweisen, auf welche Weise die in unserer Umfrage enthaltenen informativischen Möglichkeiten wirkungsvoll fruchtbar gemacht werden können.

7. Gibt es merkmaltypische Trends in der Einstellung zu finanzpolitischen Fragen?

71. Technisch-redaktionelle Bemerkungen

Unser Material wurde vom Computer (mit Ausnahmen) nur in der Korrelation der Einstellungen mit Merkmalsgruppen aufgearbeitet, nicht aber in der komplementären Form. So erfahren wir noch nicht von ihm, wie sich bezeichnende Merkmalsgruppen zu ähnlichen oder verschiedenartigen Einstellungen verhalten, wo sich welche Uebereinstimmungen und welche Differenzen ergeben. Da Auswertung und Reinschrift 6 - 8 Tage erfordern, hätte die Zeit für einen weiteren Computer-Durchlauf nicht gereicht (Herstellung neuer Steuerungskarten, Programmierung, zeitgerechte Reservation von Computerzeit). Dazu kommt, dass Dr. Ebersold am letzten Donnerstag (16.9.) in die Ferien verreiste. Immerhin ergaben sich solche Verhaltensregelmässigkeiten auch schon dem aufmerksamen Beobachter. Nur ist es für den "handwerklich Schaffenden" ein Ding der Unmöglichkeit, einzelne zufällige Beobachtungen zu einer hieb- und stichfesten Gesamtanalyse auszubauen. Trotzdem haben wir anhand einiger besonders geeigneter Einstellungen eine nach Merkmalsgruppen aufgebaute Uebersicht zusammengestellt, aus welcher das Gewünschte mindestens angedeutet werden kann. Die zu den Kolonnen gehörenden Rubriken und deren Titel werden in Fussnoten unten an den Tabellen angegeben.

72. Kommentar zur Tabelle I

Merkmaltypische Trends in ausgewählten Einstellungen finanzpolitischer Art

Allein schon ein Blick auf die Tabelle lässt rein optisch gewisse Regelmässigkeiten erkennen. Man betrachte oben den Durchschnitt für die Verteilung der betreffenden Einstellungen. Gleitet der Blick hinunter, wird er anhand der Zahlenwerte und der ~~Plus-~~^{*} und X Zeichen feststellen, in welchen Merkmalsgruppen der Durchschnitts wesentlich überschritten wird. Zur leichteren Unterscheidung wird jeweils in der linken Kolonne ein ^{*}, in der rechten ein X angebracht. So ist leicht zu erkennen, in welchen Gruppen man z.B. zufriedener, wo unzufriedener ist, wo man ausschliesslich sparen, und wo man sparen mit neuen Einnahmen verbinden will. Gewöhnliche Symbole deuten eine mässige Ueberschreitung an; leere Felder weisen auf einen dem Durchschnitt ähnlichen Wert oder auf eine nicht rubrizierte Antwortquote. Ein Beispiel: Den 65 % Zufriedenen der oberen Lohnklasse stehen 35 % Unzufriedene dieser selben Klasse gegenüber; sie erscheinen nicht in

unserer Tabelle. Ebensovwenig erscheinen die 37 % Zufriedenen der unteren Lohnklasse.

Gleitet der Blick je Merkmalskategorie von links nach rechts, wird er feststellen, dass mit einer gewissen Regelmässigkeit die Zahlen oder Symbole entweder vorwiegend im linken oder rechten Teil der 9 Rubriken auftauchen.

Im Negativen ergibt sich in der Regel eine Identität zwischen Alten, unteren Lohnklassen, Romands, unteren Angestellten, Arbeitern und Rentnern (Studenten), unregelmässig oder nie an Abstimmungen Teilnehmenden, Sozialdemokraten, "diversen Parteien" und Nichtparteigegebenen; ferner solchen, welche die Steuern als zu hoch und den Staat als nicht sparsam empfinden und den Unzufriedenen. Im Positiven ergeben sich entsprechende Korrelationen mit umgekehrten Vorzeichen.

In diesem Zusammenhang darf übrigens noch darauf hingewiesen werden, dass sich die Kategorien z.B. in der Frage der Ersatzleistungen und Einschränkungen ganz ähnlich gruppieren (Abschnitt 36). Gegen Einsparungen sind fast genau die gleichen Merkmalsgruppen. Ausnahmen zeigen sich nur in der Frage der Lohnprozente: die Arbeiter und SP-Sympathisanten stimmen ihnen stark zu.

73. Finanzpaket und Merkmalsgruppen

Auf ähnliche Weise kann nun auch noch die Aufstellung der Befürworter und Gegner des Finanzpaketes tabellarisch ausgewertet werden. Wir müssen aus Zeitgründen von einer Interpretation Abstand nehmen.

74. Schlussbemerkungen zu Kapitel 7

Nun muss man aber dringlich auf die Grenzen einer solchen Betrachtung hinweisen: 1. Wir publizieren in Tabelle 72 bloss den jeweiligen überdurchschnittlichen Wert jeder Kategorie, nicht aber die komplementäre Zahl. 2. In manchen Fällen geht es nicht um Anteile an 100 %, sondern allein um prozentuale Häufigkeiten, bei denen bloss relative Unterschiede bezeichnend sind. 3. Man muss sich also klar sein, dass in jeder Merkmalsgruppe auch ein mehr oder weniger grosser komplementärer Anteil gegenteiliger Einstellungen zu finden ist. 4. Schliesslich ist nicht zu vergessen, dass in wichtigen Einstellungen ein unter Umständen entscheidender Prozentsatz von Befragten keine bestimmte Meinung vertritt und/oder keine Antwort gibt.

Einstellung zum Finanzpaket

Abs.	%	Total	A l t e r			Lohnkl.		Berufsgruppen					
			Jung	Mitte	Alt	Ob.	Unt.	1	2	3	4	5	6
338	Ja	48,7	* <u>52</u>	<u>45</u>	* <u>51</u>	48	49	43	* <u>57</u>	47	* <u>49</u>	46	* <u>54</u>
261	Nein	37,6	37	* <u>40</u>	<u>32</u>	* <u>41</u>	36	* <u>43</u>	<u>34</u>	* <u>43</u>	<u>29</u>	* <u>39</u>	<u>21</u>
95	K.M. K.A.	13,7	11	* <u>15</u>	* <u>17</u>	11	* <u>15</u>	14	10	10	* <u>22</u>	14	* <u>25</u>

Dt.	Fr.	Stimmverh.			P a r t e i e n						Zufried.h.		Steuern	
		R.	G.	N.	Fr.	CVP	SP	SVP	Div.	Keine	ja	nein	z.h.	ang.
47	* <u>54</u>	* <u>51</u>	<u>46</u>	<u>49</u>	46	46	* <u>58</u>	46	* <u>53</u>	46	-	-	40	* <u>52</u>
* <u>41</u>	27	* <u>39</u>	<u>38</u>	<u>32</u>	* <u>44</u>	<u>38</u>	<u>27</u>	* <u>47</u>	* <u>42</u>	<u>38</u>	* <u>40</u>	<u>34</u>	* <u>40</u>	37
12	* <u>19</u>	11	* <u>16</u>	* <u>19</u>	10	* <u>17</u>	* <u>16</u>	7	-	* <u>16</u>	12	* <u>16</u>	* <u>20</u>	11

Abs.	%	Zukünft.Finanzpol.				Zuk. Finanz. ¹			Verschuldung			Bd: Sparsamk.			
		A	B	C	D	AS	NH	AE	Für	geg.	K.M.	Ja	Nein	K.A.	
48,7	Ja	3	* <u>36</u>	23	32	37,3	* <u>6,2</u>	* <u>54,1</u>	* <u>10,9</u>	80,5	8,6	* <u>18,6</u>	<u>51,2</u>	* <u>30</u>	
37,6	Nein	2	<u>26</u>	<u>21</u>	* <u>48</u>	* <u>51,3</u>	2,7	44,1	<u>4,6</u>	80,5	* <u>88,1</u>	6,9	<u>10,7</u>	* <u>68,6</u>	<u>20</u>
13,7	K.M. K.A.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Durchschn. i. obigen Fragen		2	31	22	39	43,7	4,6	49,3	7,5	83,1	9,8	15	58,2	26,7	

- A = Ungebremstes Wachstum
 - B = Gebremstes Wachstum
 - C = Konsolidieren
 - D = Nur Sparen (NS)
- } B+K

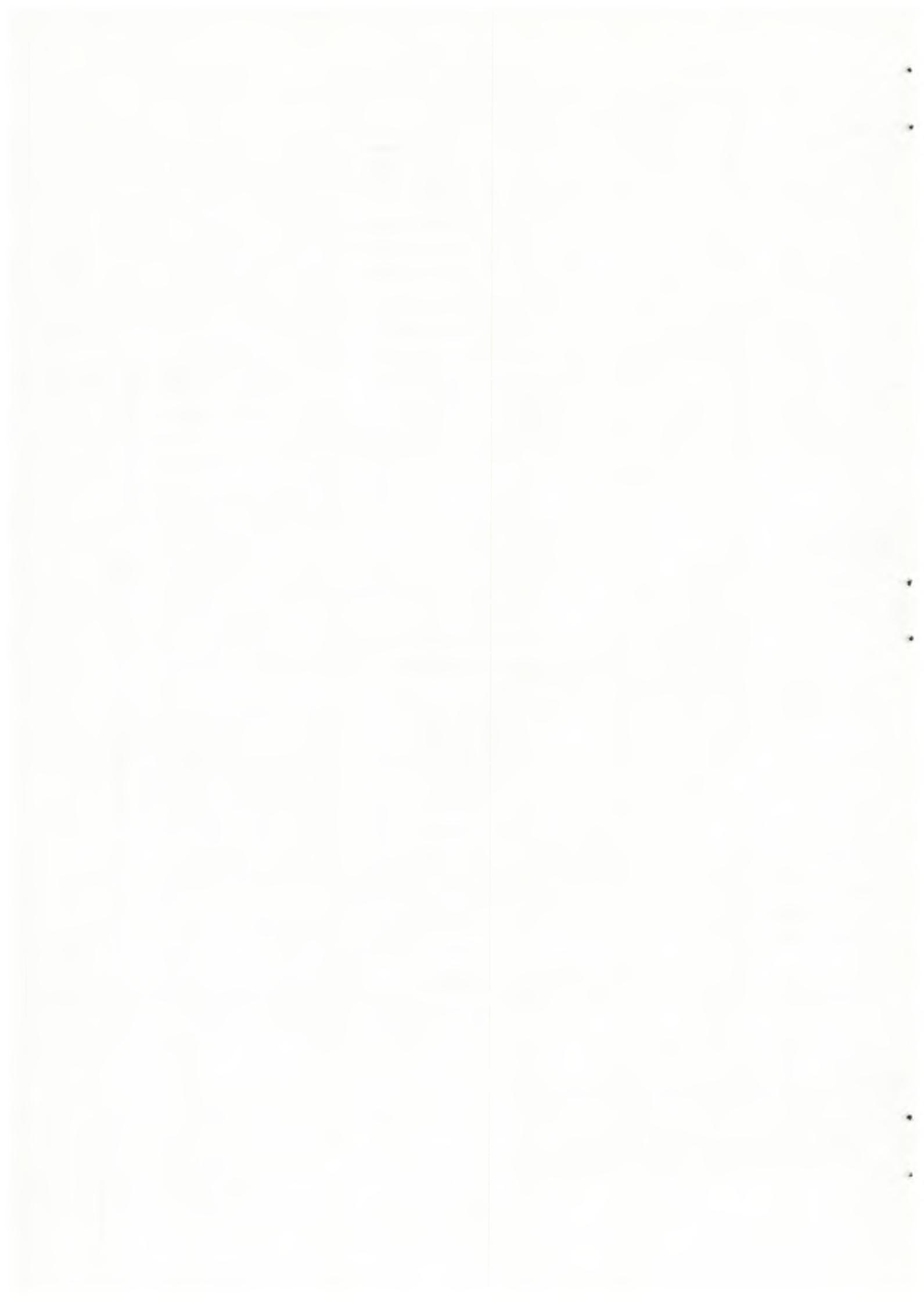
¹ Nur Hebung der Einnahmen

Wie gross alle diese Verhältniszahlen sind, wird erst relevant werden, wenn man gezielte Information betreiben will. Wie ich in einem späteren Exposé darlegen möchte, wird man dabei besonders diesen Unentschiedenen Rechnung tragen und darauf achten müssen, wie man die nur gelegentlich an Abstimmungen Teilnehmenden zugunsten des Finanzpaketes zu motivieren vermag. Wie eingangs dargelegt, dürfte der Anteil dieser Kategorie in Wirklichkeit nicht bloss 36, sondern etwas mehr als 50 % betragen.





1	2	3	4	5	6	Stimmabteilung			Parteien							Zufriedenheit		Bewertung		Staat	
						Max.	Kontroll	Nie	FDP	CVP	SP	SVP	Div.	Keine	hoch	tief	zu hoch	nicht genug	gut	schlecht	
-6	+21	-3	-10	-17	+23	+8	-3	-23	-9	+13	+38	-8	+15	-20	+6	-8	-28	+10	+21	-16	
+7	-6	-16	+16	-1	+7	+15	-16	-14	+27	+22	-38	+51	-17	0	+11	-12	-26	+10	+20	-2	
+4	+16	-7	-18	-14	+8				0	-13	+17	-10	+5	-5			-7	+2	+20	-9	
+14	+10	-14	-35	-7	-13				+2	-18	+16	-13	+13	-5			-8	+3	+23	-8	
+15	+4	+19	-19	+8	+23				-15	-22	+18	-14	+9	+3	-11	+14					
				+13	+3			+13	-10	-17	+27	-1	+9	-8	-8	+9			-10	+2	
			-7		-30	-8	+3	+19	-3	-22	-6	+2	-13	+9							
+12	+6	+18	-7	+2	0	+5	-5	-3	-12	+6	+6	+8	-5	-1					+15	-3	
+15	+7	-21	+35	+1	+5	-7	+3	-16	-10	-7	-2	+53	-12	-3							
			+18		-35	+2	-8	+19											+16	-5	
			+5	+2					+16				-8						+11	-4	



Erste Ergebnisse der zweiten Meinungsumfrage
betreffend Steuer- und Finanzfragen vom
Oktober 1976

Inhaltsübersicht der ersten Lieferung

	<u>Seite</u>
Vorbemerkung zuhanden der Differenzbereinigung	2
1. Kurze Zusammenfassung der Fragen der zweiten Meinungsumfrage	2
2. Statistische Merkmalsgruppen, bes. Aenderungen in der Struktur der Stichprobe	3
21. Die neue Stichprobe	3
22. Vergleichbarkeit der Umfragen	4
23. Statistische Berechnungen und Schlussfolgerungen für die Praxis	5
3. Die für das Differenzbereinigungsverfahren wichtigen Fragen	8
31. Kenntnis der Mehrwertsteuer und Einstellung zur MWSt.	8
32. Was würden Sie tun, wenn Sie am nächsten Wochenende über die MWSt. abstimmen müssten? (Frage 38)	10
33. Ist der Entscheid zwischen 9 oder 10 % für die Meinungsbildung von grosser Bedeutung?	12
34. Ist die Befreiung des Gastgewerbes von der 10 % Grenze von ausschlaggebender Bedeutung?	13
35. Wie wirkt sich der Kenntnisstand betr. die Belastung des notwendigen täglichen Bedarfs mit bloss 3 % auf die Einstellung zur MWSt. aus? (Frage 47)	14
36. Wie stark wiegen die bekanntesten Argumente für und gegen die Einführung der MWSt. beim gegenwärtigen Stand der Meinungsbildung?	15
37. Die offenen Verhandlungspositionen im Bereich der WEST	17
38. Mögliche Ausschöpfung der Verhandlungspositionen im Gebiet der WEST	18
381. Abzüge für die erwerbstätige Ehefrau	18
382. Mindestgrenze Fr. 18'000.- oder 25'000.-?	19
39. Das Schicksal des Finanzpaketes	21
Résumé	23

Erste LieferungVorbemerkung zuhanden der Differenzbereinigung

Damit die Ergebnisse, welche die zentralen, noch offenen Fragen der Differenzbereinigung betreffen, in Ruhe gelesen und verwertet werden können, werden wir das Wesentliche in Kapitel 3 zusammenfassen. Zusätzlich stellen wir die Quintessenz in einem Résumé zusammen. Die restlichen Kapitel enthalten zwar auch wichtige Informationen. Sie müssen aber nur gelesen werden, wenn ~~man~~ die Notwendigkeit besteht zu überprüfen, welche Aussagekraft unsere in Kap. 3 mitgeteilten Schlüsse besitzen.

1. Kurze Zusammenfassung der Fragen der zweiten
Meinungsumfrage

Der zweite Fragebogen ist länger als der erste. Er enthält 60 anstatt bloss 37 Fragen. Wir werten in der jetzt vorliegenden und auch in späteren Lieferungen nur die geschlossenen Fragen aus. Das Ergebnis der offenen Fragen wird erst im Januar 1977 zugänglich sein.

Wir geben zunächst einen Ueberblick über die Fragenkomplexe. Gewisse Fragen aus dem ersten Fragebogen sind als Kontrollfragen in den zweiten übernommen worden. Ueber die Vergleichbarkeit äussern wir uns in Abschnitt 22 und 23.

11. Das Schwergewicht liegt bei den Fragen, die mit dem Differenzbereinigungsverfahren zusammenhängen (MWSt, WEST).
12. Weiterhin wurden Kenntnisse über Ausgabenhöhe- und -gliederung getestet; neu insbesondere solche über die Gesundheitsausgaben sowie den Personalbestand und Ausgabenanteil der Bundesverwaltung.
13. Das Verhältnis von indirekten und direkten Steuern, bes. Zollauffälle.
14. Steuerbelastung des Einzelnen und staatliche Gegenleistungen. Wie weit realisiert dieser, dass und wie stark die Lebenskosten durch Bundesverbilligungen gesenkt werden, und wie viel er von diesen in seinem persönlichen Lebensbereich profitiert?
15. Allgemeiner Informationsstand und Wünschbarkeit zusätzlicher Informationen.
16. Wie bei der ersten Umfrage werden auch zentrale Fragen mit den wichtigsten Merkmalsgruppen verglichen.

2. Statistische Merkmalsgruppen.

bes. Aenderungen in der Struktur der Stichprobe

21 Die neue Stichprobe

Bei jeder Umfrage muss eine neue Stichprobe herangezogen werden. Denn Befragte, die ein zweites Mal zum gleichen Gegenstand befragt werden, sind befangen oder voreingenommen. Die "Gesetze" der Stichprobenauswahl verunmöglichen es, dass sich die einzelnen Merkmalsgruppen völlig decken. Je grösser die Gruppe, desto geringer die Abweichungen. So ergeben sich bei der gleich bleibenden Grösse von 694 Antwortenden im Geschlecht, in der Sprache und in den Lohnklassen nur geringfügige Veränderungen von wenigen Promille. Etwas anders ist es bei Berufsgruppen, Parteisymphathien, Altersklassen und Abstimmungsverhalten.

Die Erwerbs- und Berufsgruppen haben sich folgendermassen verschoben:

	<u>1. Befragung</u>		<u>2. Befragung</u>	
	abs.	%	abs.	%
1. Selbständige, Leitende Angestellte	176	25,4	117	17
2. Angestellte in mittlerer Stellung	184	26,5	160	23
3. Angestellte in unterer Stellung	60	8,6	88	13
4. Landwirte	55	7,9	47	7
5. Arbeiter (manuell Tätige)	194	28,0	248	36
6. Studenten, Uebrige	24	3,5	30	4

Hier ist noch ein Fehler beim Kommentar der ersten Welle zu korrigieren. Nicht nur Hausfrauen, auch Rentner werden unter ihrem Beruf aufgeführt. Das zweite Sample ist im Vergleich zur realen Bevölkerungsstruktur eher genauer.

<u>Parteisymphathien in %</u>	<u>1. Befragung</u>		<u>2. Befragung</u>	
	alle	nur Parteien (=100%)	alle	nur Parteien (=100%)
1. Freisinn	13	22	15	26
2. CVP	9	16	10	18
3. SPS	18	31	17	30
4. SVP	8	13	6	11
5. Diverse	10	<u>18</u>	8	<u>15</u>
6. Keine Sympathie für eine bestimmte Partei Keine Antwort	42		44	

Die Verteilung unter den Parteien entspricht dieses Mal den realen Wählerstärken ebenfalls etwas besser, abgesehen von der CVP. Sie ist wiederum zu schwach vertreten. Bei den Diversen sind Nationale und

Republikaner beide Male etwas untervertreten. Der Rückgang der Diversen von 18 auf 15 % geht zu Lasten des Landesrings (-8 Befragte) und der PdA (-3 Befragte). Die Schwäche der Rechtsgruppen beruht wohl darauf, dass die Parteisympathie zu dieser Richtung nicht so offen eingestanden wird.

<u>Altersklassen</u>	1. Befragung	2. Befragung
Junge	45	44
Mittlere	44	40
Alte	11	16

Hier sind die Alten wohl etwas überdimensioniert.

<u>Stimmverhalten</u>	1. Befragung	2. Befragung
Gut (8-10 Mal)	51	(10 Mal) 28,5
Mittel (1-7 Mal)	36	(1-9 ") 61,7
Nie	13	(nie) 9,8

Wir haben schon in der ersten Untersuchung unsere Zweifel an der Einteilung geäußert und die Gruppierung deshalb in der zweiten Befragung entsprechend zugunsten der Mittelgruppe verschoben. Die "Regelmässigen" dürften nun leicht unter die "Okkasionellen" etwas übervertreten sein. Die Gruppe der Nie-Stimmenden ist zu klein. Das rührt davon her, dass man Stimmbastinenz nicht freimütig eingesteht. Der jeweilige Frauenanteil ist bei der ersten und letzten Gruppe reziprok, was der Wirklichkeit entsprechen dürfte.

	<u>Männer-</u>	<u>Frauen-Anteil</u>
Regelmässige (%)	61	39
Nie-Stimmende (%)	34	66

Die Mittelgruppe ist ausgeglichen.

22. Vergleichbarkeit der Umfragen

Will man die Resultate zweier Umfragen vergleichen, die mit einer dergestalt verschobenen Stichprobe durchgeführt worden sind, begegnet man gewissen Schwierigkeiten, besonders da die für mathematische Beweise benötigte Zeit nicht zur Verfügung steht. Aber abgesehen von der Andersartigkeit der Stichprobe sind noch andere Faktoren im Spiel, welche die Vergleichbarkeit erschweren. Wir erwähnen nur zwei:

1. Allenfalls wiederholte Fragen stehen im Fragebogen nicht in der gleichen Umgebung. Wie wichtig der Ort einer Frage im Zeitablauf der Befragung ist, wurde beispielsweise bei der Beurteilung der Einstellung

zum Finanzpaket unterschätzt. Man beachtete zu wenig, dass diese Einstellung bereits das Resultat einer lange dauernden Meinungsbeeinflussung darstellt.

2. Es ist bei einer aus finanziellen und zeitlichen Gründen beschränkten Umfrage unmöglich zu erfassen, welche Einwirkungen der Zeitfaktor spielt; im vorliegenden Fall z.B. diejenigen, welche von der Behandlung des Finanzpaketes im Ständerat und den entsprechenden Kontroversen im Rahmen der Massenmedien ausgegangen sind.

Das Einzige, was man vergleichsweise gleichsam durch reine Zahlenvergleiche feststellen kann, ist das Resultat der in beiden Umfragen an die erste Stelle gesetzten Frage: Nennung von Aufgabengebieten des Staates (vgl. Fragebogen). Nun variieren die Antworten bei dieser Frage nur um 1-2 %. Das ist mindestens ein Hinweis darauf, dass die allenfalls von den Stichprobenverschiebungen ausgehenden Fehler minim sein müssen. Dieser Tatbestand wird - rein augenfällig - auch durch die relativ minimalen Verschiebungen bei der Wiederholung anderer, äusserer Einflüsse nicht stark ausgesetzter Einstellungen erhärtet. Wir verweisen z.B. auf die Frage, ob die Steuerbelastung als zu hoch oder als tragbar empfunden werde (Unterschiede von Promille); oder auf diejenige, ob der Staat als sparsam oder verschwenderisch betrachtet werde. Hier bleibt der Anteil der zweiten Gruppe konstant, während derjenige der ersten Gruppe zuungunsten der Unentschiedenen oder Nichtantwortenden um 3 % zunimmt.

In zentralen Fragen können wir uns aber nicht mit augenfällig Beobachtbarem begnügen. Besonders wenn wir die Verschiebungen innerhalb bestimmter Merkmalsgruppen ergründen wollen, müssen wir uns einfacher mathematischer Mittel bedienen. Darüber orientieren wir im Abschnitt 23.

23. Statistische Berechnungen und Schlussfolgerungen für die Praxis

NB: Diese Bemerkungen müssen vom Politiker nur gelesen werden, wenn er wissen will, auf welchem Wege wir in einzelnen Fällen, besonders bei Vergleichen, zur Beurteilung eines bestimmten Resultates gekommen sind.

Für ausgewählte, besonders zu Vergleichen geeigneten Fragen möchten wir nämlich prüfen, ob die in unserer Stichprobe gefundenen Häufigkeitsverteilungen nicht zufällig sind, sondern systematischen Beziehungen in der Gesamtpopulation entsprechen. Solche Verteilungen werden in Mehrfeldertafeln sichtbar, wie wir sie weiter hinten publizieren. Sie

drücken Beziehungen zwischen zwei Variablen aus, z.B. der Beobachtungskategorie von Altersklassen oder Parteisymphathien (in den Zeilen aufgeführt) und von Alternativen in der Einstellung der Befragten, z.B. Pro oder Contra Finanzpaket (in den Spalten aufgeführt).

Dazu benützen wir einen einfachen Signifikanztest, den CHI^2 -Test. Man kann damit nachweisen, ob die in einer Stichprobe gefundenen Beziehungen statistisch signifikant sind. Entsprechende Aussagen sind allerdings mit bestimmten Fehlerwahrscheinlichkeiten behaftet. Sie können mit dem Signifikanzniveau umschrieben werden. Ein Signifikanzniveau von 0,01 bedeutet, dass eine bestimmte Beziehung in der Stichprobe nur in einem von 100 Fällen rein zufällig ist. Nimmt man gar ein Niveau von bloss 0,001 an, spielt der Zufall eine noch geringere Rolle (einer von 1000 Fällen). Entsprechend grösser ist er bei 0,05 (5 von 100 Fällen) und bei 0,1 (10 von 100 Fällen).

Nun ist es natürlich wichtig, zusätzlich auch die Stärke einer Beziehung zwischen zwei Variablen abzuklären. Hierzu wäre die Berechnung von Korrelationswerten nötig. Denn dies würde erlauben, unabhängig vom Charakter der jeweiligen Mehrfeldertafeln verschiedenartige Beziehungen miteinander zu vergleichen. Auf die Berechnung solcher Werte musste verzichtet werden.

Freilich kann man auch mit Hilfe von CHI^2 -Werten messen, wie stark die Beziehung zwischen zwei Variablen ist. Aber dies ist nur dann möglich, wenn eine solche für gleichdimensionale Mehrfeldertafeln berechnet worden ist. Leider sind nun aber unsere Tafeln so uneinheitlich, dass die absoluten CHI^2 -Werte nur ausnahmsweise vergleichbar sind. Wie spätere Beispiele zeigen, haben wir z.B. Tafeln mit 4 Feldern (2 Zeilen, 2 Spalten), mit 8 Feldern (z.B. 2×4 oder 4×2) oder mit 16 Feldern (z.B. 2×8 oder 8×2 oder 4×4). Der Mathematiker spricht davon, dass verschiedenartige Tafeldimensionen verschiedenartige Freiheitsgrade zur Folge haben und deshalb einen Vergleich erschweren.

Praktisch heisst das: Wir können nicht mathematisch beweisen, wie sich Beziehungen im Bereich der Wehrsteuer (Einstellungen zu Sozialabzügen, Mindestgrenzen für steuerbares Einkommen usw) und solche im Bereich der Mehrwertsteuer (Einstellungen zu 9 oder 10%, Befreiung des Gastgewerbes von der 10% Klausel usw) untereinander und mit Bezug zum gesamten Finanzpaket gegenseitig beeinflussen, weil diese eben in verschieden dimensionierten Mehrfeldertafeln ausgedrückt sind. Wir müssen uns damit begnügen, in einzelnen Fällen anzugeben, wie hoch jeweils das Signifikanzniveau ist. Im Anhang sind die Signifikanzniveaus für die

Stärke der Beziehungen zwischen den Fragen 38 und 54 einerseits und einzelnen Merkmalsgruppen andererseits in Tabellen zusammengefasst.

Das heisst nun umgekehrt auch nicht, dass sich aus unsern Daten keine schlüssigen Folgerungen bezüglich der Finanzstrategie ziehen lassen. Wir vermögen dies aber nur mit Hilfe einer augenfälligen Kombinatorik zu tun, indem wir aus Einzeldaten die jeweils möglichen oder empfehlenswerten taktischen Ueberlegungen ableiten. Diese Beschränkung hat nur für den rein mathematisch Denkenden Schattenseiten. Wer politisch deutet, muss sich bewusst sein, dass zwar Einstellungen exakt gemessen, aber gleichzeitig durch so viele Faktoren verändert werden können, dass mathematische Beweise eine nie erreichbare Sicherheit vortäuschen würden.

3. Die für das Differenzbereinigungsverfahren wichtigen Fragen

31. Kenntnis der Mehrwertsteuer (hinfort MWSt) und Einstellung zur MWSt

Frage 35a (erster Fragebogen) und Frage 37a (zweiter Fragebogen) erkundigen sich nach der Kenntnis des Begriffs MWSt. Der Anteil derjenigen, die von ihr gehört haben, beträgt jetzt 91 statt wie früher 84 %. Interessant im Hinblick auf die Merkmalsgruppen ist folgendes: Es nehmen besonders die Anteile der "Kenner" unter den Frauen (87, früher 77 %), den Alten (87, früher 69 %) und den unteren Lohnklassen zu (88, früher 79 %).

Die Fragen 35c und 37c erkundigen sich unverbindlich nach einer allfälligen Zustimmung. Wir stellen einige augenfällige Entwicklungen in Anteilsgruppen einander gegenüber. Ueber die allfällige Signifikanz äussern wir uns bei der nur im zweiten Fragebogen konkreter formulierten Frage 38.

Dot = über Durchschnitt

<u>Einstellung</u>	<u>Total</u>		<u>Abstimmungsverhalten</u>					
			<u>Regelmäss.</u>		<u>Okkasionelle</u>		<u>Nie Stimm.</u>	
	<u>Aug.</u>	<u>Okt.</u>	<u>Aug.</u>	<u>Okt.</u>	<u>Aug.</u>	<u>Okt.</u>	<u>Aug.</u>	<u>Okt.</u>
Positiv	31	30	33	<u>37</u>	26	<u>28</u>	33	<u>12</u>
Negativ	43	52	47	<u>50</u>	42	<u>53</u>	49	<u>57</u>
Keine Meinung								
Keine Antwort	26	18	20	<u>13</u>	32	19	21	<u>31</u>

Der Faktor Zeit wirkt sich generell vorläufig gegen die MWSt. aus. Keine einzige Merkmalsgruppe ausser die des Abstimmungsverhaltens weist eine ins Gewicht fallende Vermehrung des Ja-Anteils auf. Interessant ist einzig, dass bei gewissen Gruppen noch grössere Reserven an Unentschiedenen vorhanden sind: Frauen, Junge, untere Lohnklassen, bes. untere Angestellte; ferner Bauern, Romands. Diese weisen aber fast überall einen grösseren Anteil dieser Gruppe auf. Ob sich die Unentschiedenen nach dem allgemeinen Trend zu den Neinsagern schlagen werden, wird später beurteilt werden. Aus den Merkmalsgruppen des Abstimmungsverhaltens kann man immerhin jetzt schon folgendes entnehmen, auch wenn man diesbezüglich vorsichtig sein muss, denn der Anteil der "Regelmässigen" beträgt nicht mehr wie bisher 51 %, sondern bloss mehr 28 %, derjenige der Okkasionellen dagegen jetzt 62 und nicht mehr bloss 36 %. Die Regelmässigen weisen einen leichten Trend der Unentschiedenen zum Ja auf. Der ungünstige Trend bei den Nichtstimmenden braucht uns nicht zu beunruhigen,

dagegen der starke Uebergang von den Unentschiedenen zu den Neinsagern bei der entscheidenden Gruppe der Okkasionellen.

Unsere ganze Argumentation wird im folgenden darauf hinauslaufen zu zeigen, dass das Schicksal des Finanzpaketes davon abhängt, ob der sich versteifende Widerstand gegen die MWSt. gebrochen werden kann. Wir werden dabei an einigen Punkten genau aufweisen können, wo die realen und vermeintlichen Widerstände liegen, und welche Bedingungen erfüllt werden müssen, damit solche Widerstände geschwächt werden.

Vorher werfen wir noch kurz einen Blick auf die Beantwortung der Fragen 41a und 41b, ob man weiss, dass eine Mehrheit der europäischen Staaten die MWSt. besitzen, und ob man die dortigen Erfahrungen als günstig oder ungünstig zu betrachten habe. Im ersten Falle ist es genau ein Viertel, der die Frage bejaht. Zwei Drittel wissen nichts davon. In der Romandie ist diese Unkenntnis weniger verbreitet (56 %). Je ein Viertel der gesamten Stichprobe betrachtet die Erfahrungen, welche die europäischen Staaten mit der MWSt. gemacht haben, als günstig oder ungünstig. Die Hälfte äussert sich überhaupt nicht. Gruppenspezifisch ist interessant, dass die Erfahrungen in der französischen Schweiz von 37 % als ungünstig betrachtet werden, und dass bloss 42 % keine Antwort gaben, während die Romands in der Kategorie der Nichtwisser sonst regelmässig überdurchschnittlich stärker vertreten sind als in der ganzen Stichprobe.

Die Kategorien des Abstimmungsverhaltens geben zu einigen Hoffnungen Ausdruck, wie aus folgender kleiner Tabelle hervorgeht:

Fragen	Total	A b s t i m m e r		
		Regelmäss.	Okkas.	Nie
1. Günstige Erfahrungen	27	33	25	16
2. Ungünstige Erfahrungen	25	26	24	24
3. Keine Antwort	48	40	51	59
Keine Meinung				

Wir gehen dabei vom vielfach belegten Tatbestand aus, dass man umso besser informiert ist, je regelmässiger man abstimmen geht. Je grösser die Unkenntnis, desto geringer der Anteil derer, welche die Erfahrungen als positiv betrachten.

Je mehr man von Europas MWSteuern weiss, desto eher ist man offenbar bereit, die positiven Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen, mindestens in der deutschen Schweiz. Die Information wird vor allem darauf zu achten haben, dass sie zusätzlich die

Vorteile des schweizerischen Systems von allfälliger als negativ empfundenen europäischen Mustern abhebt.

32. Was würden Sie tun, wenn Sie am nächsten Wochenende über die MWSt. Abstimmen müssten? (Frage 38)

Mit dieser Frage wird der Stier an den Hörnern gepackt. Die Antworten sind etwas differenzierter als die auf die unverbindlicher formulierte Frage 37c (Abschnitt 31). Nach den in Abschnitt 23 entwickelten Hinweisen über statistische Berechnungen, zeigen wir nur dort gruppenspezifische Häufigkeiten auf, wo der χ^2 -Test eine Signifikanz von 0,001 (Abstimmungsgruppen), 0,01 (Altersgruppen, Berufe) oder von 0,05 (Sprachgruppen) ergibt. Im übrigen werden augenfällige Unterschiede einzeln erwähnt.

Einstellung zur Abstimmung	Total	Signifikante Gruppen			Sprache	
		Jung	Alter	Alt	Deutsch	Franz
Ja	21	18	22	26	22	17
Nein	39	37	43	33	36	49
Weiss nicht	29	31	28	23	30	25
Stimmt nicht	11	14	7	18	12	9

Einstellung zur Abstimmung	1	Signifikante Gruppen			Abstimmungsverhalten			Erheblich, ob 9 od. 10 %	
		Berufe	2	3	4	Reg.	Okk.	Nie	Ja
Ja	15	29	18	21	29	20	3	23	21
Nein	50	36	33	32	41	40	25	38	37
Weiss nicht	27	29	26	34	27	30	20	27	30
Stimmt nicht	8	6	23	13	3	10	52	12	12

Das Bild sieht keineswegs erheitend aus. Auch wenn alle Unentschiedenen zu Ja-Sagern bekehrt würden, hätten wir bloss 50 % Annehmende, also noch keine Mehrheit. Um die MWSt. durchzubringen, muss man also zusätzlich potentielle Neinsager "bekehren". Die folgenden Rubriken zeigen, wo dies sinnvoll geschehen kann, und zwar gestützt auf die signifikant repräsentative Stichprobe. Da die jeweiligen Nichtstimmenden (unterste Zeile) ungefähr dem Gesamtanteil der Nichtstimmenden entsprechen (ca. 10 %) oder meist darunter liegen, kann man diese Kate-

gorie vernachlässigen. Freilich zeigt die Zahl 52 % in der untersten Zeile in der Spalte "Nie" bei der Gruppe "Abstimmungsverhalten", dass gelogen wird, oder dass bei einer Abstimmung über die MWSt. eventuell auch chronische Nitstimmende zur Urne gingen. Logischerweise müsste sie ja 100 % betragen. Dass hier bei der Kategorie "Nein" nur 3 % ein Ja für die MWSt. abgeben, bedeutet, dass bei einer unerwarteten Teilnahme die Neinstimmenzahl vermehrt würde. Dass die Alten (18 %) und die unteren Angestellten (Spalte 3 der Berufe) (23) einen hohen Anteil an solchen enthalten, welche an einer Abstimmung über die MWSt. nicht teilnehmen, entspricht dem allgemeinen schlechten Stimmverhalten dieser Gruppe.

Wo weisen die Anteile auf einen Meinungswandel zum Ja hin?

1. Sie wären überall dort zu suchen, wo überdurchschnittlich viele Unentschiedene sind, die gleichzeitig einen Trend zum Ja aufweisen. Das ist nirgends der Fall. 31 % Junge, 34 % Bauern (Berufsgruppe 4) und 30 % Okkasionelle weisen bereits unterdurchschnittlich oder durchschnittlich viele Ja-Stimmer auf (18 %, 21 %, 20 %).

2. Sie können ferner da gesucht werden, wo überdurchschnittlich viele Ja-Stimmer unterdurchschnittlich vielen Nein-Stimmern gegenüberstehen. Das ist nur bei den Alten (26 und 33 %) und bei den mittleren Angestellten (Berufsgruppe 2) der Fall. Alle andern Gruppen mit überdurchschnittlich vielen Ja weisen gleichzeitig auch überdurchschnittlich viele Neinsager auf: Mittelalterliche (22 und 43 %), Regelmässig Stimmende (29 und 41 %).

Gewisse Gruppen zeigen bereits einen Trend zum Nein bei gleichzeitig unterdurchschnittlichem Ja-Anteil: Es sind dies die Romands (49 % Nein und 17 % Ja; Selbständige und leitende Angestellte (50 % Nein und 15 % Ja).

Liegen noch Reserven vor, die in ihrer Meinung beeinflussbar und zum Ja zu bewegen wären? Ansätze hiezu zeigen sich bei den Jungen und Mittelalterlichen, bei den Deutschschweizern, bei den mittleren Angestellten und bei den Okkasionellen. Auch die Arbeiter sind hiezu zu zählen. Sie erscheinen in der Tabelle deshalb nicht, weil sie den Anteilen des Totals entsprechen.

Bei den nicht signifikanten Gruppen liegen Reserven bei den Frauen mit 34 % Unentschiedenen und bloss 12 % Ja-Stimmenden. Bei den

oberen Lohnklassen würde der Uebergang von den Nichtstimmenden zu Ja-Sagern eine Mehrheit von 54 % ergeben; ähnlich bei den Freisinnigen (55 %), Sozialdemokraten (54 %) und der SVP (61 %). Bei den restlichen Parteien sind die Neinsager so stark (CVP: 47 %, Diverse: 41 %) oder die Ja-Sager so gering (keine Partei: 16 %), dass eine gewaltige Information vonnöten wäre, um einen Meinungswandel herbeizuführen.

Fazit: Die publizierte Tabelle gibt wohl einige Hinweise, wo eine entsprechende systematische Beeinflussung einzusetzen hätte. Aber die Verhältnisse sind so diffus, dass sie keine eindeutigen Schlüsse im Hinblick auf eine bestimmte Strategie erlauben.

Wir müssen also den möglichen Meinungswandel unter einem ganz andern als dem gruppenpolitischen Aspekt betrachten. Die letzte Rubrik hilft uns weiter. Auf die Frage, ob es für den Entscheid für oder gegen die MWSt. von ausschlaggebender Bedeutung sei, ob der Satz 9 % oder 10 % betrage, stimmen ja und nein ungefähr mit dem Durchschnitt überein. Das heisst, dass die Wahl zwischen 9 oder 10 % für die Stellungnahme zur MWSt. unerheblich ist.

In Anlehnung an dieses Resultat haben wir uns nun darum bemüht zu zeigen, in welcher Richtung Gesetzgebung und Information gehen müssen, wenn sie den erwünschten Meinungswandel von der Sache her beeinflussen wollen.

33. Ist der Entscheid zwischen 9 oder 10 % für die Meinungsbildung von grosser Bedeutung?

Die schon oben angedeutete Unerheblichkeit kann nun noch nach besonderen Merkmalsgruppen untersucht werden.

<u>Einstellungen</u>	Total	Ausgewählte Merkmalsgruppen					
		Mittl. Alter	Hohe Lohnkl.	Sprache		Berufe	
				Deutsch	Franz.	1	5
von Bedeutung	34	39	39	33	37	47	31
nicht von Bed.	53	46	51	60	33	49	50
Keine Antwort keine Meinung	13	15	9	7	<u>30</u>	4	19

<u>Einstellungen</u>	Total	Ausgewählte Merkmalsgruppen					
		Abst.Verhalten			Abst.MWSt.		
		Reg.	Okk.	SVP	Ja	Nein	
von Bedeutung	34		37	33	49	39	33
nicht von Bed.	53		53	54	51	55	50
Keine Antwort keine Meinung	13		11	13	0	6	17

Zunächst ist ersichtlich, dass die Streitfrage 9 oder 10 %-Satz bei der MWSt. für die Mehrheit keine ins Gewicht fallende Bedeutung besitzt. Wir haben anschliessend zwei verschiedene Merkmalskategorien als Beispiele ausgewählt:

1. Solche, bei denen die 9/10 % Grenze überdurchschnittlich ins Gewicht fällt: bei den Mittelalterlichen, bei den hohen Lohnklassen, bei den Selbständigen und leitenden Beamten, bei der SVP (in beiden Fällen Gewerbler!). Die Berufsgruppe 5 (Arbeiter) führen wir als Beispiel für einen hohen Anteil an Unentschiedenen an.

2. Je drei Rubriken haben wir gewählt, bei denen die Gegenüberstellung bezeichnend ist. Auffallend ist der Unterschied zwischen Deutsch und Welsch. Wenn Grosjean (NE) im Ständerat die 9 % als ausschlaggebend bezeichnete, gilt dies höchstens für die Romandie und nur unter der Voraussetzung, dass für die 30 % Meinungslosen die 9 % Grenze bedeutungsvoll sei. Die Gruppierung im Abstimmungsverhalten unterstützt die These, dass die 9/10 % Grenze für die Mehrheit unerheblich ist. Für die Neinstimmer ist die Frage zu 50 % unerheblich.

Fazit: Wer die MWSt. nicht will, würde sie nicht eher annehmen, wenn der Satz nur 9 statt 10 % betragen würde.

Abstimmungspsychologisch ist diese Frage also von untergeordneter Bedeutung. Das sollte den Ständerat in der Differenzbereinigung umso eher zum Nachgeben bewegen, als 800 Mio auf dem Spiel stehen.

34. Ist die Befreiung des Gastgewerbes von der 10 % Grenze von ausschlaggebender Bedeutung?

Einstellungen	Total	Abstimmung über MWSt.				Abst. Finanzpaket	
		Ja	Nein	Weiss nicht	Stimmt nicht	Ja	Nein
Ja	23	24	22	24	22	26	20
Nein	61	67	62	59	54	60	66
Keine Antwort keine Meinung	16						

Diese Tabelle bedarf keines weiteren Kommentars. Die Starrköpfigkeit des Gastgewerbes hat eine kontraproduktive Wirkung. Sie hat überhaupt keinen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Wieso? Die Neinstimmenden betrachten den Streitpunkt als ebenso unerheblich wie die Ja-Stimmenden! Es sollte also dem Nationalrat leicht fallen, in dieser Frage Konzessionen zu machen, wenn der Ständerat seinerseits die Konzession der 10 % macht.

35. Wie wirkt sich der Kenntnisstand betreffend die Belastung des notwendigen, täglichen Bedarfs mit bloss 3 % auf die Einstellung zur MWSt. aus? (Frage 47)

Einstellungen	Total	Ausgewählte Merkmalsgruppen									Verh.z.Finanzpaket	
		Dt.	Frz.	Abst.Verh.			Verh.z.MWSt.		Weissst.	nicht	Ja	Nein
Ja zur MWSt.	55	59	<u>40</u>	56	56	<u>41</u>	87	<u>32</u>	60	56	76	33
Nein z. MWSt.	37	35	44	36	37	40	10	63	26	27	17	61
Keine Ansicht Keine Antwort	9	6	<u>16</u>	8	7	<u>19</u>	3	5	14	17	7	6

Die Frage 47 lautete: Sind Sie mit der Einführung der MWSt. einverstanden, wenn der tägliche Bedarf (Aufzählungen) nur mit 3 % besteuert wird? Die Antworten sind erstaunlich positiv.

Fazit:

1. Die negative Einstellung zur MWSt. ist vielfach oder ausschlaggebend durch die mangelnde Information über zentrale Fragen bedingt und ändert sich, sobald die Aufklärung erfolgt.
2. Das heisst nicht, dass jeder Saulus zu einem Paulus bekehrt wird. Romande und Neinstimmer lassen sich deswegen nicht "bestechen": Bei den ersten bilden die 16 % Unentschiedenen eine in ihren Entscheidungen unbekannte Manövriermasse. Die negative Haltung der Nie-Stimmer ist unerheblich.
3. Das wichtigste Resultat besteht darin, dass sich die Stimmung für die MWSt. bei den Okkasionellen (60 % der Befragten!) und den in der MWSt.-Abstimmung noch Unentschiedenen (60 Ja, 26 Nein) sprunghaft verbessert.
4. Interessant ist der Vergleich im Bereich der Einstellung zum Finanzpaket.

Frage 38	Total	Ja	Nein z. Finanzpaket
Stimmt Ja zur MWSt.	21	39	3
Stimmt Nein zur MWSt.	39	17	62
Weiss nicht	29	33	23
Stimmt nicht	11	11	12

Frage 47 *

Stimmt Ja zur MWSt.	55	76	33
Stimmt Nein zur MWSt.	37	17	61
Keine Antwort	9	7	6

* bei Kenntnis des 3 % Satzes für den notwendigen Lebensbedarf

Bei Kenntnis der 3 % Klausel erhöhen sich unter den Freunden des Finanzpaketes die Ja-Stimmen zur MWSt. sprunghaft, während die Nein-stimmen konstant bleiben (17 %). Bei den Gegnern des Finanzpaketes bleiben die Gegner der MWSt. zwar gleich stark (ca. 60 %); aber die Unentschiedenheit weicht einer positiven Beurteilung (von 3 % auf 33 %).

Nebenbei: Die Frage 48, ob man der MWSt. eher zustimme, wenn der Satz auf Wein auf 3 % reduziert würde, wird nur von 25 % bejaht, von 66 % verneint. 9 % haben keine Ansicht. Nicht einmal die Romandie wird davon bewegt: 23 % Ja, 56 % Nein, 21 % Unentschieden.

36. Wie stark wiegen die bekanntesten Argumente für und gegen die Einführung der Mehrwertsteuer beim gegenwärtigen Stand der Meinungsbildung?

Ging es bisher um reale Streitfragen, welche von den Räten entschieden werden müssen, befassen wir uns im folgenden mit einigen informativischen Fragen. In Frage 53 wurden 16 Fragen vorgelegt, auf welche mit Ja oder Nein zu den gängigen Argumenten pro et contra MWSt. Stellung bezogen werden musste. (Vgl. Fragebogen). Wir lassen drei davon aus; eine ist schon oben erörtert worden (Abschnitt 44). Wir bezwecken damit, eine Art "Rangordnung der Widerstände" zu erstellen, m.a.W. zu ergründen, wo die härtesten und wo die weichsten Stellen sind. Die folgenden Tabellen sind so geordnet, dass sie die Rangfolge in der Negation von ganz stark zu schwach aufweisen.

1. Argumente gegen die Einführung der MWSt.

blau = Plus-werte, identisch mit Total

rot = Minus-werte, identisch mit Total

Argumente	Total	Abstimmung MWSt.			
		Ja	Nein	Weiss nicht	Stimmt nicht
1. MWSt. vermeidbar, wenn Bund spart	+ 39	- 21	+ 68	+ 38	+ 56
2. MWSt. nicht dringlich, weil Bund anderswo genug Geld findet	+ 22	- 54	+ 61	+ 16	+ 42
3. MWSt. zu bekämpfen wegen Papierkrieg	+ 2	- 74	+ 40	+ 2	+ 6
4. MWSt. unsozial, weil sie untere und mittlere Einkommen trifft	+ 10	- 31	+ 34	- 8	- 12
5. MWSt. fördert Inflation	+ 8	- 36	+ 29	+ 12	+ 8
6. MWSt. vermeidbar, wenn WUST erhöht wird	- 28	- 57	- 13	- 25	- 27
7. MWSt. erscheint negativ, weil Belastung in Europa als hoch erscheint	- 15	- 26	- 11	- 18	- 12

au = Minus-Werte, identisch mit Total; --- = Ausnahmen
 1 = Plus-Werte; entgegengesetzt dem Total; ---- Ausnahmen 16

2. Argumente für die Einführung der MWSt.

Argumente	Total	Abstimmung MWSt.			
		Ja	Nein	Weiss nicht	Stimmt nicht
1. MWSt. erscheint empfehlenswert, weil sie andere europ. Staaten besitzen	- 40	+ 26	- 84	- 31	- 35
2. MWSt. gerechter als WUST	- 12	+ 61	- 57	- 2	- 15
3. MWSt. unerlässlich, weil Bund sich sonst unerträglich verschuldet	- 3	+ 82	- 53	- 7	- 4
4. MWSt. empfehlenswert wegen einfacherer Erhebungsart	- 24	+ 18	- 50	- 22	- 18
5. MWSt. verteilt Lasten gerechter als WUST	+ 2	+ 60	- 41	+ 13	+ 19
6. MWSt. erscheint positiv, weil Belastung in der Schweiz im Vergleich mit Europa gering erscheint	+ 3	+ 15	- 14	- 2	+ 2

Bevor wir an die Interpretation herangehen, soll noch kurz berichtet werden, wie die negativen und positiven Zahlenwerte entstanden sind. Nehmen wir die erste Frage bei den negativen Argumenten (Sparargument). Die Befragten antworteten hier im Total (oben: vorderste Spalte): 64 % unterstützen sie, 25 % bestreiten sie und 11 % äussern sich nicht. Indem wir die letzte Kategorie vernachlässigen, erhalten wir einen Stimmenüberschuss von (+39) zugunsten des Spar-Arguments. Nun wurden diese Einstellungen in Beziehung gesetzt zur Abstimmung über die MWSt. (Frage 38, Abschnitt 32), resp. zu den vier dort gegebenen Antworten (Ja, Nein, weiss noch nicht, geht nicht stimmen). Diese Gegenüberstellung erlaubt uns, die Gewichte der jeweiligen Argumente nach dem Verhalten zur MWSt. zu differenzieren. Es zeigt sich dann, dass das Sparargument bei den Gegnern der MWSt. mit 68 % so absolut dominiert, dass man sich mit dieser Sturheit abfinden muss. Bei den Unentschiedenen wiegt es ebenfalls am stärksten (38 %). Dass es bei den Befürwortern der MWSt. nur (-21 %) beträgt, zeigt, dass selbst diese für das Sparargument empfänglich sind.

Durchgeht man die Tabelle der negativen Argumente von oben nach unten, erscheinen vor allem die Unterschiede in der Gewichtung zwischen dem Total, den Neinstimmern und den Unentschiedenen aufschlussreich. Denn sie zeigen, wo die Gegner hoffnungslos isoliert sind (z.B. Frage 2, Frage 3, Frage 4 (die Unentschiedenen nähern sich den Befürwortern)).

Am ernstesten ist noch das Inflationsmoment (Frage 5) zu nehmen; übrigens hat Bundesrat Chevallaz eine erwartete Teuerung von 2 % zugegeben. Gegenstandslos erscheint die Alternative "WUST-erhöhen" (Frage 6) sowie der Vergleich mit Europa; die Pro-Argumente wiegen so stärker, dass überall Negativwerte erscheinen.

Die zweite Tabelle mit den Pro-Argumenten zeigt, dass der Vergleich mit Europa (Frage 1) bei den Gegnern ähnlich wirkt wie das Sparargument in der ersten Tabelle. Es gilt also, diesen Vergleich möglichst auszuklammern. Allein schon deshalb, weil auch der Hinweis auf eine vergleichsweise günstigere Gestaltung der MWSt. in der Schweiz (Frage 6) keine besonderen Ausschläge erzielt. Sauer reagieren die Neinsager auch auf die Verschuldungsgefahr (Frage 3, (-53 %) und Vergleiche zu ungunsten der WUST (Fragen 2,4,5 (-53, -50, -41 %). Bei den Nichtentschiedenen wirken die Pro-Argumente ausser bei Frage 1 und 4 wenig abschreckend, bei Frage 5 sogar positiv (+13).

Fazit:

Während wir in Abschnitt 32 Mühe hatten, weiche Stellen im Widerstand gegen die MWSt. zu entdecken, zeigt eine Aufgliederung nach Sachargumenten solche ganz deutlich auf. Indessen handelt es sich dabei nur am Rande um politische Entscheidungen (Alternative WUST), sondern meistens um solche, die bei der Information Beachtung finden sollten.

Für die Differenzbereinigung ist es viel wichtiger, die Zusammenhänge zwischen der Einstellung zur MWSt. und zur WEST zu eruieren. Denn hier ist noch so viel Verhandlungsspielraum offen, dass man hoffen kann, noch bestehende Widerstände gegen die MWSt. liessen sich durch geschickte Konzessionen im Bereiche der WEST brechen.

37. Die offenen Verhandlungspositionen im Bereich der WEST

Die noch offenen Fragen betreffen die Abzüge für erwerbstätige Ehefrauen (1), für Ehefrauen und Kinder (2)), die Mindestgrenze für den Beginn der Wehrbesteuerung (3), den Maximalsatz bei der Progression (4) und den Anteil des Wehrsteuerertrags, der an die Kantone überliefert werden soll (5). Von ihnen sind nur die Fragen 1 (Fragebogen No 43) und 3 (Fragebogen 45 und 46) in den Fragebogen aufgenommen worden. Frage 4 konnten wir angesichts der Demonstration für die Reichtumssteuer als beantwortet betrachten (vgl. erste Umfrage: Abschnitt 53, S. 25). Frage 5 wird erst in einer der nächsten Raten beantwortet. Frage 2 hat viel Ähnlichkeit mit der Frage 1 (Fragebogen No 43). Wir können die entsprechenden Antworten als symptomatisch für das Gewicht der Sozialabzüge

überhaupt betrachten.

Bevor wir auf die Sache eingehen, müssen wir noch eine statistische Besonderheit erwähnen, die bei der Urteilsbildung erschwerend wirkt. Aus Gründen der Geld- und Zeitersparnis wurde die Stichprobe bei einzelnen Fragen so gespalten, dass die eine Hälfte über das Entweder-Oder des Abzugs für erwerbstätige Frauen zwischen 2000.- und 2500.- Fr., die andere zwischen den Alternativen 2000.- und 4000.- Fr. entscheiden musste, desgleichen bei der Mindestgrenze. Die eine Hälfte musste sich zur Summe von Fr. 18'000.-, die andere zu der von Fr. 25'000.- äussern. Nun sagen natürlich die Anteile nach Merkmalsgruppen schon an und für sich viel aus.

Darüber hinaus wäre es interessant gewesen herauszufinden, ob z.B. die Wahl der Mindestgrenze (18'000.- oder 25'000.-) auf die Einstellung zur MWSt. oder zum Finanzpaket einen ausschlaggebenden Einfluss übt, ob die Beziehung zwischen beiden Werten mathematisch verstärkt oder abgeschwächt erschiene. Das hätte man nur tun können, wenn sich die Häufigkeitsverteilung in den beiden "gespaltenen" Stichproben bezüglich der Antworten auf MWSt. und Finanzpaket ungefähr entsprochen hätte. Die folgende Aufstellung zeigt anhand der gespaltenen Stichprobe bei den Fragen 45 und 46 (Mindestgrenze 18'000.- und 25'000.-), dass diese Entsprechung leider fehlt. Wir wählen dabei die Abstimmung über die MWSt. (Frage 38).

Antworten auf Frage 38 (MWSt.)	Stichprobe 1 (Frage 45)	Stichprobe 2 (Frage 46)
Ja	79	65
Nein	118	151
Weiss nicht	104	95
Stimmt nicht	41	41

Die Unterschiede sind statistisch signifikant auf dem Niveau von 0,1 ($\chi^2 = 5,36$). Es können also keine statistisch gesicherten Schlüsse über den möglichen Einfluss einer nach oben (Fr. 25'000.-) geschobenen Mindestgrenze gezogen werden.

38. Mögliche Ausschöpfung der Verhandlungspositionen im Gebiet der WEST

381. Abzüge für die erwerbstätige Ehefrau (Fr. 2000.- wie bisher oder 2500.-/4000.-)

Aus den folgenden Tabellen geht deutlich hervor, dass die Variante 4000 entscheidend oben ausschwingt. Wie oben dargelegt, können wir zwar

nicht statistisch nachweisen, ob die Fr. 4000.- eine Bedingung für die Annahme der MWSt. oder des Finanzpaketes darstellen. Die beiden Zahlenreihen überzeugen nur durch die Augenfälligkeit.

Einstellung zum Abzug in %	Total	Abstimmung MWSt.				Einstellung Finanzpaket	
		Ja	Nein	Weiss nicht	Stimmt nicht	Ja	Nein
2500 genügt	36	34	29	41	44	45	29
2500 genügt nicht	61	62	66	57	54	53	66
4000 genügt	56	<u>75</u>	<u>52</u>	<u>53</u>	49	<u>68</u>	<u>47</u>
4000 genügt nicht	40	20	43	44	46	28	51

Ein Vergleich der beiden Zahlenreihen zeigt, dass die Chancen beider Abstimmungsvorlagen merklich steigen, wenn man bei den Abzügen das Maximum ausschöpft. Dasselbe liesse sich wohl auch bei den Sozialabzügen ceteris paribus herausfinden. Die Stimmenverhältnisse im StR (27:10, 25:12) lassen eine Korrektur möglich erscheinen.

382. Mindestgrenze 18'000.- oder 25'000.-?

Einstellung z. Mindestgrenze	Tot.	Merkmalsgruppen											
		Lohnkl. hochtief		Beruf 1 5		Partei Fr. s CV Di W R			MWSt. Ja Nein W. n			Fin. paket Ja Nein	
Ja z. Fin. paket bei 18000.-	55	53	57	57	54	49	<u>44</u>	<u>48</u>	<u>68</u>	<u>42</u>	<u>59</u>	<u>67</u>	<u>45</u>
Nein bei 18000.-	34	35	33	36	31	<u>47</u>	<u>34</u>	<u>40</u>	<u>27</u>	<u>48</u>	<u>30</u>	<u>28</u>	<u>41</u>
Ja bei 25000.-	52	<u>44</u>	<u>57</u>	<u>39</u>	54	<u>46</u>	<u>59</u>	<u>47</u>	<u>57</u>	<u>49</u>	<u>53</u>	<u>60</u>	<u>47</u>
Nein bei 25000.-	36	<u>46</u>	<u>29</u>	<u>49</u>	34	<u>50</u>	<u>28</u>	<u>44</u>	34	<u>40</u>	<u>32</u>	<u>32</u>	<u>44</u>

Auch diese Tabelle kann nur nach Augenfälligkeit und darum nicht mit grosser Schlüssigkeit beurteilt werden. Wir haben der Einfachheit halber die Anteile der Nichtantwortenden oder Unentschiedenen weggelassen. Vergleicht man nur die Ja und Nein, wird man generell feststellen, dass die Grenzfestlegung bei 25000.- Fr. die Annahme der Vorlagen verschlechtert. Deutlich wird dabei der Einfluss der oberen Lohnklassen (ähnlich Selbständige, Freisinnige, Diverse Parteien), welche die obere Grenze ablehnen, offenbar in der Meinung, die Steuerbefreiung dürfe nicht zu weit

gehen und die Lasten nicht zu einseitig verteilt werden. Bei Frage 46 stand der erklärende Satz: Es gibt dann nur noch 0,5 statt 1 Mio Steuerpflichtige! Dass sich die untern Lohnklassen (auch die Arbeiter, d.h. Beruf 5) nicht so vehement für die Grenze 25000.- einsetzen, wie es die politische Linke tut, dürfte damit zusammenhängen, dass niemand aus diesen Schichten genau weiss, ob er nicht bei allfälligen höheren Einnahmen plötzlich steuerpflichtig würde. Es genügt ihnen offenbar die Mutmassung, dass sie bei der 18000.-Grenze dem "Heer" der Million Steuerfreier angehören werden; und das genügt der Mehrheit.

Fazit:

Für das Schicksal des Finanzpaketes scheint mir vor allem eines wichtig: Nur wenn narrensicher bekannt gemacht wird, dass die Mehrbelastung durch die MWSt. durch eine Steuerbefreiung für 1 Mio Steuerpflichtiger kompensiert wird, können die üblich stimmfaulen oder okkasionell stimmenden Unterschichten für einen Urnengang und ein Ja zur MWSt. motiviert werden.

Grenzstreitigkeiten, wie ich sie soeben skizziert habe, sind eine reine Ermessenssache und müssen unter referendumspolitischen Aspekten betrachtet werden. Das Schicksal der Vorlage hängt wesentlich davon ab, ob die Okkasionellen mindestens bis zu einer Gesamtbeteiligung von 50-52 % oder noch höher motiviert werden können. Es muss, wenn immer möglich, verhindert werden, dass eine unheilige Allianz von Rechts- und Linksextremen das Feld beherrschen kann wie bei den letzten Abstimmungen.

39. Das Schicksal des Finanzpaketes

Einstellungen	Merkmalsgruppen													
	Total	Sprache		Berufe					Parteien					
		Dt.	Frz.	1	2	3	4	5	Fr.	Cvp	Sps	SvP	Dif.	keine
<u>Alte Umfrage</u>														
Ja z.Fin.p.	48,7	47	54	43	57	47	49	46	46	46	58	46	53	46
Nein	37,6	41	27	43	34	43	29	39	44	38	27	47	42	38
Keine Antw. Keine Mein.	13,5	12	19	14	10	10	22	14	10	17	16	7	4	16
<u>Neue Umfrage</u>														
Ja	47,7	51	<u>36!</u>	48	57	50	47	<u>40</u>	<u>56</u>	47	52	47	<u>42</u>	45
Nein	42,7	42	<u>45</u>	44	38	41	40	<u>47</u>	36	41	43	47	<u>50</u>	43
Keine Antw. Keine Mein.	9,5	7	18	7	5	9	13	13	8	12	5	7	7	12

Abstimmung MWSt.

<u>Neue Umfrage</u>	Ja	Nein	Weiss nicht	Stimmt nicht
Ja <i>Finanzpaket</i>	<u>90</u>	<u>21</u>	<u>55</u>	44
Nein	<u>7</u>	<u>68</u>	<u>34</u>	42
K.Antw./K.M.	4	10	11	15

Im Total der Befragten hat sich die Einstellung zum Finanzpaket von der ersten zur zweiten Befragung kaum geändert. Die Befürworter machen auch in der zweiten Befragung nicht ganz die Hälfte der Befragten aus (48%). Leicht gestiegen ist die Zahl der Gegner, und zwar auf Kosten der Unentschlossenen. Allerdings sind die Differenzen so gering, dass daraus noch nicht auf einen Meinungsumschwung im Lager der Unentschlossenen geschlossen werden kann.

Eine interessante Verschiebung zeigt sich bei den Sprachgruppen. Noch deutlicher als in der ersten Befragung wird das Finanzpaket in der deutschen Schweiz befürwortet. Skeptischer, ja ablehnend zeigt sich aber die französische Schweiz. Da es sich um gleichdimensionierte Mehrfeldertafeln handelt, kann ein Vergleich der beiden CHI^2 -Werte bekräftigen, dass der auffallende Unterschied in der Häufigkeitsverteilung statistisch signifikant ist. Der CHI^2 -wert für die Tafel "Einstellung zum Finanzpaket/Sprachgruppen" beträgt 13,54 für die erste Befragung und 24,16 für die zweite Befragung. Die Beziehung zwischen der Einstellung zum Finanzpaket und der Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe hat sich

also bedeutend verstärkt. Anders ausgedrückt: Die unterschiedliche Einstellung zum Finanzpaket von Deutschschweizern und Welschschweizern ist weit ausgeprägter als in der ersten Befragung. (Signifikanz-Niveau 1. Befragung: 0,1, zweite Befragung: 0,001).

Auffallende Verschiebungen zeigen sich auch bei zwei Berufsgruppen. Bei den Bauern ist die Einstellung zum Finanzpaket negativer geworden. Noch ausgeprägter ist dies bei den Arbeitern der Fall. Sie sind diejenige Berufsgruppe mit dem höchsten Anteil an Finanzpaket-Gegnern. Nicht zu vergessen: Die Stichprobe enthält dieses Mal mehr Arbeiter!

Das Resultat der SPS bestätigt diesen Umschwung. Der relativ hohe Prozentsatz der Unentschlossenen ist geschmolzen, und zwar fast vollständig zugunsten der Finanzpaket-Gegner. Weit positiver zum Finanzpaket eingestellt, ist auf der anderen Seite diesmal die FdP: mit einem der höchsten Prozentsätze an Befürwortern aller Merkmalsgruppen überhaupt.

Schliesslich zum Verhältnis zwischen der Einstellung zum Finanzpaket und der Abstimmung über die MWSt. Der χ^2 -Test zeigt, dass die zwei Grössen (Variablen) in einer nachweisbar sehr starken Beziehung stehen. (Statistisch signifikant auf dem Niveau 0,001). Hoffnungsvoll stimmt es, dass sich 55 % der bei der MWSt. Unentschiedenen zu einem Ja zum Finanzpaket bekennen. Also liegt bei den restlichen Unentschiedenen noch eine Reserve für einen Meinungswandel vor.

Wabern, 17.11.1976

sig. E. Gruner

R é s u m é

Wichtige Ergebnisse für die Differenzbereinigung

31. Erkundigt man sich unverbindlich nach der Einstellung zur MWSt. ergibt sich eine Zunahme der Ablehnenden gegenüber der ersten Umfrage von 43 auf 52 %, weil 7 % Unentschiedene zu ihnen stossen. Die Annehmenden nehmen von 31 auf 30 % ab. Die folgende Argumentation beschäftigt sich mit der Frage, ob der sich versteifende Widerstand gegen die MWSt. gebrochen werden kann. Erfahrungen europäischer Länder mit der MWSt. wirken sich, wenn vorhanden, nicht von vornherein positiv aus.

32. Eine supponierte Abstimmung über die MWSt. fällt enttäuschend aus:

21 % Ja	
39 % Nein	Détails zu einzelnen
29 % Unentschieden	Gruppen in Abschnitt 32
11 % gehen nicht stimmen	

Um die MWSt. durchzubringen, muss man zusätzlich zur Bekehrung sämtlicher Unentschiedener auch noch jetzige Neinsager zur Umkehr bewegen. Eine Uebersicht nach Merkmalsgruppen gibt Hinweise darauf, bei welchen man mit berechenbaren Erfolgchancen einen Meinungswandel herbeiführen könnte. Entsprechende Vorstösse können sich aber nicht nach Personen-gruppen orientieren, sondern müssen Sachfragen als Leitlinien wählen.

33. Erste Leitlinie: Der Entscheid zwischen einem Satz von 9 oder 10 % bei der MWSt. fällt für die Meinungsbildung nicht generell, sondern nur bei einzelnen Gruppen ins Gewicht, möglicherweise bei den Romands (aber immer noch 30 % Meinungslose). Insgesamt erklären 53 %, die Höhe des Satzes hindere sie nicht daran, allenfalls Ja zu stimmen.

34. Noch eindeutiger zeigt sich dies bei der Streitfrage, ob das Gastgewerbe von der 10 % Klausel befreit werden solle. 61 % würden sich durch die 10 % nicht davon abhalten lassen, Ja zu stimmen. Nein: nur 23 %.

35. Ermunternd ist das Resultat auf die Frage, wer Ja stimmen würde, wenn er weiss, dass der notwendige Alltagsbedarf mit bloss 3 % belastet wird. Unter diesen Umständen ist im Ganzen eine Mehrheit von 55 % zu erwarten. Positive Erwartungen ergeben sich daraus, dass sich die Stimmung für die MWSt. bei den "okkasionellen" Stimmeru und den in der MWSt. noch Unentschiedenen sprunghaft verbessert, und zwar auch zugunsten des Finanzpaketes.

36. Eine besondere Tabelle gibt Auskunft darüber, wie stark die bekanntesten Argumente für und gegen die MWSt. beim gegenwärtigen Stand der Meinungsbildung wirken. Daraus ist eine Art Rangordnung der Widerstände abzuleiten. Der Kommentar ist im Originaltext zu lesen (S. 15 ff). Eine Aufgliederung nach Sachargumenten zeigt also deutlich an, wo sich weiche Stellen befinden.

37. Für die Differenzbereinigung ist es noch wichtiger, den Verhandlungsspielraum zu ermessen, welcher bei der WEST-Beratung für Kompromisse offen ist. Abschnitt 37 enthält in dieser Beziehung für den Kenner nichts Neues, und die statistischen Bemerkungen braucht er nicht zu lesen. Der Schluss lautet: Wir können keine statistisch gesicherten Aussagen darüber machen, ob sich eine Verschiebung der Grenze von 18000 Fr. auf 25000.- Fr. positiv auf die Einstellung zum Finanzpaket auswirkt, sondern höchstens politische Erwägungen anstellen.

38. Bei den Abzügen für die erwerbstätige Ehefrau kann augenscheinlich festgestellt werden, dass die Verschiebung auf 4000.- Fr. sich stark zugunsten der Annahme auswirkt. Was die Mindestgrenze betrifft, so sei der eilige Leser auf die Interpretation der Tabelle und das Fazit verwiesen (S. 19 ff).

39. Das Schicksal des Finanzpaketes. Auch hier muss der eilige Leser auf den ganzen Abschnitt verwiesen werden.

Wabern, 17.11.76

sig. E. Gruner

Anhang I
Signifikanztests (χ^2)

GFI²

Frage 54 "Finanzpaket"

Signifikanzniveau	Variable (Frage)
0,001	- Sprachgruppen (Dt/Ws)
	- Ist Bund sparsam ? (06)
	- Einschätzung der eigenen Steuern (08)
	- Kantonsgruppen
	- Beamte 13. Monatslohn (34)
	- Mindestgrenze Wehrsteuer (45/46)
	- Dringlichkeit MWSt. (50)
	- MWSt./Andere Geldquellen (53/2)
- MWSt./Ausland (53/8)	
0,01	- Leistung des Staates (02)
	- Bundesschuld (26)
0,05	- Alter
	- Abzug Ehefrau (43a/44a)
0,1	- Berufsgruppen
	- Stimmdisziplin
	- Zufriedenheit mit Lebenssit. (63)
	- Bundesrat/TV (60 b)
nicht signifikant	- Stadt/Land
	- Parteien
	- % Mehrwertsteuer (45)

CHI²

Anhang II
Signifikanztests (CHI²)

Frage 38 "Mehrwertsteuer"

Signifikanz-Niveau	Variable (Frage)
0,001	- Ist Bund sparsam? (06)
	- Einschätzung der eigenen Steuern (08)
	- Dringlichkeit MWSt. (50)
	- MWSt./Andere Geldquellen (53/2)
	* MWSt./Ausland (53/8)
0,01	- Alter
	- Berufsgruppen
	- Sprachgruppen
	- Leistung des Staates (02)
	- Bundesschuld (26)
- Beamte 13. Monatslohn (34)	
0,05	- Sprachgruppen (Dt./Ws)
	- Mindestgrenze Wehrsteuer (45/46)
0,1	- Stadt/Land
	- Parteien
	- Abzug Ehefrau (43a/44a)
nicht signifikant	- Zufriedenheit mit Lebenssit. (63)
	- Kantonsgruppen
	- % Mehrwertsteuer (49)
	- Bundesrat/TV (60 b)

* Stimmhäufigkeit

Ergänzung des Berichtes über "Erste Ergebnisse der Meinungsumfrage
betreffend Steuer- und Finanzfragen"
(Auswertung der offenen Fragen)

Zu 2.2 "Kenntnisstand betreffend Finanzsituation"

1) 90% der Befragten wissen zwar, dass der Bund ein Defizit macht, die absolute Höhe dieses Defizites ist aber nur den wenigsten bekannt. Nur 25% nennen eine Zahl (Angaben zwischen 1 und 8 Mia), die in der Nähe des tatsächlichen Ausgabenüberschusses liegt, während 55% der Befragten überhaupt keine Angaben machen können. Besonders geringe Kenntnisse besitzen von den einzelnen Merkmalsgruppen dabei die Frauen, untere Lohnklassen, politisch wenig aktive Bürger sowie die Bevölkerung der französischen Schweiz.

2) Ein noch krasser Bild zeigt sich bei einer offenen Frage nach der Höhe einer anderen Schlüsselzahl der schweizerischen Volkswirtschaft. 99% der Befragten sind nicht in der Lage, die Höhe des jährlichen Bruttosozialproduktes auch nur annähernd zu schätzen und nur 8% treffen in einer geschlossenen Frage die richtige Kategorie (100 - 199 Mia).

Die Bevölkerung weiss vom Defizit des Bundes. Die tatsächliche Höhe der Ausgabenüberschüsse und vor allem deren Relation zum gesamten Bundeshaushalt sind aber weitgehend unbekannt.

Zu 3.3 "Sparen, Schuldenmachen oder Banknotendruckten"

1) Nach der Wahl der einen der vier Alternativen zur Einkommenspolitik des Bundes, hatten die Befragten ihre Präferenz in einer offenen Filterfrage zu begründen.

Nur 10% der Gesamtstichprobe sehen in der Verschuldung des Staates gewisse Vorteile oder zumindest keine Nachteile. Ihre Begründung besitzt zwei Schwerpunkte: "Der Staat kann nicht Konkurs machen, sein Finanzhaushalt

ist nicht mit demjenigen einer Privatperson oder einer privaten Unternehmung zu vergleichen" (25% der Nennungen) und "Ausgabenüberschüsse kurbeln die Wirtschaft an, bzw. sind ein Mittel zur Bekämpfung der Rezession" (28% der Nennungen). Das zweite Argument (deficit spending) wird besonders häufig von Anhängern der SPÖ genannt und erklärt deren gesamthaft überdurchschnittliche Präferenz für diese Alternative.

19% betrachten Schulden als ein Mittel, um den Staat zum Sparen anzuhalten. 41% der hier Antwortenden wiederholen in ihrer Begründung die schon in der Umschreibung der Alternative enthaltene Feststellung: "Der Staat gibt alles aus, was er bekommt. Schulden zwingen zum Sparen". Weitere 36% vermögen ihre Wahl nicht zu begründen.

35% der Befragten sind gegen Schulden und für ein ausgeglichenes Budget. Die Begründungen sind jedoch erstaunlich unpräzise. Man ist gegen Schulden, weiss ein wachsendes staatliches Defizit aber nicht mit möglichen konkreten Folgen in Verbindung zu bringen. So weisen nur 2% der Antwortenden beispielsweise auf die damit verbundenen steigenden Schuld- und Darlehenszinsen. 40% der Antwortenden scheinen Schulden vornehmlich aus moralischen Gründen zu verwerfen ("Schulden macht man nicht") und weitere 20% konnten überhaupt keine Gründe nennen.

36% fordern Einnahmeüberschüsse, um Reserven für schlechte(re) Zeiten anlegen zu können. Wie bei der zweiten Alternative (Schulden als Sparzwang) ist auch hier die eigentliche Begründung schon in der Definition der Alternative enthalten und eine Nachfrage darum wenig interessant. 60% der Antwortenden nennen denn auch als wichtigstes Argument die Anlage von Reserven; 13% geben keine Gründe.

2) Die 578 (83%) Befragten, die sich in der einfachen Frage nach dem Pro oder Contra staatlicher Ausgabenüberschüsse gegen eine weitere Verschuldung aussprachen, hatten in einer offenen Zusatzfrage ebenfalls Gelegenheit, ihre Gründe darzulegen. Auch hier zeigt sich der geringe Wissensstand in bezug auf mögliche konkrete Auswirkungen einer ständig wachsenden Staatsschuld. Für 19% ist das Defizit "schon hoch genug" oder grundsätzlich "ungesund" (14%). Ähnlich ausweichend antworteten weitere 13% der Befragten, die "dem staatlichen Defizit ein ausgeglichenes Budget vorziehen". Fast 2/3 der Antwortenden sind nicht in der Lage, materiell zu

begründen. Von den wenigen konkreten Argumenten gegen eine wachsende Verschuldung wurden deren zwei relativ häufig genannt: 11% der Antwortenden weisen auf die steigenden Zinslasten und weitere 11% fürchten Steuererhöhungen in einem späteren Zeitpunkt.

3) Nur ein kleiner Teil der Befragten bejaht die Fabrikation zusätzlicher Banknoten. Die Gegner (92%) hatten ihr "Nein" in einer Nachfrage zu begründen. Im Vergleich zu anderen Wissensfragen überrascht das Ausmass an präzisen und richtigen Antworten. Ueber mögliche Folgen einer Erhöhung der Geldmenge weist die Bevölkerung recht gut Bescheid. 42% der Befragten begründen mit der Inflationsgefahr und weitere 14% weisen auf eine sinkende Golddeckung.

Zu 3.5 "Sparvorschläge"

1) Noch bevor vom Befrager einzelne Ausgabenbereiche des Bundes explizit erwähnt wurden, hatte der Befragte Gelegenheit, in einer offenen Frage Vorschläge zur Senkung staatlicher Ausgaben zu machen. Aeussern konnten sich dabei nur jene, die im Rahmen der zukünftigen Finanzpolitik des Staates auch Ausgabensenkungen forderten (93% ; Kap.2.3 Hauptbericht). Die Auswertung der jeweils ersten, spontanen Antwort ergibt die folgende "Rangliste" nach der Häufigkeit der Nennungen und somit der Dringlichkeit von Einsparungen:

- 1 (29%) Landesverteidigung, Militär, Rüstung
 - 2 (14%) Verwaltungsausgaben, Beamtenlöhne, Personalabbau
 - 3 (9%) Infrastruktur, (Nationa-)Strassen, Bausektor
 - 4 (8%) Subventionen (Landwirtschaft, Industrie, Forschung etc.)
 - 5 (4%) Entwicklungshilfe
- Uebrige Nennungen: 10% (kein Bereich über 2%)
Keine Antwort: 27%

Auch wenn einzelne Ausgabenbereiche den Befragten vorgelegt wurden, haben diese die "Landesverteidigung" weitaus am häufigsten für Einsparungen empfohlen (Kap. 3.5 Hauptbericht); der höchste Prozentsatz an Nennungen kann also nicht überraschen. Erstaunlich hoch ist aber dennoch die prozentuale Häufigkeit eines einzelnen Ausgabenbereiches in einer völlig offenen Frage (29%). Stärker betont wurde in diesen spontanen Antworten

auch die Notwendigkeit von Einsparungen in der Verwaltung. In der auf Grund geschlossener Fragen erstellten "Rangfolge der Ausgabenkürzungen" (S.14 Hauptbericht) noch hinter den "Nationalstrassen" liegend, nehmen Verwaltungsausgaben hier den zweiten Platz ein und dies obwohl die Kategorie "Nationalstrassen" in der Kodierung der offenen Frage zur Kategorie "Infrastruktur" erweitert wurde. Einsparungsforderungen sind ohne Zweifel nur teilweise rational begründet. Zusammen mit den Verwaltungsausgaben erhält auch ein anderer "emotionell gefärbter" Ausgabenbereich, die Entwicklungshilfe, in den Spontanantworten ein stärkeres Gewicht.

Tabelle 1 (folgende Seite) zeigt die auf die 473 Antworten umgerechneten Prozentanteile für die fünf wichtigsten Sparquellen, differenziert nach einigen Merkmalsgruppen. Die auffallendsten Ergebnisse sind mit + (für stark überdurchschnittliche Werte) und -(für stark unterdurchschnittliche Werte) zusätzlich hervorgehoben. Es zeigt sich, dass einzelne Merkmalsgruppen recht verschieden gewichtet; bei einigen ist sogar eine gegenüber dem Gesamtdurchschnitt veränderte Rangfolge festzustellen. So folgt beispielsweise die Landesverteidigung bei der höchsten Altersklasse (65-84 Jahre) erst an dritter Stelle, während die französische Schweiz Kürzungen bei den Militärausgaben noch weit stärker betont als alle übrigen Merkmalsgruppen (70 % der Antwortenden !). Die Nein-Sager zum Finanzpaket fordern verstärkt Einsparungen in den Bereichen Verwaltung, Infrastruktur und Entwicklungshilfe. Allerdings sind die Unterschiede zu den Befürwortern relativ gering und sollten nicht überbewertet werden.

2) Nachdem die Befragten für die vom Befrager genannten 12 Aufgabenbereiche des Bundes angegeben hatten, wo überall sie Ausgaben-senkungen wünschten, mussten sie in Nachfragen ihre Vorschläge zusätzlich begründen.

Von den 422 Antwortenden, die die Ausgaben für die Landesverteidigung herabzusetzen wünschen, halten 22% die Armee für grundsätzlich sinnlos oder überflüssig. 36% sprechen von "unnötigen, sinnlosen Ausgaben" oder übertriebenen Aufwendungen für die Rüstung. Bei den spezifischen Sparvorschlägen sticht nur die Flugzeugbeschaffung mit 9% der Nennungen aus einer ganzen Reihe anderer Vorschläge heraus.

Tabelle 2 "Ausgabenkürzungen"

Ausgabenbereich	Total	Altersklassen			Sprachen		Berufe				
		20-39	40-84	65-84	DS	WS	1	2	3	4	5
Landesverteidigung	39	44	38	21(-)	29(-)	70(+)	34	38	50(+)	41	40
Verwaltung	19	15	21	25(+)	20	17	22	18	14	16	20
Infrastruktur	12	11	11	23(+)	14	8	17	14	5(-)	5(-)	9
Subventionen	10	9	12	13	13	5(-)	12	10	14	5(-)	10
Entwicklungshilfe	5	8(+)	4	2(-)	6	4	4	6	12(+)	3	6

Ausgabenbereich	Total	Parteien					Finanzpaket		
		FdP	SPS	CVP	SVP	Div.	Keine	Ja	Nein
Landesverteidigung	39	32	60(+)	34	23(-)	42	35	39	37
Verwaltung	19	29(+)	14	13	31(+)	10	19	16	23
Infrastruktur	12	18	10	17	3(-)	14	13	10	15
Subventionen	10	6	6	21(+)	13	22(+)	9	12	12
Entwicklungshilfe	5	6	4	4	0(-)	10(+)	6	5	8

+ überdurchschnittliche Betonung der Ausgabenkürzungen in diesem Gebiet
 - unterdurchschnittliche

- Berufe
- 1 Selbstständige und leitende Angestellte (Beamte)
 - 2 Mittlere Angestellte (Beamte)
 - 3 Untere Angestellte (Beamte)
 - 4 Landwirte
 - 5 Arbeiter

6

Für 47% der 293 Befragten, die Einsparungen bei den Nationalstrassen fordern, gibt es heute genug oder bereits zu viele Nationalstrassen. 12% befürchten bei einem weiteren Ausbau des Strassennetzes eine zu grosse Belastung der Umwelt (Landschaftsschutz) und weitere 10% schlagen Ausgabensenkungen auf Umwegen, über gezielte Benützungsgebühren (Strassen- und Tunnelgebühren) vor.

16% der 279 Befragten, die eine Kürzung der Verwaltungsausgaben befürworten, fordern generell eine Verkleinerung des Verwaltungsapparates. Für 21% sind Einsparungen über einen Personalabbau und für 20% über Lohnkürzungen möglich. Organisatorische Verbesserungen (Rationalisierung) führen für 14% der Antwortenden zu Ausgabensenkungen.

Die Begründung der 252 Befragten, die Einsparungen bei "diversen kleineren Beträgen" vorschlagen, gibt Auskunft über zusätzliche Ausgabenbereiche, die nicht im Katalog der zwölf vom Befragten genannten enthalten sind. Aus den vielfältigen Wünschen und Forderungen sticht ein einziger Ausgabenbereich heraus, dieser aber umso deutlicher. 39% der hier Antwortenden fordern die Kürzung oder Abschaffung der staatlichen Wohnbauförderung.

210 Befragte sind für Ausgabenkürzungen zuungunsten der Landwirtschaft. Von ihnen halten 24% die Bauern für "schon reich genug" oder fordern, nicht zusätzlich begründet, die Kürzung der bisherigen Subventionen. 18% treten für eine verminderte aber gezieltere Subventionierung, zugunsten der Klein- und Bergbauern, ein.

Eine Einzelanalyse der übrigen Ausgabenbereiche ist angesichts der relativ geringen Zahl von Befragten, die an diesen Stellen Einsparungen vorschlagen, wenig sinnvoll. die je am häufigsten genannten Spargründe für die übrigen Bereiche mit mehr als 100 Nennungen sind:

- Finanzausgaben : "Der Bund soll sparen" (26%)
- Entwicklungshilfe : "Inlandhilfe ist wichtiger. Zuerst für die Schweizer sorgen" (32%)
- Hochschulen : "Zuviel/genügend Studenten oder Akademiker" (52%)
- Bahnen : "Müssten selbsttragend sein/werden" (18%)

Interessant ist, dass bei den "Finanzausgaben", d.h. bei den Zinsen

und den Kantonsanteilen an Bundessteuern weit weniger klar und sinnvoll begründet wurde als bei anderen Ausgabenbereichen. Ganz offensichtlich gehören die Finanzausgaben zu jenen Aufwänden des Bundes, die nur ein kleiner Teil der Bevölkerung wirklich kennt.

Zu 5.2 "Der Kenntnisstand über kommende Veränderungen in der Struktur der Bundeseinnahmen"

1) 584 oder 84% der Befragten kennen die Mehrwertsteuer zumindest dem Namen nach. Sie wurden in einer Zusatzfrage gebeten, die neue Steuer materiell zu umschreiben. Tabelle 2 gibt Auskunft über den Wissensstand der Bevölkerung im jetzigen Zeitpunkt:

Tabelle 2 "Definition der Mehrwertsteuer"

Antwortkategorie	% der Nennungen
"Weiss nicht. Keine Antwort"	45 %
"Direkte Versteuerung aller Mehrwerte (Wertsteigerungen)"	14 %
"Prozentuale Versteuerung (10%) aller Mehrwerte"	3 %
"Besteuerung jedes Arbeitsvorganges/Verarbeitungsphase"	6 %
"Zusatz-, Zuschlagsteuer auf allen Produkten/Dienstleistungen"	8 %
"Progressive Steuer auf allen Produkten/Dienstleistungen"	1 %
"Alles (Wirtschaft, Produkte, Dienstleistungen) wird höher besteuert/belastet/steuer"	3 %
"Ablösung/Erweiterung der WUST"	4 %
"Steuer auf allen Einkäufen/Verkäufen (Handwechseln)"	6 %
"Grössere Abschöpfungen/Steuereinnahmen"	3 %
"Besteuerung von Luxusgütern"	1 %
"Andere Nennungen"	8 %

Bei vielen Antworten ist nur schlecht abzuschätzen, ob der Befragte das eigentliche Prinzip der MWSt. tatsächlich richtig erfasst habe. Eine eingehende Analyse nach Merkmalsgruppen ist deshalb auch recht wenig sinnvoll. Ein auffallendes Ergebnis sei aber dennoch hervorgehoben. Die französische Schweiz schneidet weit besser ab als in allen anderen Wissensfragen. Es wäre interessant, abzuklären, wie weit der Einfluss französischer Massenmedien dafür verantwortlich ist (MWSt. in Frankreich eingeführt); dies umso mehr als die französische Schweiz das Finanzpaket weit negativer beurteilt als die deutsche Schweiz.

2) 1/9 oder 31% der Kenner der MWSt. sind für deren Einführung. Knapp die Hälfte erwartet dabei aber keine eigenen Vorteile. 31% sehen mögliche positive Wirkungen in einem späteren Zeitpunkt über eine allgemeine Gesundung der Bundesfinanzen. Nur gerade 3% verbinden in einer offenen Frage mit der Einführung der MWSt. die Aufgabenerfüllung des Bundes. Auch hier zeigt sich deutlich, wie schlecht der Bürger die Dienstleistungen des Staates mit dessen Finanzlage und der eigenen Nutznießung in Verbindung zu bringen weiss.

252 oder 43% der hier Antwortenden (584) sind gegen die Einführung der MWSt. Tabelle 3 (nächste Seite) zeigt die am häufigsten erwähnten Gründe mit einigen interessanten, abweichenden Merkmalsgruppen.

Zu 5.3 "Bereitschaft zur Einführung neuer Steuern"

1) Nur gerade 15% der Befragten sehen sich selber als Einnahmequelle für den geldbedürftigen Staat ("Wir alle" 13%; "Ich selbst" 2%). Die übrigen 609 Befragten hatten in einer Zusatzfrage zu begründen, warum sie nicht von sich selbst gesprochen hätten, 49% der Antwortenden finden, dass sie schon genügend oder zuviel Steuern zahlen, 16% machen Hinweise auf persönliche finanzielle Schwierigkeiten ("Kleines Einkommen", "Grosse Familie" etc) und weitere 10% beklagen die schichtspezifisch ungerechte Besteuerung ("Versteure jeden Reppen", "Arbeitnehmer sind zu stark besteuert");

2) In einer weiteren offenen Zusatzfrage wurde nach zusätzlichen Vorschlägen gefragt, wie der Staat sich für seine zahlreichen Aufgaben höhere Einnahmen verschaffen könnte (Diesmal also nicht "Wer soll zahlen"

Tabelle 3 "Gründe gegen die Einführung der MWSt."

Antwortkategorie	% der Nennungen (Total: 257)	
	Total	Abweichende Merkmalsgruppen
"Preiserhöhungen; Verteuerung der Produkte/Waren/Dienstleistungen"	43 %	20-39 Jährige 59 %
"Allgemeine Teuerung (Inflation)"		(Untere)Angestellte 55 %
		Arbeiter 52 %
		Landwirte 25 %
		SVP 17 %
"Zu kompliziert"	9 %	Selbständige und
"Einführung gibt Mehrarbeit und zusätzliche Kosten"		Leitende Angestellte 17 %
		SVP 44 %
		Gegner Finanzpaket 13 %
		Befürworter " 3 %
		Französische Schweiz 0 %
"Trifft den Bürger, den Einzelnen, die Kleinen, das Volk, die Konsumenten"	8 %	65-84 Jährige 14 %
		(Untere)Angestellte 23 %
		Landwirte, SVP 0 %
"Finanzielle Nachteile" (irgendwelcher Art)	8 %	Landwirte 13 %
		SPS 12 %
"Staat soll sparen (zahle schon genug Steuern)"	5 %	
"Schadet der Privatindustrie" "Leistungsanreiz sinkt"	4 %	Selbständige und
		Leitende Angestellte 8 %
		SVP 9 %
"Keine/schlechte Lösung, Wust besser, Keine Ausnahmen etc."	4 %	
Andere/Keine Antwort	6 %	
"MWSt. bringt keine Nachteile" (aber der Befragte ist dagegen)	12 %	65-84 Jährige 21 %
		Nicht-Stimmer 21 %
		Landwirte 19 %
		französische Schweiz 18 %
		20-39 Jährige 4 %
		Selbständige und
		leitende Angestellte 4 %

sondern "Wie erhält der Staat zusätzliche Mittel?"). Ueber die Hälfte der Befragten können dazu keine Angaben machen (52%). 17% der Antworten sind

allgemeine und spezifische Sparvorschläge und 24 % sind Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen.

Ein Blick auf die einzelnen Sparvorschläge bestätigt die schon an anderer Stelle gefundenen Präferenzen der Bevölkerung (S.15 Hauptbericht). Am häufigsten genannt werden Kürzungen für die Bereiche Landesverteidigung, Infrastruktur und Verwaltung. Dabei wird in dieser Frage die Kürzung von Verwaltungsausgaben (Personalaufbau, Lohnkürzungen, Streichung des 13 ten Monatslohn) noch stärker gewichtet als Abstriche in der Landesverteidigung.

An der Spitze der Vorschläge zur Vergrößerung der Einnahmen stehen nicht etwa die Erhöhung oder Einführung bisheriger bzw. neuer Steuern, sondern Benützungsgebühren für Nationalstrassen und Tunnels (8 % der Befragten oder 1/3 der Vorschläge zur Einkommensverbesserung). Benützungsgebühren wurden bereits in der Begründung der Vorschläge zur Ausgabensenkung im Bereich der Nationalstrassen relativ häufig erwähnt. Ein wichtiges Argument scheint dabei die Möglichkeit, mit deren Einführung auch das Ausland (bzw. der ausländische Automobilist) an der Gesundung des Staatshaushaltes "zu beteiligen". Auf alle Fälle enthalten etliche Antworten Hinweise in diese Richtung und bestätigen die schon früher gemachte Feststellung, dass jede Steuer (Bzw. Gebühr) dann als gerecht gilt, wenn sie den anderen belastet. Die Einführung der MWSt. wird in dieser offenen Frage nur von 2% der Befragten spontan erwähnt. Die äusserst geringe Häufigkeit der Nennungen an dieser Stelle ist darum besonders interessant, weil bis zu diesem Punkte der Befragung die MWSt. weder erwähnt noch in irgend einem Zusammenhang erfragt wird.

3) Eine ähnliche Frage nach potentiellen Finanzquellen des Bundes wurde in einer Filterfrage zusätzlich allen jenen Befragten gestellt, die in ihren persönlichen Vorstellungen von der optimalen Finanzpolitik des Bundes auch eine Erhöhung der Einnahmen fordern (Pendant zu den Sparvorschlägen S.3).

Knapp die Hälfte der hier Antwortenden (48% von 374) ist nicht in der Lage derartige Vorschläge zu machen (im Vergleich dazu nur 2% bei der Frage nach Ausgabenkürzungen). Am häufigsten genannt wurde auch

//

hier die Einführung von Strassengebühren. Klarer als bei der Gesamtstichprobe zeigt sich bei dieser Frage die überdurchschnittliche Beliebtheit derartiger Gebühren bei den Gegnern des Finanzpaketes. Deren Einführung scheinen einige als echte Alternative zum Finanzpaket zu betrachten. Einer Erhöhung der Steuern oder der Einführung neuer Steuerarten wird nicht zugestimmt, bevor der Bund nicht alle anderen potentiellen Einnahmequellen anzuzapfen versucht. Relativ häufig genannt werden an dieser Stelle zudem die Reichtumssteuer und eine verschärfte Progression für hohe Einkommen (11%), dies allerdings sehr unterschiedlich von den einzelnen Merkmalsgruppen (SPS 19%, FdP 4%). Praktisch unerwähnt bleibt auch hier die MWSt.

H.P. Hertig
Forschungszentrum für schweizerische Politik
(i.A. Prof. Gruner)

2. Meinungsumfrage

Zweite Lieferung

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorbemerkung	2
4. Kenntnisstand über die Lage der Bundesfinanzen und die Anteile einzelner Aufgabengebiete	2
41. Finanzpolitische Konsequenzen der Verschuldung	2
42. Internationaler Vergleich betr. Anteil der Staatsausgaben am BSP	3
43. Schätzung einzelner Ausgabengruppen innerhalb der staatlichen Gesamtausgaben	5
44. Das vermutete Gewicht der Beamtenausgaben im Total der Bundesausgaben	6
5. Kenntnisstand über die Struktur der Einnahmen	7
51. Das Verhältnis von direkten und indirekten Steuern	7
52. Kenntnisstand betr. Einnahmefall durch Reduktion von Zolleinnahmen	8
521. Die Frage nach der ausfallenden Summe und Anteil des Ausfalls	8
6. Steuerbelastung im Verhältnis zu den Ausgaben für privaten Konsum	9
61. "Bekommen Sie vom Staat alles in allem eher mehr, eher weniger oder etwa gleich viel an Leistungen, wie Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"	9
62. Kenntnisstand betr. Subventionierung des Brotes und Einstellung zu einem allfälligen Wegfall dieses Staatszuschusses	11
63. Unterschätzung des privaten Konsums	13
7. Steuerpräferenzen in Gemeinde, Kanton und Bund	14
71. Treffsicherheit in bezug auf die Schätzung des Steuerbetrags bei einem Einkommen von Fr. 30'000.-	14
72. Schätzung der Steuerbelastung durch Kantons- und Gemeindesteuern in fünf Städten	15
73. Die Einstellung zu den Bundessteuern, gemessen am Anteil der Bundesbeiträge an den Kantonseinnahmen	16
Anhang	21 ff

Zweite Lieferung

Vorbemerkung

Wir haben in der Auswertung der zweiten Meinungsumfrage alle jene Fragen vorweggenommen, welche die noch bestehenden Differenzen zwischen National- und Ständerat betreffen. Die zweite Lieferung betrifft ähnliche Fragen, wie sie in der ersten Umfrage gestellt wurden. Es handelt sich entweder um Präzisierungen oder Ergänzungen. Wir bilden - in Fortführung der Numerierung der ersten Lieferung - folgende Gruppen, die fortlaufend von 4 bis 7 numeriert werden:

4. Kenntnisstand über die Lage der Bundesfinanzen und die Anteile einzelner Aufgabengebiete (funktionale und volkswirtschaftliche Gliederung)
5. Kenntnisstand über die Struktur der Einnahmen (direkte und indirekte Steuern)
6. Persönliche Steuerbelastung mit Bezugnahme auf die Ausgaben für den persönlichen Konsum und die staatliche Konsumverbilligung
7. Steuerabgabepreferenzen für Gemeinde, Kanton oder Bund

In einer dritten Lieferung werden sodann die Fragen zusammengefasst, welche die Information betreffen.

-
4. Kenntnisstand über die Lage der Bundesfinanzen und die Anteile einzelner Aufgabengebiete
(funktionale und volkswirtschaftliche Gliederung)

41. Finanzpolitische Konsequenzen der Verschuldung

In der ersten Umfrage haben wir die Befragten grob schätzen lassen, ob sie das Defizit des Bundes als klein, ziemlich oder sehr gross empfinden und ob sie es beziffern können. Beinahe die Hälfte empfand es als sehr gross und zog daraus mehrheitlich (52 gegen 41 %) den Schluss, dass das Finanzpaket abzulehnen sei. Unter anderer Fragestellung wird also einfach die verschiedentlich festgestellte Tatsache bestätigt, dass man die Zustimmungen von Einsparungen abhängig macht. Wir eigenartig die Vorstellungen über die Prioritäten beim Einsparen sind, ist im Bericht über die ersten Ergebnisse unter 35, S. 13-16, festgehalten und zugleich bewiesen worden, wie stark diese Prioritäten ihrerseits von fehlerhaften Einschätzungen der Ausgaben herrühren (34, S. 11-13). Wir kommen auf dieses Problem unter Punkt 43 zurück.

Nun zur Einschätzung von Defizit und zur Beurteilung der Verschuldung. Eine offene Befragung bei der ersten Umfrage ergab, dass nur 25 % eine Zahl nennen, die mit der realen Grössenordnung eine minimale Aehnlichkeit besitzt. Wir werden bei der Behandlung der offenen Fragen der zweiten Umfrage (Vorstellung einer Milliarde und entsprechender staatlicher Aufwendungen für diese Summe) wahrscheinlich erneut bestätigt finden, dass der Stimmbürger mit den ihm vorgesetzten Budgetzahlen nichts oder kaum etwas anfangen kann).

In Frage 26 der zweiten Umfrage wurden die Befragten nun mit den realen Zahlen für Einnahmen, Bundesschuld (ca. 12 Mia) und Zinsendienst (ca. 600 Mio) konfrontiert. Hier interessieren nur die sinnwidrigen Konsequenzen, die im Hinblick auf das Finanzpaket gezogen werden.

Einschätzung der Verschuldung	Total Befragte (%)	Einstellung zum Finanzpaket	
		Ja	Nein
sehr hoch	68	63	77
tragbar	25	31	20
günstig	7	6	3

Auch hier wird die soeben erwähnte Gesinnung offenbar: Wer die Verschuldung als sehr hoch empfindet, ist mehrheitlich weniger bereit, sie auf der Einnahmenseite als durch Einsparungen auf der Ausgabenseite zu korrigieren.

42. Internationaler Vergleich betr.

Anteil der Staatsausgaben am BSP

Genau das gleiche, was wir über die Vorstellbarkeit von Defizit, Verschuldung und der Ausgabenquote für eine Mia festgestellt haben, gilt nun auch für das BSP. Aus den Antworten auf offene Fragen in der ersten Umfrage ergab sich, dass nur 1 % (!) die Höhe des BSP zu beziffern vermag. Werden den Befragten Zahlenreihen vorgelegt, die sich zwischen 50 Mio und 500 Mia bewegen, treffen nur 8 % die wenigstens annähernd richtigen Kategorien (100-150 und 150 bis 200 Mia Fr.). Bei insgesamt 20 Kategorien und vielen Nichtantwortenden darf man dieses Resultat nicht anders denn als Zufallstreffer bezeichnen.

Und doch wird nun ständig mit dem Anteil der Staats- oder Bundesausgaben am BSP operiert. Es muss für den Stimmbürger verwirrend oder frustrierend wirken, dass man hierbei nicht nur zwischen Bundes- und allgemeinen Staatsleistungen unterscheiden kann, sondern bei jeder Art noch verschiedene Kategorien stufenweise dazu zählen kann (Ausgaben öffentlicher Betriebe und Anstalten, für staatliche und private Versicherungen).

Hier wird auch von einem angeblich seriös wirkenden Journalismus offenbar selbstbewusst Verwirrung gestiftet. So publiziert Linder in der NZZ 273 vom 20.11.76 für "alles inbegriffen" (1974) einen Prozentsatz von 55 %, nachdem er diesen im Sommer noch mit 44 % beziffert hat.

Hier liegt eine der am schmerzlichsten empfundenen Informationslücken vor. Die verantwortlichen Bundesbehörden sollten hier einmal aus ihrem Schweigen heraustreten und entsprechende Behauptungen überprüfen und richtigstellen.

Unsere Befragung beschränkte sich auf einen internationalen Vergleich des Anteils der reinen Staatsausgaben am BSP (Frage 9). Für die Schweiz wurde ein Anteil von 25 % bekannt gegeben. Die Befragten hatten für die BRD, GB, Schweden und USA die Frage zu beantworten, ob der Anteil höher, gleich hoch oder niedriger sei oder konnten schliesslich die Antwort verweigern. Wir geben diesen Vergleich in folgender Weise wieder. In einer oberen Rubrik wird für jedes Land vermerkt, wie gross der Anteil jener Antworten ist, welche im betreffenden Fall von den vier Antwortmöglichkeiten auf "höher" tippten. Die sog. Kennziffer der unteren Rubrik wurde folgendermassen errechnet:

$$\text{Anteil "höher"} + \begin{cases} \text{Anteil "gleich"} \\ \text{abzüglich Anteil "niedrig"} \end{cases}$$

Beispiel GB:

$$\begin{array}{r} 44 + 13 = 38 \\ \quad - 19 \\ \hline = - 6 \end{array}$$

<u>Länder</u>		<u>Total</u>	<u>Finanzpaket</u>	
			Ja	Nein
Schweden	Max.	66	70	69
	Kennziffer	65	67	70
Grossbritannien	Max.	44	48	45
	Kennziffer	38	45	36
USA	Max.	38	44	33
	Kennziffer	39	44	34
BRD	Max.	38	43	38
	Kennziffer	56	61	55

Obwohl die internationale Vergleichbarkeit problematisch ist, macht eine Untersuchung des deutschen Bundesfinanzministeriums immerhin deutlich, dass der gefragte Anteil in der Schweiz beträchtlich unter demjenigen der vier Vergleichsländer liegt. Ist die Kennziffer niedriger

als das Maximum, heisst dies, dass verhältnismässig viele Befragte die Steueranteile als niedriger betrachten (GB!). Ist sie höher, heisst dies, dass mehr für "gleich hoch" plädieren (BHD).

Der Vergleich mit dem Finanzpaket ergibt, dass dieses umso eher angenommen wird, je besser der Schweizer weiss, dass er auch heute steuerlich noch besser gestellt ist als die Bürger der verglichenen Länder. Die Gegner glauben - abgesehen vom Steuerochland Schweden - das Gegenteil. Die Information hätte also hier einzusetzen.

43. Schätzung einzelner Ausgabengruppen innerhalb der staatlichen Gesamtausgaben

Wir haben schon in der Berichterstattung über die erste Umfrage darauf hingewiesen, dass die Sparvorschläge in einer gewissen Beziehung zur Ueberschätzung einzelner Ausgabengebiete (stehen) Abschnitt 34). So wird die einseitige Konzentration der Sparvorschläge auf Militär- und Strassenbauausgaben dadurch erklärlich, dass man deren Ausmass bedeutend überschätzt. Dieser Tatbestand wird nun bestätigt, wenn man wie in Frage 5 den Befragten die Aufgabe erteilt, die Pro-Kopf-Ausgaben für 5 Aufgabengebiete der gesamten Staatstätigkeit auf einer Karte auf die ihnen entsprechenden Felder zu legen. Im Hinblick auf spätere Vergleiche mit Konsumausgaben haben wir als sechstes Feld die Pro-Kopf-Ausgaben für Benzin gewählt. Obschon in diesem Posten auch ein gewisser Teil Staatsbedarf eingeschlossen ist, kann er doch als Indikator dafür dienen, was der Schweizer pro Kopf für private Autotransporte ausgibt. Da es dabei vor allem um eine Schätzungs-Rangordnung geht, fällt die nicht ganz klare Abgrenzung des Benzinsverbrauchs nicht stark ins Gewicht.

Das Resultat ist die beigelegte Tabelle Ausgabenbewertung. Sie stellt die effektive Rangfolge der Ausgaben (Spalte links) der von den Befragten geschätzten Rangfolge gegenüber (Reihe oben). Die Angaben, die sich im jeweiligen Koordinatenkreuz befinden, zeigen an, wie gross der Anteil derer ist, welche die Rangfolge richtig geschätzt haben (bei der Landwirtschaft z.B. 10 %). 79 % klassierten die Ausgaben auf diesem Gebiet an erster (14 %), an zweiter (26 %), an dritter (24 %) oder an vierter Stelle (15 %), haben sie also überschätzt. Nur 9 % klassierten sie auf einem hinteren Rang, haben sie folglich unterschätzt. Alle Zahlen links von den im Koordinatenkreuz gelegenen Feldern deuten also auf Ueberschätzung, alle rechts gelegenen auf Unterschätzung.

In den beiden hintersten Spalten haben wir die Anteile von Ueber- und Unterschätzung zusammengerechnet. Auch hier zeigt sich wieder die

Ausgabenbewertung

Effektive Rangfolge ()	Geschätzte Rangfolge ()						% Ueber/Unter-schätzung *	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	über-schätzt	unter-schätzt
(1) Unterricht/Forschung (Fr. 1152.--)	10	20	22	21	14	10	-	87
(2) Gesundheit (Fr. 525.--)	8	23	23	25	10	8	8	66
(3) Benzin (Fr. 500.--)	2	7	10	14	23	41	9	78
(4) Militär (Fr. 484.--)	62	15	10	6	3	3	87	6
(5) Landwirtschaft (Fr. 275.--)	14	26	24	15	10	9	79	9
(6) Umweltschutz (Fr. 264.--)	3	7	10	16	35	26	71	-

* Das Total ergibt nicht 100 %, da ca. 3% nicht einstufen

enorme Ueberschätzung der Militärausgaben (87 %) und das Gegenstück: die Unterschätzung der drei finanziell gewichtigsten Kategorien. Bezeichnend ist die Unterschätzung des Benzinverbrauchs (78 %). Der Aussagewert für die beiden "Randgebiete" ist jedoch beschränkt und verzerrt damit das Gesamtbild, denn sie können notwendigerweise entweder nicht über- oder nicht unterschätzt werden. Verzerrend wirkt ebenfalls, dass fünf von sechs Ausgabenposten frankenmässig relativ dicht nebeneinander liegen.

44. Das vermutete Gewicht der Beamtenausgaben im Total der Bundesausgaben

Es ist seit dem "Parkinson'schen Gesetz" üblich, die überdimensionierten Staatsausgaben auf die sog. Aufblähung des Beamtenapparates zurückzuführen. Wir haben diesem Aspekt deshalb sieben Fragen gewidmet. Es hat sich dabei gezeigt, dass die Umfrage bedeutend weniger hergibt, als man vermutet hat. Zum Teil liegt dies auch darin begründet, dass die Auswahl unter jeweiligen 6-8 Zahlen (Für den Bestand der Zentralverwaltung) oder zwischen zehn Prozentgruppen (für den Anteil der Beamtenbesoldungen an den Bundesausgaben) wenig hergibt, wenn die vorgegebenen Zahlen nicht in einer bunt gemischten Reihe erscheinen. Erfahrungsgemäss tippt der Befragte dann eben in die Mitte und trifft zufällig das Richtige.

So wird die richtige Zahl der Zentralbeamten (32000) von 20 % getroffen. 23 unterschätzen sie, 40 % überschätzen sie, z.T. gewaltig (75000 bis 100'000: 20 %!). Merkmalsgruppen, die besondere Treffsicherheit an den Tag legen, gibt es freilich; aber ebenso oft das Gegenteil: Alte, Romands, Bauern, SVP und diverse Parteien weisen besonders viele Ueberschätzungen und Nichtantwortende auf. Wer die Beamtenzahl richtig trifft, neigt dem Finanzpaket eher zu, als wer sie überschätzt. Signifikant sind die Zahlen aber nicht.

Den Anteil der Beamtengehälter an den Bundesausgaben wagt ein Viertel der Befragten nicht einmal zu schätzen. Hier sind deshalb wegen mangelnder Aussagefähigkeit keine Gruppen gebildet worden. Wir haben lediglich eruiert, dass der Anteil im Durchschnitt anstatt auf 11,7 % auf 25,4 % geschätzt wird. Auch hier tun sich bezüglich der Ueberschätzung dieselben Merkmalsgruppen hervor. Signifikant für oder gegen das Finanzpaket ist aber diese Frage nicht. Das ist übrigens auch nur in einem geringen Ausmass im Hinblick auf den 13. Monatslohn der Fall, wie die folgende Tabelle zeigt.

Einstellung z. 13. Mon. lohn	Total	Sprache		Berufe			Parteien		Finanzpaket	
		Dt.	Frz.	2	3	4	SP	SVP	Ja	Nein
Positiv	56		51	<u>68</u>	<u>65</u>	19	<u>67</u>	33	<u>65</u>	47
Negativ	39		<u>42</u>	28	32	<u>77</u>	26	<u>67</u>	31	<u>48</u>
Keine Antw.	5	3	<u>7</u>		3					

Wir publizieren nur Zahlen, die ± 2 vom Durchschnitt abweichen.

Resit:

Der Antibeamteneffekt äussert sich zwar indirekt und direkt in verschiedenen Formen, aber nirgends so stark, dass man darin ein ausschlaggebendes Argument gegen die Finanzvorlage erblicken müsste. Man darf annehmen, dass die potentiellen Neinstimmer u.a. auch durch eine generelle negative Haltung auf diesem Gebiet motiviert sind.

5. Kenntnisstand über die Struktur der

Einnahmen

51. Das Verhältnis von direkten und indirekten Steuern

In Frage 18 erkundigt man sich, ob wir im Verhältnis mehr direkte oder indirekte oder je gleich viel Steuern an den Staat entrichten, nachdem die beiden Steuerarten erklärt worden sind. Da dies ein Streitpunkt zwischen Interessengruppen und Parteien ist, lassen sich aus den Antworten einige Schlüsse ziehen, die gerade im Hinblick auf die Aufklärung interessant sind.

Einstellung	Effekt. Verh.		Total		Geschl.		Sprache		Mehrwertsteuer			Fin. pak.	
	Bund	Deil. Hand	M.	w.	Dt.	Frz.	Ja	Nein	nicht	n.	Ja	Nein	
Mehr direkte St.	36	28	40	34	<u>45</u>	38	<u>46</u>	36				<u>43</u>	36
50 : 50			22			19	29	20	19		<u>34</u>		19
Mehr indir. St.	64	72	<u>38</u>	<u>45</u>	<u>31</u>	<u>42</u>	<u>25</u>	<u>43</u>	<u>39</u>		24	<u>35</u>	<u>44</u>

Es sind nur Werte eingesetzt, die ± 2 und mehr vom Durchschnitt abweichen

Um den Kenntnisstand zu beurteilen, muss man sich wohl oder übel dazu entschliessen, die Mittelgruppe (50:50) einer der beiden Randgruppen zuzuteilen. Teilt man sie der unteren Gruppe zu, erscheint der Kenntnisstand gut; im andern Fall äusserst schlecht (62 %!). Die Beurteilung des Kenntnisstandes nach Merkmalsgruppen richtet sich in fol-

genden danach, welche von ihnen die indirekten Steuern unterschätzen. Dies sind vor allem die Frauen und die Romands. Logischerweise werden sie auch eine leichte Vermehrung des Anteils der indirekten durch die MWSt. als drückender empfinden. Die Information wird also entsprechend gezielt eingesetzt werden müssen.

Welche Auswirkungen hat der Kenntnisstand auf die Haltung zur MWSt. und zum Finanzpaket? Man sagt umso eher ja zur MWSt., je besser man über das wirkliche Gewicht der direkten Steuern orientiert ist (43 % bei den Jazagern; 39 + 37 % bei den Neinsagern). Dass es beim Finanzpaket umgekehrt ist, kann ich nicht erklären. Wenn man aber davon ausgeht, dass der Widerstand gegen die MWSt. die pièce de résistance ist, braucht man sich durch die Umkehrung der Verhältnisse beim Finanzpaket nicht beunruhigen zu lassen.

52. Kenntnisstand betr. Einnahmenausfall durch Reduktion von Zolleinnahmen

Nach der Botschaft vom März 1976, S. 5, wird dieser Betrag 1977 pro Jahr 440 Mio ausmachen, was die EG betrifft. Zusammen mit den übrigen Zollausfällen (EFTA, GATT, Entwicklungsländer) ergibt sich eine Summe von 1,1 Mia oder 8 % der Einnahmen.

Die Frage war so gestellt, dass auch die EFTA inbegriffen war, und dass der Unterschied zwischen heute und dem "Beginn des Hauptabbaus" geschätzt werden sollte. Die Stichprobe wurde wieder gespalten (21 a + 21 b). Die eine Hälfte musste die absolute Zahl unter einer Reihe von 9 Werten "bis 500 Mio" bis zu "mehr als 4 Mia", die andere unter 11 Werten ("bis 5 %" bis zu "mehr als 50 %") auswählen. Man kann auch hier doppelt prüfen: 1. Wie viel % treffen ungefähr das Richtige (0,5 bis 1,5 Mia, bzw. 5-10 %). 2. Wie unterscheiden sich die Merkmalsgruppen, verglichen mit dem geschätzten Durchschnitt?

521. Die Frage nach der ausfallenden Summe und Anteil des Ausfalls

Geschätzte Summe	Total	Merkmalsgruppe						Anteil	Total	
		Geschl.		Sprache		Alter				
		M.	W.	Dt.	Frz.	J.	M.	a.		
bis 500 Mio	18	15	20			16	15	29	unter 5 %	5 %
<u>0,5 bis 1,5 Mia</u>	26	30	21			28		22	5 - 10 %	7 %
1,5 Mia ff	22	35	20				25	14	10 u. mehr	60 %
Keine Antwort	34	30	38	26	60	32			Keine Ant.	7 %
Durchschnitt	1,15 Mia			1,18	0,99				Durchschn.	24,9 %

nur Werte, die +/- % über oder unter dem Durchschnitt liegen

Das Bild ist im Grunde nur insofern bezeichnend, als es die allgemeine Ahnungslosigkeit widerspiegelt. Dass die ungefähre (I)Treffer-sicherheit bei der Nennung der Summe nur ein Viertel beträgt, kann erst richtig eingeschätzt werden, wenn man den hohen Anteil der Nichtantwortenden betrachtet. Da die Romands im Antworten viel ehrlicher sind, darf man annehmen, dass auf der deutschsprachigen Seite stark erraten worden ist. Wo die Summe der Nichtantwortenden klein ist (7 % bei der Schätzung des Anteils), ist auch das Resultat entsprechend einseitig: 60 % überschätzen den Ausfall. Wie wenig ernst diese Zahl zu nehmen ist geht allein schon daraus hervor, dass sie mit dem Verhalten zur MWSt. überhaupt nicht in einer sinnvollen oder deutungsmöglichen Beziehung steht. Wir haben die entsprechenden Zahlen deshalb nicht publiziert. Man hätte erwarten müssen, dass die Zahl der Befürworter der MWSt. umso höher wäre, als je höher sie den Mollausfallbedingten Einnahmefall einschätzen.

Fazit:

In der Information muss nachdrücklich unterstrichen werden, dass die MWSt. nicht nur die WUST sondern auch die Zolleinnahmefälle ersetzt.

6. Steuerbelastung im Verhältnis zu den Ausgaben für privaten Konsum

Einen ersten Hinweis für die Unterschätzung des privaten Konsums gegenüber der Überschätzung des Staatskonsums haben wir schon in Abschnitt 43 gegeben (Unterschätzung der Pro-Kopf-Ausgaben für Benzin). Wir gehen im folgenden vom Allgemeinen zum Besonderen über.

61. "Bekommen Sie vom Staat alles in allem eher mehr, eher weniger oder etwa gleich viel an Leistungen, wie Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?" (Frage 2)

Die Frage beschlägt jenen wissenschaftlich abgeklärten Tatbestand, dass der Bürger die staatlichen Leistungen zu seinem persönlichen Lebensbereich umso weniger in Beziehung setzen kann, je weniger ihm der Mechanismus des Leistungsstaates durchschaubar gemacht werden kann. Es ist deshalb sinnvoll, die Verteilung der Antworten mit möglichst vielen aufschlussreichen Merkmalsgruppen in Beziehung zu setzen.

Antworten	Total	Merkmalsgruppen						
		Alter			Lohnklassen		Sprache	
		S	M	A	obere	untere	Dt.	Frz.
mehr	21		16	<u>35</u>	15	<u>25</u>	<u>24</u>	13
gleich viel	33			28	<u>36</u>			<u>37</u>
weniger	40		<u>43</u>	30	<u>42</u>			<u>30</u>
keine Antwort	6							<u>12</u>

Antworten	Total	Merkmalsgruppen											
		Berufe					Parteien						
		1	2	3	4	5	F	C	SP	SV	Div.	K.	
mehr	21	13	18	18	<u>30</u>		16		<u>32!</u>			<u>25</u>	18
gleich viel	33	<u>45</u>	<u>38</u>		15	30	<u>36</u>	28	26			29	<u>39</u>
weniger	40	<u>35</u>		<u>46!</u>	<u>51!</u>		<u>43</u>	<u>46</u>					<u>37</u>
keine Antwort	6												

Nur Werte, die ± 2 vom Durchschnitt abweichen.

Betrachten wir die beiden oberen Kategorien als Ausdruck einer positiven Einschätzung der Staatsleistungen, ergibt sich eine knappe Mehrheit von 54 %. Unter diesem Aspekt zeigen fast alle Gruppen ein erfreuliches Verhalten, ausgenommen jene, die am meisten vom Bund erhalten und relativ wenig an ihn abliefern: die Bauern! Freilich setzt sich die Gruppe, die zu 51 % (höchster Wert!) schlecht wegzukommen glaubt, nur mehr aus 47 Befragten zusammen. Da die CVP ein ähnliches, die SVP aber ein positiveres Bild aufweist, darf man die negative Reaktion mit einem hohen Anteil an Bergbauern erklären. Das umgekehrte Verhältnis zeigen die Alten (67 %), die höheren Angestellten und Selbständigen (58 %) sowie die SP (58 %).

Natürlich könnte man nun das Reziproke machen und in einer zweiten Rechnung die Anteile von "gleich viel" und "weniger" zusammenzählen. Doch allein schon wenn man die Rubrik "weniger" gesondert betrachtet, stößt man im allgemeinen auf die normale Erscheinung, dass die höheren Steuerkategorien ganz natürlich das Gefühl hegen müssen, sie erhielten weniger, als sie abliefern. Ausser den schon erwähnten Bauern stechen hier nur mehr die unteren Angestellten durch "Einsichtslosigkeit" hervor.

Die informativische Auswertung kann also nicht nach Merkmalsgruppen sondern nur nach Sachgebieten erfolgen. Zu diesem Zwecke haben wir in den Fragen 28 und 29 nach der Kenntnis über konkrete Subventionen

62. Kenntnisstand betr. Subventionierung des Brotes
und Einstellung zu einem allfälligen Wegfall dieses
Staatszuschusses

Die Befragten wurden darauf hin geprüft, ob sie von der Tatsache und der Höhe der Subvention Kenntnis hätten, und - nach Bekanntgabe des Pro Kilo-Betrages - vor die Alternative gestellt, ob sie darauf verzichten würden. Nach Angaben von Herrn Landgraf wurde als durchschnittliche Subvention pro kg Brot 20 Rp. angenommen. Nach den Auskünften der Getreideverwaltung sollte man nur 17 Rp. rechnen. Wir führen die Resultate aller drei Fragen in einer einzigen Tabelle auf, damit sie miteinander verglichen werden können. Wir müssen zur Repräsentativität auch hier einige Vorbehalte machen, da die Stichprobe gespalten wurde. Bei Frage 28 zählen wir 342 und bei Frage 29 insgesamt 352 Antwortende.

Allgemein: Der Kenntnisstand beträgt zwei Drittel; die genaue Kenntnis nur mehr ein Sechstel. Fast die Hälfte unterschätzen die Brotverbilligung (47 %). Beinahe reziprok ist das Verhältnis beim Verzicht; fast 60 % erklären sich nicht bereit. Und wieder dasselbe Phänomen wie bei den Sparvorschlägen: Man spart am meisten dort, wo man die Ausgaben überschätzt. Hier analog:

Man verzichtet umso weniger, je geringer der subventionierte Betrag erscheint, oder je weniger man von der Subvention weiss. Den extremsten Fall bilden die Romands: 73 % (Maximum) wollen nicht verzichten, denn genau 75 schätzen die Subvention zu tief oder haben keine Ahnung von ihr.

Im Übrigen zeigt sich betr. Merkmalsgruppen dasselbe, was wir schon in der ersten Auswertung im September herausgefunden haben: Ausser den Romands verhalten sich ähnlich: Junge, Alte, Frauen, Arbeiter, SP und hier ausnahmsweise CVP.

Genau dasselbe beim Verhalten zur MWSt. und zum Finanzpaket: Grosse Unkenntnis, geringe Bereitschaft zum Subventionsverzicht, Desinteressement oder Nein gegenüber MWSt. und Finanzpaket gehen parallel!

* und Unentschiedenheit,

63. Unterschätzung des privaten Konsums

Was wir für den Pro-Kopf-Benzinverbrauch gefunden haben, bestätigt sich grosso modo bei der Schätzung der privaten Unkosten für den Jahresunterhalt eines Automobils (Benzin, Unterhalt, Abschreibung, Steuern, Versicherungen). Frage 14 bot 11 Kategorien zur Auswahl ("bis 1000 Fr." bis "mehr als 10'000.- Fr. pro Jahr"). Bei der Klassierung gingen wir davon aus, dass die Kosten für einen einfachen Wagen durchschnittlich 5000-6000 Franken, diejenigen für einen besseren Mittelklasswagen ca. 9000 bis 10'000 Franken betragen. Wer einen teureren Wagen besitzt und ein hohes Einkommen hat, für den fällt der entsprechende Betrag im Vergleich mit der viel höheren Steuerbelastung nicht derart ins Gewicht. Wir haben also diese Kategorie, die etwa 5 % beträgt, vernachlässigt.

Von den 694 Befragten besitzen 405 einen Personenwagen, also 58 %. In Anlehnung an unsere Ueberlegungen haben wir zwei Gruppen gebildet: Wer seine Ausgaben als kleiner denn 5000 Fr. einschätzt, spielt sie mehr oder weniger stark herunter. Die restlichen (5000.-- bis 10'000.--) dürften ihren Verhältnissen entsprechend richtig geschätzt haben. Sowohl die Gruppierung wie die Fixierung der Unkosten beruhen auf Angaben des TCS. Aus Kosten- und Zeitgründen haben wir darauf verzichtet, vom Autobesitzer Angaben über Marke, Alter usw. zu verlangen. Das hätte bei 405 Autos so zahlreiche und schwer abzugrenzende Gruppen gegeben, dass jede Signifikanz illusorisch geworden wäre. In Ergänzung dazu haben wir die Merkmalgruppen auch noch mit dem Durchschnittswert aller Schätzungen (Fr. 3580.-) verglichen. Auf allfällige Unterschiede gehen wir nur dort ein, wo sie den Erwartungen widersprechen (Angabe der Differenz)

Kategorien	Total	Merkmalsgruppen									
		Alte	Lohnkl. Sprache			Berufe					
		h.	t.	Dt.	Frz.	1	2	3	4	5	
Unterschätzt	75	84	71	79	72	82	61		70	84	84
Richtig geschätzt	20	6	23	17	24	14	30	24		4	15
Durchschnitt	3580.-	-540				-430				-1130	-220

Kategorien	Total	Merkmalsgruppe					
		Parteien				Div.	Keine
		Fr.	C.	SP	SVP		
Unterschätzt	75	65	64		87	72	80
Richtig geschätzt	20	29	28	23	13	28	14
Durchschnitt	3580.-				-320		

Die leeren Felder entsprechen dem Durchschnitt bis zu Abweichungen von $\pm 2\%$.

Erwartungsgemäss werden Angehörige besser entlohnter Berufsgruppen und von Parteien, die deren Interessen vertreten, eher höhere Unkosten haben und deshalb in der Rubrik "Richtig geschätzt" übervertreten sein. Man wird es ferner kaum symptomatisch finden, dass die Alten die Unkosten herunterspielen. Mehr fällt dagegen auf, dass untere Lohnklassen und Arbeiter ihre Unkosten unterschätzen. Und geradezu bezeichnend ist dies bei den Romands und den Bauern (noch stärker als bei der SVP!). Bei den Romands deckt sich dies mit bisherigen Befunden. Bei den Bauern dürfte es ein Indiz dafür sein, dass die Unkosten für den Autounterhalt zwecks Tiefhaltung des bürgerlichen Einkommens möglichst niedrig veranschlagt werden, entsprechend der niedrig eingestuften Jahresmiete der Eigenwohnung (ca. 800 Fr.).

Alles in allem: Man minimiert die Ausgaben des Privatkonsums und maximalisiert den Anteil der Steuern an den Ausgaben oder am Einkommen. Das bestätigt sich auch in den Ergebnissen des nächsten Kapitels.

7. Steuerpräferenzen in Gemeinde, Kanton und Bund

71. Treffsicherheit in bezug auf die Schätzung des Steuerbetrags bei einem Einkommen von Fr. 30'000.-.

Die Frage 10 steht mit solchen in Beziehung, die in der ersten Lieferung (Mindestgrenze, Abschn. 382) und in der vorliegenden zweiten Lieferung im vorangehenden Kapitel besprochen worden sind. Sie bildet zugleich die Brücke zum Thema der kantonalen Belastungsunterschiede (72) und des Transferanteils an den Bundesausgaben (73).

In Frage 10 hatte der Befragte, ganz unabhängig von seinem Wohnort, den durchschnittlichen mutmasslichen Steuerbetrag zu nennen, den ein Ehepaar ohne Kinder bei einem Einkommen von 30'000 Fr. zu entrichten hat. Er hatte die Möglichkeit, aus einer elfstufigen Skala auszuwählen, die von "bis 1000 Fr." bis zu "mehr als 10'000" reicht. Zusammen mit der Skala "weiss nicht" (14 %!) waren es also 12 Skalen. Wie im folgenden gezeigt wird, bewegen sich die Steuerbeträge in fünf Städten de facto swis oben 2250.- und 3420 Franken.

Betrachtet man die Spannweite von 2000.- bis 5000.- als maximalen Spielraum für eine gerade noch tolerierbare Abweichung vom Durchschnitt (3710.- Fr.), darf man mit den 60 % zufrieden sein, welche diesen Raum (getroffen) haben. Angesichts der Verteilung unserer Stichprobe auf die Kantone (vgl. Abschnitt 73) ist aber die durchschnittliche Steuer-

Leistungs-Schätzung mit 3710.- viel zu hoch geraten.

Aufgeschlüsselt nach besonderen Merkmalsgruppen sind Über- und unterdurchschnittliche Werte nur dort aufschlussreich, wo sie den Erwartungen widersprechen. So ist es verständlich, dass der Durchschnitt der oberen Lohnklassen bis 3920.- Fr. und derjenige der unteren bei 3580.- liegt. Bei den letzten fällt freilich die Uberschätzung mehr ins Gewicht, wenn man sie mit der ihnen eigentlich besser vertrauten realen Einkommenslage vergleicht. Erwähnenswert ist im Übrigen vor allem die kolossale Uberschätzung bei den Bauern (4000.- Fr.); sie wird nur von der SVP (4200.-!) noch überboten!

Verglichen mit den Deutschschweizern (3640.- Fr.) ragen schliesslich auch die Romands mit ihren ca. 4000.- Fr. hervor. Wenn wir die mittlere gewogene Belastung der ja Kanton ausgewählten Indexgemeinden als Kantonsdurchschnitt betrachten, werden nun aber die Romands bei einem Arbeitseinkommen von Fr. 30'000.-, gesamthaft gesehen, tatsächlich stärker belastet als die Deutschschweizer. In der Reihenfolge der Belastung: Waassis: 12,48; Genf: 11,08; Waadt: 11,02; Freiburg: 10,81; Neuenburg: 10,54. In der deutschen Schweiz werden die vier erstgenannten nur von Zug (11,77), von Schaffhausen (11,31), Aargau (11,28) und Luzern überboten.

Das in unseren Untersuchungen fast konstant belegbare Sonderverhalten der Romands, das einen stärkeren Steuerwiderstand andeutet, kann also teilweise durch diese härtere Steuerbelastung erklärt werden (vgl. auch Abschnitt 72).

72. Schätzung der Steuerbelastung durch Kantons- und Gemeindesteuern in fünf Städten (BS, BE, GE, Laus., ZH).

Mit der Frage 11 wollten wir testen, wie man die Steuerbelastung bei gleichen wie in Frage 10 erwähnten Verhältnissen einschätzt (eher hoch, durchschnittlich, eher niedrig). Wir geben in der folgenden Tabelle zuerst die effektive Rangfolge mit dem geforderten Steuerbetrag wieder, sodann die mit Hilfe einer Kennziffer geschätzte Reihenfolge. Die Methode, die Kennziffer zu errechnen, ist die gleiche, die wir im internationalen Vergleich mit dem Anteil der Staatsausgaben am BSP (Abschnitt 42) verwendet haben. Der Anteil der "eher hoch"-Schätzungen wurde zusammengezählt mit dem um den Anteil "eher niedrig" verminderten Anteil "durchschnittlich".

Formel: "eher höher" + { "durchschnittlich"
- "eher niedrig"

Je stärker der Unterschätzungsanteil ("eher niedrig") ist, desto tiefer ist die Kennziffer.

Stadt	Reale Reihenfolge (in Klammer: Steuerbetrag)	Geschätzte Reihenf. (in Klammer: Kennziffer)	Unterschiede in der Schätzung zwischen deutscher+franz.CH (nur Kennziffer)	
Zürich	1 (Fr. 2250.-)	5 (44)	44	47
Basel	2 (Fr. 2700.-)	1 (6)	-10	17
Bern	3 (Fr. 3060.-)	2 (19)	35	26
Genf	4 (Fr. 3210.-)	3 (36)	32	48
Lausanne	5 (Fr. 3420.-)	4 (42)	40	51

NB: Ein Versuch, mittels einer Indexierung die Unterschiede durch Distanzen besser hervorzuheben, hätte zu Irrführungen Anlass gegeben.

Aus dem allgemeinen Vergleich geht hervor, dass einzig die Verhältnisse in Zürich zu Verwirrung (totale Umkehr) Anlass geben. Basel profitiert noch vom Ruf seines früher sehr tiefen Gesamtindexes. Ein Vergleich zwischen deutscher und französischer Schweiz zeigt betreffend Zürich dasselbe Bild, betreffend Basel eine auffallende Unterschätzung in der deutschen Schweiz.

Ihre eigene hohe Belastung veranlasst die Romande nicht nur, ihre eigene Steuerbelastung zu überschätzen, sondern auch die sämtlicher deutschschweizerischer Städte. Damit wird unsere in Abschnitt 71 gemachte Feststellung zusätzlich erhärtet.

73. Die Einstellung zu den Bundessteuern, gemessen am Anteil der Bundesbeiträge an den Kantoneinnahmen

In vier Unterfragen der Frage 2 3 erkundigte man sich danach, ob man die Bundessteuern erhöhen solle, ob man Kenntnis davon habe, dass und wie viel der Wohnkanton des Befragten vom Bund erhalte, und ob man - in Kenntnis der nun zahlenmässig bezifferten Beiträge des Bundes - für erhöhte Bundessteuern eintreten werde.

Entsprechend den allgemeinen Bedürfnissen der Gesellschaft für empirische Sozialforschung werden die Befragten je Wohnkanton in eine von drei Gruppen eingeteilt. Diese entsprechen freilich nicht ganz der für die laufende Umfrage naheliegenden Einteilung in finanzstarke, mittelstarke und finanzschwache Kantone (vgl. Fragebogen). Ferner ist die Stichprobe in der dritten Gruppe mit bloss 30 Befragten nicht repräsentativ und darum für die Aufschlüsselung nach Merkmalsgruppen unbrauchbar. Die beiden andern Kantonsgruppen sind etwa gleich stark: in der ersten (BS, BL, GE, ZH, AG, SH, SO) sind 328, in der zweiten

(BE, LU, FR, VD, VS, NE, SO, TG, GL, AR) 396 Befragte.

Die Frage 23 wurde durch die Frage 22 eingeleitet; die Befragten hatten die Anteile von Bund, Kantonen und Gemeinden am gesamten Steuerertrag der öffentlichen Hand anhand einer elfstufigen Skala zu schätzen. Sie reichte von "bis 10 %" über 40 % (Fünferabstand) bis zu "70 % und mehr" (Zehnerabstand). Die folgende Tabelle zeigt wie üblich den Durchschnitt und ^{das} anteilmässige Verhältnis von Unter- und Uberschätzungen von richtigen Antworten. Sie schlüsselt ferner nach der Merkmalsgruppe Sprache auf.

Einheiten	Real	Schätzungen (% Anteile)					Merkmalsgruppe bez. a. d. Durchsch.	
		Durchschn. Sch.	Unter sch.	Richtig Sch.	Ueber sch.	Keine Antw.	Sprache	Deutsch Frans.
Bund	40	36,3	40	10	34	16	37,1	33,2
Kanton	33	31,4	36	17	30	17	30,7	34
Gemeinden	27	30,4	35	13	36	16	30,4	30
Keine Antwort		15						

Die Ergebnisse sind nicht überwältigend und zeigen nur, dass man die Anteile umso besser trifft, je näher einem der Steuerbesüger steht.

In der folgenden Tabelle fassen wir die Resultate der Fragen 23 a, 23 b und 23 d zusammen, und zwar aufgegliedert nach den drei Kantonsgruppen. In der linken Hälfte der Tabelle wird das Verhältnis von Befürwortern und Gegnern erhöhter Bundessteuern aufgeschlüsselt. In der rechten Hälfte wird dasselbe festgehalten, aber aufgrund der genauen Kenntnis des Bundesanteils an den Gesamteinnahmen des jeweiligen Wohnkantons. Die Nichtantwortenden werden nicht aufgeführt. Das Resultat bei der Frage 23 b kann in einem Satz zusammengefasst werden: 90 % der Befragten wissen, dass ihr Wohnkanton Beiträge von Bundesseite erhält.

*Einziger Kanton franz. Sprache: Genf

** Ausgelassen wegen allzu kleiner Stichprobe

Frage 23a			Frage 23d				
Anteile Für und Gegen nach Kantonsgruppen	Total	Sprache			Total	Sprache	
		Deutsch	Frans.			Deutsch	Frans.
Gruppe 1:	Für	16	15	23*	20	20	19
	Gegen	81	82	75	74	73	77*
Gruppe 2:	Für	16	16	15	15	18	11
	Gegen	81	82	80	74	75	73
Gruppe 3:	Für	13	**		33	**	
	Gegen	87			67		
Total:	Für	16	15	17	18	20	13
	Gegen	81	82	78	74	73	74

Auch diese Tabelle ist nur beschränkt aussagekräftig. Das Verhältnis für und gegen die erhöhte Bundessteuer ist in allen Gruppen beinahe stereotyp gleich. In jenen Wohnkantonen, in denen man vom Bund weniger erhält, ist man eher für erhöhte Bundessteuern als in jenen, in denen man vom Bund mehr erhält. Bezeichnend ist das Verhalten der Romands in der zweiten Gruppe. Trotz der Orientierung über die effektive Höhe der Bundesbeiträge bleibt man dem Steuerwiderstand gegen höhere Bundessteuern treu. Das erklärt sich aus der in Abschnitt 72 erläuterten Steuerbelastung der Romands. Die leichte Erhöhung bei den Befürwortern in der dritten Gruppe (33 statt 13 %) sagt bei der geringen Stichprobe von 30 wenig aus.

Etwas ergiebiger waren die Antworten auf die Frage 23a. Die Befragten hatten für ihren Wohnkanton zu schätzen, wie gross der Bundesanteil an den entsprechenden Einnahmen ihres Kantons sei (Auswahl aus 10 Kategorien von "bis 10 %" bis zu "bis 100 %". Zunächst einige Angaben über die effektiven Anteile im Jahre 1974.

In der Gruppe 1 erhielten: BS: 9,7 %; BL: 14,1 %; GE: 11,4 %; SH: 17,1 %; SH: 18,4 %; SO: 19,5 %; AG: 20,5 %. Der Durchschnitt betrug 15,4 %.

In der Gruppe 2 erhielten: VD: 21,5 %; BE und TE: 24,3 %; SG: 27,4 %; NE: 28,6 %; AR: 29,4 %; GL: 34,8 %; VS: 35,4 %; LU: 35,7 %; FR: 36,9 %. Der Durchschnitt betrug 27,7 %.

In der Gruppe 3 erhielten sämtliche Kantone mehr als 43 % (GR); an meisten UR mit 79,8 %. Der Durchschnitt betrug 52,6 %.

Um die Tabelle nicht zu überladen, haben wir nur in der Gruppe 1 die Schätzungsgrade nach einigen Merkmalsgruppen differenziert. In den andern Gruppen haben wir uns damit begnügt, die geschätzten Durchschnitte zu differenzieren. Wir geben nur die Werte an, die stark über oder unter dem jeweiligen Durchschnitt liegen. Die Nichtantwortenden wurden auch dieses Mal nicht berücksichtigt, so dass die drei Schätzungsgruppen nirgends 100 % ergeben.

Schätzungsgrade u. Durchschnitts- schätzung	Total	Merkmalegruppen									
		Berufe					Parteien				
		1	2	3	4	F	C	SP	SV	Div.	Keine
Gruppe 1											
Unterschätzt	16		26	9	11		13	21	13	23	
Richtig	27	32		16			37	23	33		
Ueberschätzt	37	34	33	49	33	31		32	33	42	
Total, Durchschn.	20,7		19,3	26,2	19,6	19,3		18,8	18,7	24,0	21,3
Gruppe 2											
Unterschätzt	27,1										
Richtig	27										
Ueberschätzt	19										
Total, Durchschn.	24,6	25,8	27,8	27,1	22,7	27,8	28,5	22,6	26,2	26,6	27,3
Gruppe 3											
Total, Durchschn.	31,8		41			28,3	33	25		25	33

Schätzungsgrade u. Durchschnitts- schätzung	Total	Merkmalegruppen					
		Sprache		Mehrwertsteuer		Stimmt nicht	
		Dt.	Frans.	Ja	Nein	Weise nicht	Stimmt nicht
Gruppe 1							
Unterschätzt	16			13	19		11
Richtig	27					20	22
Ueberschätzt	37	14	47	29		24	44
Total, Durchschn.	20,7	19,7	26,2	19,4			24
Gruppe 2							
Unterschätzt	27,1						
Richtig	27						
Ueberschätzt	19						
Total, Durchschn.	24,6	25,8	21,8	26,6		22,7	
Gruppe 3							
Total, Durchschn.	31,8			30		33,3	

Wir unterscheiden in der Interpretation nach Schätzungsgruppen und Durchschnitten.

1. Die Schätzungsgruppen

11. In den Kantonen mit niedrigem Bundesanteil ist der Anteil der Unterschätzenden klein und derjenige der Ueberschätzenden gross. M.a.W.: Wer wenig benötigt, schätzt dieses wenige hoch ein. Bei der MWSt. wirkt sich dies nicht positiv aus. Die Ueberschätzenden setzen sich nur unterdurchschnittlich (29 statt 37) für ein Ja ein, die Unterschätzenden leicht überdurchschnittlich (19 statt 16). Anders beim Finanzpaket: 40 % Ja statt dem Durchschnitt von 37. Bei Berufsgruppen und Parteien ist

Überhaupt keine Linie zu erkennen, so dass daraus keine Schlüsse über eine gezielte Information gezogen werden können.

12. Bei den Kantonen mit höherem Bundesanteil ist der Anteil der Unterschätzenden bedeutend grösser, derjenige der Übererschätzenden kleiner. M.a.W.: Wer viel benötigt, schätzt das Mehr an Bundeshilfe nicht entsprechend ein. Hier ist also eine gezielte Information sinnvoll!

2. Die Durchschnitte sagen erst etwas aus, wenn man den geschätzten Durchschnitt an Bundeshilfe mit dem realen vergleicht.

Durchschnitte	Kantonsgruppen		
	1	2	3
Real	15,4 %	27,7 %	52,6 %
Geschätzt	20,7 %	24,6 %	31,8 %

Das unter Punkt 1 skizzierte Bild wird bestätigt. Je grösser die Bundesanteile, desto eher werden sie unterschätzt. In der Romandie (Gruppe 2: 21,8 statt $\bar{\theta}$ 24,6) ist dies besonders ausgeprägt der Fall. Berufe und Parteien zeigen dasselbe diffuse Bild wie anderswo. Auch die Auswirkungen auf das steuerpolitische Verhalten sind widersprüchlich. Bei der Kantonsgruppe 1 sind die Jastimmer leicht unter dem Durchschnitt (19,4 statt 20,7 %); bei der Kantonsgruppe 2 sind die Jastimmer leicht über dem Durchschnitt (26,6 statt 24,6 %). Man kann daraus einzig die Einsicht gewinnen, dass ein Ja zur MWSt. eher möglich ist, wenn man besser über die Realität der effektiven Bundesanteile orientiert ist.

Schliesslich bestätigt das Resultat der Antworten auf Frage 23c, was wir bei Frage 23d festgestellt haben. Gestützt auf die Kenntnis der realen Bundesanteile ist man bei einer kleineren Quote der Bundesanteile eher für mehr Bundessteuern (Gruppe 1) als bei einer grösseren Quote (Gruppe 2). Ob man wohl in Zukunft mehr zu erhalten hofft? Bei der Information müsste man die Transferleistungen des Bundes narrensicher beziffern.

Wabern, 24.11.76

sig. E. Gruner.

Die Mehrfeldertafel im Anhang dieses Berichtes vermittelt eine zusammenfassende Uebersicht über die Einstellung der einzelnen Merkmalsgruppen zur MSt. und zum Finanzpaket. Eingetragen sind darin nur jene Werte, die mehr als $\pm 2\%$ vom jeweiligen Zeilentotal abweichen. Ueberdurchschnittliche Werte sind rot, unterdurchschnittliche Werte schwarz geschrieben.

Die wichtigsten Ergebnisse wurden bereits in den Kapiteln 3.2, 3.3 und 3.9 der ersten Lieferung (zweite Meinungsumfrage) kommentiert. Ein einfacher Vergleich der einzelnen Klassenwerte mit dem Zeilentotal pro Zeile lässt zusätzliche Schwerpunkte entdecken.

Für die meisten in dieser Tabelle zusammengestellten Merkmalskombinationen wurden zudem CHI^2 -Werte berechnet. Die entsprechenden Signifikanzniveaus sind im Anhang der ersten Lieferung zusammengestellt.

Einstellung zur MWSt. und zum Finanzpaket nach einzelnen Merkmalgruppen

MWSt.	Total	Geschl.		Alter			Lohnkl.		Sprache		Berufsgruppen				
		M	W	J	M	A	hoch	tief	Dt	Fr	1	2	3	4	5
Ja	21	30	12	18		26	24			17	15	29	18		
Nein	39				43	33			36	49	50	36	33	32	
Weiss nicht	29	24	34			23				26			26	34	
Stimmt nicht	12	8	16		7	15	7	15	13	9	8	6	23		
Finanzpaket															
Ja	48					55			51	36		57			40
Nein	43		40			30						38		40	47
Weiss nicht	10	6	13			15			7	18	7	5		13	13

MWSt.	Total	Parteien						Stimmbet.		Steuerlast		Oefftl. Hand		
		F	CVP	SP	SVP	Div.	Keine	Reg.	Okk.	bar	hoch	spar-	ver-	
Ja	21	26			28	29	16	29	3	24	11	32	17	
Nein	39		47	35					25	34	52	31	44	
Weiss nicht	29		24		33	17			21		26	24		
Stimmt nicht	12		7				15	3	52					
Finanzpaket														
Ja	48	56		52		42	45		40	54	30	63	42	
Nein	43	36			47	51		49	40	46	38	57	29	50
Weiss nicht	10			5	7	7		6		13		14		

MWSt.	Total	Staatl. Gegen-		13. Mts-		Absug		Erhöhung		9 od. 10% Alter-		Finanz-		
		leist. f. St.	Beamte	lohn f. Ehefrau	an- zu	Mindest-	grenze	er-	native	er-	er-	er-	er-	
Ja	21	32	18		25	15	24	18	25	24	46	8	39	3
Nein	39	25	46		33	45	30	46	34		18	53	17	62
Weiss nicht	29							25				25	33	23
Stimmt nicht	12		9			15					8			
Finanzpaket														
Ja	48	61		40	56	38	58	41	57	52	71	34		
Nein	43	32		50	36	53	37	52	37		24	57		
Weiss nicht	10					6		7	6	6	5			

Finanzpaket	Total	MWSt.			
		Ja	Nein	Weiss nicht	Stimmt nicht
Ja	48	90	21	55	44
Nein	43	7	68	34	
Weiss nicht	10	4			15

3. LieferungInhaltsübersicht

	Seite
8. Informationsprobleme	2
81. Einstellung zu amtlichen Erläuterungen	2
82. Einstellung zur Informationspolitik des Bundesrates	4
83. Bevorzugte Informationsmittel	4
9. Folgerungen für die Praxis	6
90. Allgemeine staatsrechtliche, politische und sozialpsychologische Erwägungen zur Information	6
91. Rechtliche Aspekte der amtlichen Erläuterungen	7
92. Politische Aspekte der amtlichen Erläuterungen	8
93. Organisatorische und taktische Aspekte der amtlichen Erläuterungen	10

3. Lieferung

8. Informationsprobleme

Die dritte Lieferung betrifft ausschliesslich Fragen der Information, berührt also das Finanzpaket nur indirekt. Ich werde zuerst die Resultate der Befragung zusammenfassen und hernach noch einige grundsätzliche Fragen zur Information äussern, und zwar im Hinblick auf eine erklärende Broschüre.

Die Fragen zur Information sind im Fragebogen unter den Nummern 55 bis 60 aufgeführt. Sie betreffen das Thema einer informierenden Broschüre ("Bundesbüechli", Erläuterungen (No 55 und 56), die informierende Funktion von Bundesräten via elektronische Massenmedien (No 60) und die vom Stimmbürger in Anspruch genommenen Informationsmittel sowie seine eigene informierende Tätigkeit (No 57-59).

81. Einstellung zu amtlichen Erläuterungen

In den Fragen 55 und 56 prüfte man, ob und wie weit sich der Befragte noch an die Gegenstände und an die ins Haus gelieferten Texte anlässlich der letzten Volksabstimmung vom September 1976 erinnere, ob er Erläuterungen vermisst habe und darum in Zukunft solche wünsche oder aus prinzipiellen Gründen dagegen sei. Wir fassen alle Antworten in einer Tabelle zusammen, ausgenommen jene auf die offene Frage, aus welchen Gründen man Erläuterungen ablehne. Die in den Rubriken enthaltenen Zahlen sind immer Prozentanteile, die ausdrücken, wie viele Befragte sich z.B. erinnerten oder ein Ja für die Erläuterungen einlegten usw. Da man nicht überall antworten musste, ergibt das Total in der Spalte nicht 100 %. Wie bei anderen Tabellen geben wir nur jene Werte an, welche den Durchschnitt (Total) mehr als 2 % überschreiten (rot) oder unterschreiten (schwarz).

Das bekannte Bild bestätigt sich, dass die politischen Gegenstände mit zunehmender Bildung, Einkommensklasse und sozialem Status deutlicher wahrgenommen werden, am deutlichsten beim Stimmverhalten. Eine Ausnahme bilden dieses Mal die Romands. Sie waren offenbar vom Gegenstand her mehr interessiert als die Deutschschweizer. Ganz eindeutig auch: je besser orientiert, desto grösser die Neigung zu einem Ja zur MWSt.

Kennnisstand betr. die Volksabstimmung vom Sept. 1976 und Einstellung zu amtlichen Erläuterungen

55, 56a-c)

81. Fragen Kenntnis- stand	Total	Merkmalsgruppen													
		Geschl.		Alter			Lohnkl.	Sprache		Berufe					
		M	W	J	W	A	Ob.	Unt.	Dt.	Fr.	1	2	3	4	5
Radio/Fern- seh-Artikel	53	59	46	59	49	47	62	47	51	59	59	48		47	57
Text d.Art.	76							70	92						
Haftpfl.-V.	39	42	36	43		34	45	35		45	45	44		34	35
Falsche Antwort	6					3									3
Keine Antw.	39	33	46	35	42	45	31	45	43	29	35	36	44	36	43
Wünschbar- von Erläute- rungen	77								80	68					
82. B.R. Radio/Fern- sehen über- haupt	75			69		81				69				92	69
Stellung- nahme	71								66		78			68	63

Merkmalsgruppen													
Stimmverhalten			Parteien						Verhalten zur MWSt.				
Reg.	Okk.	Nie	Fr.	C	SP	SV	Div.	Keine	Ja	Nein	Weiss nicht	Stim nich	
68		16			61	67	51	48	63	56	50	29	
88		52	79		81			73					
49		15		31		61	32		47	43	36	20	
10						9						1	
14		75	43			26			31	35		67	
71	82	66	70		89	74	73						
		60				93	61	71	90	71	73	65	
		53		87				65	79	68		61	

Das eindeutige Ja zu amtlichen Erläuterungen (77 %) weist nur je Sprachgebiet und Parteien Differenzierungen auf. Aber das grosse Bedürfnis (Maximalzahl von 89 %!) bei der SP beweist doch deutlich, dass es für die Unterschicht hier eine schmerzlich empfundene Lücke zu schliessen gilt.

Dass die okkasionellen Wähler im Wunsch nach Erläuterungen mit 82 % an zweiter Stelle stehen, kann uns optimistisch stimmen: die sog. "schweigende Mehrheit" kann also durch gezielte Information besser motiviert werden.

82. Einstellung zur Informationspolitik des Bundesrates (vgl. Tabelle 81/82)

Das Echo auf diese Frage unterscheidet sich kaum von jenem, das wir soeben skizziert haben. 75 % befürworten bundesrätliches Auftreten bei den elektronischen Massenmedien und 71 % plädieren für eine Stellungnahme. Diese hohe Ja-Quote drückt ganz einfach aus, dass die Zeiten der Information in Volks- und Parteiversammlungen zum grossen Teil vorbei sind. Andererseits werden die der heutigen Zeit entsprechenden Informationsformen von den Bundesräten noch zu wenig in Anspruch genommen, obwohl sie von drei Vierteln der Bevölkerung begrüsst werden. Dass Romands und Junge skeptisch sind, ist begreiflich. In der unterdurchschnittlichen Quote bei Arbeitern, Nie-Stimmenden und nicht Parteigegebenen drückt sich eine Passivität selbst in der Aufnahmebereitschaft aus. Je positiver zur bundesrätlichen Information, desto positiver zur MWSt. und übrigens in ähnlicher Weise auch zum

Finanzpaket (in 4):

	<u>Ja</u>	<u>Nein</u>
Ja zu Radio/Ferns. überhaupt	81	67
Ja zur Stellungnahme	76	66

83. Bevorzugte Informationsmittel

Frage 57 ist offen und wird später beantwortet. Frage 58 erkundigt sich in einer Skala von 10 bis 1 nach dem Gewicht der im folgenden aufgeführten möglichen Informationsträger- und mittel. Da für jede eine Note gegeben werden musste, ergeben sich Durchschnitte, die zwischen ca. 3,5 und 7,1 liegen. Abweichungen je Merkmalsgruppen sind nur selten informativ. Dagegen zeigen sich die Unterschiede deutlicher bei der Rangordnung, in welchem Ausmass man drei von den acht Möglichkeiten als unentbehrlich betrachtet. Hier ergaben sich infolge-

dessen Nennungshäufigkeiten. Obschon die Zahlen in beiden Reihen mit den Ergebnissen der internationalen Forschung übereinstimmen, haben wir sie im Hinblick auf Stimmverhalten und Abstimmungsgegenstände so weit wiedergegeben, dass aus den signifikanten Unterschieden Schlüsse gezogen werden können.

Frage 58 Informationsträger	Note	Rang- ordn.	Merkmalsgruppen								
			Stimmverhalten			Einstellg.z.MWSt.		+Fin.paket			
			Reg.	Okk.	Nie	Ja	Nein	Weiss nicht	Stimmt nicht	Ja	Nein
Zeitung	6,6	75	82	72	68	80		71			72
Fernsehen	7,1	71	68	73	68	79		68		78	65
Radio	6,6	63				60		60	70		65
Familie	5,5	26			15	30			17		
Partei parolen	3,9	18	20			15	22		10	15	22
Gespr.mit Freunden	4	14			16	8	16	18		12	17
Flugblätter usw.	3,7	14						17			
Gespr.am Arbeitspl.	3,7	11	9		7	9	9	15	9		13

Für die Abstimmungsstrategie sind vor allem die Okkasionellen, die Neinsager und die Unentschiedenen interessant. Die ersten bieten keine charakteristischen Anknüpfungspunkte. Die Neinsager hören überdimensioniert auf Partei parolen, Flugblätter und Gespräche im Bekannten- und Kollegenkreise, lassen sich dagegen über die Massenmedien nicht mehr ansprechen als der Durchschnitt. Die Unentschiedenen ähneln den Neinsagern, nur dass sie noch weniger durch Massenmedien ansprechbar sind. Es wird also alles darauf ankommen, die Meinungsführer so zu bearbeiten, dass ein akzeptables Klima geschaffen werden kann. Nimmt man an, es gehe vor allem darum, dass die Neinstimmer nur schwer von festgefahrenen Meinungen abzubringen sind, bleibt nichts anderes übrig, als die Okkasionellen von seiten der Ja-Stimmer aus zu beeinflussen. In ihnen muss man also die potentiellen Meinungsführer erblicken, die zugunsten eines bejahenden Votums wirken können. Unter diesem Aspekt betrachtet, kommen der Presse und dem Fernsehen und dem Gespräch im Familienkreise eine zentrale Rolle zu. Dass unter den Regelmässig-Stimmern 20 % Partei parolen folgen, ist offenbar so zu verstehen, dass sich hier meist regelmässige Neinsager verbergen.

Frage 59 gibt noch einige Hinweise auf die Rolle der Meinungsführer. Die Befragten werden um Auskunft darüber ersucht, ob sie vor Abstimmungen um Rat gefragt worden sind. Die Verteilung dieser 48 % "Meinungsführer" auf die Merkmalsgruppen vermittelt nur bei Berufen, Parteien und Abstimm-

mungsverhalten interessante Informationen. Ferner gibt sie Auskunft über ihre Funktion in der allgemeinen Meinungsbildung.

Total	Merkmalsgruppen											
	Berufe						Parteien					
	1	2	3	4	5	6	Fr.	C	SP	SV	Div.	Keine
48	55	57	56	34	38	43	55	53	50	61	61	40

Total	Einstellg. z. MWSt.				Finanzpaket		Abstimmungsverh.		
	Ja	Nein	Weiss nicht	Stimmt nicht	Ja	Nein	Reg.	Okk.	Nie
	48	60	51	45	21	48	51	67	45

Die Meinungsführer kristallisieren sich erwartungsgemäss in jenen Kategorien heraus, in denen sich die aktiven Stimmbürger befinden. Die Zahlen bestätigen also das, was wir soeben dargelegt haben.

9. Folgerungen für die Praxis

90. Allgemeine staatsrechtliche, politische und sozialpsychologische Erwägungen zur Information

Ich gehe davon aus, dass das von uns verarbeitete Material eine unvergleichliche Fundgrube im Argumentenkorb darstellt und deshalb demjenigen eine Vorsprungsstellung vermittelt, der darüber verfügt. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist es noch unmöglich zu sehen, wie sich die Fronten im Abstimmungskampf bilden, und wie es mit der Finanzierung der Ja-Front steht. Man darf immerhin schon jetzt sagen, dass eine zielbewusste Ausbeutung des genannten Materials eine allfällige Finanzierungslücke mehr oder weniger kompensieren könnte.

Je weniger gesichert die Position der Befürworter ist, desto mehr Gewicht erhält die neutrale Information von behördlicher Seite.

Zum Einsatz des bundesrätlichen Potentials habe ich nicht Stellung zu beziehen. Dagegen glaube ich es als Fortsetzung meiner Aufgabe betrachten zu sollen, mich zu den Möglichkeiten der neutralen Information auf dem Gebiete der antlichen Erläuterungen zu äussern und entsprechende Vorschläge zu machen. Ich möchte dabei einleitend unterstreichen, was Dr. Ebersold als erfahrener Kenner geschrieben

hat, als die Zahlen von Befürwortern und Gegnern des Finanzpaketes in der Öffentlichkeit erwähnt worden sind.

"Unsere Befragung - die, um durchgeführt zu werden, auch Informationen und Einsichten vermitteln musste - hatte unvermeidlicherweise den Nebeneffekt einer Art von "Information". Insofern ist das Ergebnis interessant. Es sagt somit, dass der Durchschnittsbürger (nicht der zukünftige Urnengänger) dem Finanzpaket (nicht der Mehrwertsteuer) gegenüber einigermaßen günstig gesinnt ist, wenn es gelingt, bei der breiten Masse einen ähnlichen Effekt des differenzierten Denkens zu erzielen. Dies wird die Aufgabe einer qualitativ hochwertigen und quantitativ sehr umfangreichen und ausdauernden Information sein."

Dr. Ebersold unterstreicht nur, was ich in meiner ersten und zweiten Lieferung verschiedentlich schon betont habe. Der Erfolg im Abstimmungskampf wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, dem Bürger die MWSt. als neuartige Steuererhebungsart mit allen ihren Auswirkungen und Einschränkungen, ihren Eigenarten (gegenüber der WUST und den ausländischen "Zwillingsystemen" usw.) maximal vertraut zu machen. Ferner müssen Begriffe, die in der Diskussion stets vorkommen, so vereinfacht und so anschaulich gemacht werden, dass sie auch der Mann mit Primarschulbildung verstehen kann (z.B. BSP). Im folgenden möchte ich systematisch begründen, weshalb mir eine gezielte amtliche Information unerlässlich erscheint, und einige Vorschläge zu ihrer praktischen Gestaltung machen.

91. Rechtliche Aspekte der amtlichen Erläuterungen

Ich kann es mir ersparen, die Leidensgeschichte des vom Ständerat hartnäckig verworfenen "Bundesbüchleins" zu rekapitulieren. Die staatsrechtliche Literatur vertritt einmütig die auch vom Bundesgericht gestützte Auffassung, es sei den politischen Behörden unbenommen, die Stimmbürger zu informieren und auch im Abstimmungskampf Stellung zu beziehen (H.R. Strasser, Rechtliche Probleme der öffentlichen Meinungsbildung vor Volksentscheiden, Diss.jur. Basel 1971; M. Stauffacher, Die Stellung der Behörden im Wahl- und Abstimmungskampf, in: Schw.Z.bl. für Staats- und Gemeindeverwaltung 1967, S. 361 ff.). Es ist den Juristen höchstens vorzuwerfen, dass sie sich zu wenig Rechenschaft darüber geben, wie stark sich der Prozess der Meinungs- und Willensbildung im Verlauf der letzten zehn Jahre verändert hat. Die entsprechenden Mechanismen, die Jahrzehnte lang mehr oder weniger reibungslos gespielt haben, sind heute aus verschiedensten Gründen

derartig blockiert, dass sich den Behörden gebieterisch die Aufgabe aufgedrängt hat, einfach zur Tat zu schreiten.

Die Opposition, die anlässlich der Abstimmungen im Juni 1975 die damaligen amtlichen Erläuterungen angefochten hat, hat sich weniger gegen die Tatsache an sich als gegen "Informationsspannen" gerichtet. Ständerat Heimanns Schlussfolgerung bestätigt dies: "Ich hoffe vom Bundesrat die Zusicherung zu erhalten, dass inskünftig Erläuterungen zu Abstimmungsvorlagen - werden sie schriftlich oder am Radio oder Fernsehen gegeben - dem Stimmbürger objektive Informationen bringen und nicht eine Einnebelung. Bei dieser Gelegenheit gebe ich noch dem Wunsch von Zehntausenden, wenn nicht Hunderttausenden von Stimmberechtigten Ausdruck: Abstimmungsfragen auf dem Stimmzettel sollen so gestellt werden, dass sie vom Stimmbürger verstanden werden können. Wenn der offizielle Titel über die Natur der Sache keine Auskunft gibt, ist die Frage mit klaren, allen verständlichen Zusätzen zu verdeutlichen". (A St.B. St.R. 24. Sept. 1975, S.560). Durch die Antwort von Bundesrat Chevallaz ist klar geworden, dass die von ihm aufgezählten Präzedenzfälle den amtlichen Erläuterungen eine quasi gewohnheitsrechtliche Grundlage verliehen haben.

So wird man sich im Hinblick auf die Abstimmung über das Finanzpaket nicht von der Vorbereitung der entsprechenden Erläuterungen abhalten lassen dürfen, auch wenn im jetzigen Zeitpunkt das Schicksal des BG über die politischen Rechte und damit auch die formalrechtliche Regelung der Erläuterungen noch ungewiss ist.

92. Politische Aspekte der amtlichen Erläuterungen

Im Gegensatz zu den Vorwürfen von Heimann ist immer wieder der Einwand zu hören, amtliche Erläuterungen oder ganz generell die Informationspolitik des Bundesrates stellten eine besonders raffinierte Form von Propaganda dar. So wetterte der Gewerbeverband im Juni dieses Jahres dagegen, dass "der Bundesrat Steuergelder für Abstimmungspropaganda ausgibt" und das Volk "systematisch von oben indoktriniert".

H. Zwicky hat in der NZZ Nr. 186 vom 11.8.1976 die "Information als entscheidende politische Führungsaufgabe" bezeichnet: "Ihre Bedeutung nimmt zu, je schwieriger und unübersichtlicher die Sachfragen werden ..., und je weniger die Mitglieder der Räte und die Parteien in der stets dichter werdenden Folge von eidgenössischen Abstimmungen ihrer Aufgabe der Führung von Abstimmungskampagnen genügen können."

In der Tat bestehen die Voraussetzungen nicht mehr, die ein Eugen Grossmann noch vor Augen hatte, als er von der Willensbildung in Finanzfragen schrieb: "Der grösste Staatsmann ist der, der die gegebenen und nur langsam wandelbaren Grundanschauungen des Volkes so zu benützen versteht, dass eine allgemeine oder doch von der Mehrheit der Aktivbürger gebilligte Lösung zustande kommt" (Gedanken über Finanzpolitik in der reinen Demokratie, Bern 1948, S.45). Die Presse kann nicht mehr wie damals als verlässliches Sprachrohr der öffentlichen Meinung betrachtet werden. So habe auch ich selbst mich hinsichtlich der Informationsmöglichkeiten der Behörden durch Meinungsumfragen von einem Saulus zu einem Paulus bekehren lassen. Ich stimme G. Schmidtchen zu, wenn er diese als "Diagnoseapparat" der politischen Führung erklärt und gleichzeitig beifügt: Die Volksabstimmung werde durch Umfragen nicht antizipiert, sondern belebt" (Meinungsforschung und direkte Demokratie, in Schw.Jahrbuch für Pol. Wiss. 1970, 10. Bd, S. 17 ff; Die befragte Nation, Fr.i.B. 1961, St. 190 ff).

Nun soll aber das aus Meinungsumfragen gewonnene Material nicht bloss als Entscheidungshilfe für die Verhandlungsführung in den Räten dienen. Da es uns über die "Finanzgesinnung des Volkes" aufklärt, sollte es als Kompass für die Information des Souveräns dienen. Vor allem weist es auf die für einen Volksentscheid hinderlichen Informationslücken hin. Wie wir in allen unsern Berichten festgestellt haben, fehlt es in dieser Beziehung oft an den für das Verständnis einer Vorlage unentbehrlichen elementarsten Kenntnissen. Diese werden ihm leider auch nicht durch die Massenmedien geliefert, da diese mehr auf Quantität als Qualität achten und dabei von der Illusion ausgehen, der Stimmbürger sei fähig, sich im Pro et Contra der Argumente selbst zurechtzufinden. Bundesrat Ritschard hat zurecht die heutige Ueber-Information gezeisselt.

Dass die Vermittlung elementarer Kenntnisse auf dem Wege amtlicher Erläuterungen einem wirklichen Bedürfnis entspricht, geht nicht nur aus unsern Resultaten und dem Votum von Ständerat Heimann hervor. So kommt der Interpret einer für die freisinnige Partei vor den Nationalratswahlen von 1975 organisierten Meinungsumfrage zu folgendem Schluss: "Frauen nehmen an Urnengängen nur teil, wenn sie verstehen, worum es geht..... Neben staatsrechtlich korrekt abgefassten Vorlagen ist die Verständlichkeit der Vorlage für die Stimmbürgerin ebenso wichtig." Viele Frauen seien nicht einmal imstande zu entscheiden, was sie annehmen oder verwerfen, wenn sie Ja oder Nein stimmen.

Nun ist aber ein Text, wie er dem Stimmbürger im Juni 1977 vorgelegt wird, vor allem für die grosse Masse der okkasionellen Abstimmenden ohne zusätzliche Erläuterungen nicht verständlich.

Doch dürfen diese nicht im Stile der langatmigen, oft kaum verständlichen Kommentare abgefasst sein, wie wir sie bei kantonalen und Gemeindevorlagen vorgesetzt bekommen. Sie müssen, wie in einem Leserbrief formuliert wird, "auf den ersten Blick interessieren und dürfen sogar etwas attraktiv wirken, ohne das eigentliche Thema zu verleugnen" (Bund Nr. 187 vom 12.8.1976). Jürg Tobler verlangt in dieser Beziehung "Strukturierung, Akzentuierung, Verständnishilfe, Offenlegung des Standpunktes, damit die Bürger ihren Staat erfahren können, bevor er ihnen widerführt" (Dossier Schweiz, Bern 1970, S.56). Ich möchte noch weiter gehen.

Die Erläuterungen müssen so attraktiv sein und den Empfänger so fesseln, dass dieser wirklich Lust verspürt, sie zu studieren und sie nicht ungelesen in den Papierkorb wirft oder den Stimmzettel bloss dazu benützt, um seinem Unmut Ausdruck zu geben. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es unbedingt Illustrationen. Das Fernsehen hat den Menschen daran gewöhnt, dass er die Informationen in erster Linie mit dem Auge aufnimmt.

Auch dafür gibt es Präzedenzfälle, Die Vorlage vom 3. Dez. 1972 (EWG-Vertrag) enthielt auf S. 20/21 grafische Darstellungen. Die 1975 herausgegebene Broschüre "die Nationalratswahlen" wurde durch humoristische Skizzen aufgelockert und lud bereits durch ein Bild auf dem Titelblatt zur Lektüre ein.

Als Beispiel eines Präzedenzfalles negativer Art erwähnen wir die Erläuterung zum Raumplanungsgesetz. Sie war beinahe so schwer verständlich wie der komplizierte Gesetzestext.

93. Organisatorische und taktische Aspekte der amtlichen Erläuterungen

Anlässlich der Beantwortung der Interpellation Heimann erklärte Bundesrat Chevallaz, der Bundesrat als Kollegialbehörde sei für die Frage der amtlichen Erläuterungen zuständig (ASt.B. 1975, St.R. S.561). Falls meine Vorschläge vom Chef des Finanzdepartementes gebilligt werden, wären sie mithin als an die oberste Landesbehörde gerichtet zu betrachten.

Ich gehe zuerst auf den Terminplan ein. Erwägt man, dass das Stimmmaterial ca. Mitte Mai im Besitz des Stimmbürgers sein muss, und veranschlagt man die für den Druck und anderes benötigte Zeit mit mindestens einem Monat, müsste der bereinigte und gebilligte Text spätestens anfang April bereitliegen. Wir hätten dann auch Gelegenheit, die von Dr. Ebersold im März 1977 vorgenommene kleine Kontrollbefragung zu verarbeiten.

Um aber den Text in Ruhe vorzubereiten und optimal zu gestalten, müsste man mit den Vorbereitungen gleich zu Beginn des Jahres 1977 einsetzen.

Dieser frühe Termin drängt sich auch aus sachlichen Gründen auf. Ich entnehme einem Artikel von Adolf Wirz "Bei der politischen Meinungsbildung zu bedenken" (NZZ Nr. 201, 28./29.8.1976) die auf langjähriger Erfahrung beruhende Erkenntnis, dass der "Lernprozess stufenweise verlaufe" und "die Aufklärung zu spät einsetze." Der bekannte Werbefachmann legt dann dar, dass sich die Meinungsbildung in Stufen vollziehe, und dass die Information in kleinen Dosen vermittelt und wiederholt werden müsse.

Damit wird die zweite Frage aufgeworfen, welche Massnahmen ausser der amtlichen Erläuterung (gleichzeitig mit dem Verfassungstext versandt) noch ins Auge gefasst werden müssen. Ueblicherweise überliess man diesen Teil der Aufklärung den Parteien und den Abstimmungskomitees. Diese werden sich aber wohl so spät konstituieren, dass der von Wirz empfohlene Zeitplan nicht eingehalten werden kann; ganz abgesehen davon, dass die Schwierigkeit der Materie einen möglichst frühen Beginn des Informationsflusses bedingt. Unsere Umfrage hat zwar ergeben, dass der Name MWSt. jetzt 90 % der Befragten bekannt ist. Doch scheint nur ein kleiner Teil wirklich begriffen zu haben, worum es dabei geht. So stellt sich die Frage nach den rechtlichen und praktischen Möglichkeiten, die Information auf geeignete Weise zeitlich im empfohlenen Sinne zu dosieren. Besteht die Möglichkeit, die amtliche Erläuterung zu teilen und in einem ersten Teil die MWSt. vorwegzunehmen? Steht hiezu nur der Weg von Pressekonferenzen zur Verfügung, und wie vermeidet man Ueberschneidungen mit der Vorbereitung der März-Abstimmung? Ich sähe eine Möglichkeit darin, die Ergebnisse der Umfrage stückweise auszuwerten und an Pressekonferenzen im Verlaufe des ersten Halbjahres einzelne Informationen bekannt zu geben, ohne der gegnerischen Propaganda dabei Waffen zu liefern. Es würde sich materiell um Fragen handeln, die man unter dem Kennwort subsumieren könnte: "Eine Welt von Illusionen und Entstellungen". Ob sich dieser Plan verwirklichen liesse, hängt von der

Belastung des Terminkalenders ab.

A. Wirz umreisst in seinem Artikel auch von der Sache her, welche Aufgabe einer solchen Information zukäme. Es geht nicht in erster Linie darum, den Gegner zu entkräften, sondern das Interesse für den Gegenstand zu wecken. Wenn man das oben genannte Kennwort interpretiert, wären also z.B. im Volk verbreitete irrtümliche Vorstellungen rein sachlich den Fakten gegenüberzustellen (Sparmöglichkeiten und ihre Schranken, staatliche Leistungen, usw.). Na_ch Wirz kann man in dieser verhältnismässig emotionsfreien Periode auch noch ohne Schaden auf allfällige Konsequenzen einer Verwerfung hinweisen, ohne den Eindruck der Drohpolitik zu erregen.

Für die Ausführung dieses Informationsprogramms schiene es mir günstig, so schnell als möglich eine verantwortliche Kommission zu bilden. Ein Vertreter der Verwaltung hätte die Fakten, vor allem die notwendigen Vereinfachungen, auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Neben dem Pressechef wäre ein Werbe-fachmann beizuziehen. Ich persönlich würde mich für die Auswertung des Materials der Meinungsbefragung zur Verfügung stellen. Wünschbar wäre schliesslich jemand, der die Fähigkeit besitzt zu überprüfen, ob die Faktenvereinfachung wirklich dem Fassungsvermögen der Durchschnittsbürger angemessen ist.

Ich bin dankbar, wenn in dieser Frage möglichst bald ein Ent-scheid fällt.

E. Gruner

Wabern b. Bern, Ende November 1976.

E. Gruner

Auswertung der offenen Fragen der zweiten Umfrage betreffend
Steuer- und Finanzfragen

Zu 3.1 "Kenntnis der Mehrwertsteuer und Einstellung zur MWSt."

1) Wie in der ersten Umfrage war auch diesmal die neue Steuerart in einer offenen Frage materiell zu umschreiben (s. Zusatzbericht zur ersten Umfrage 5.2). In den zwei Monaten, die zwischen den beiden Umfragen liegen, ist der Anteil an "Weiss nicht" Antworten um 16% gesunken. Zwar schliessen mögliche Stichprobenfehler und die verschiedene Placierung der Frage im Fragebogen einen gesicherten Vergleich der beiden Ergebnisse zum vornherein aus. Das Ausmass des Unterschiedes lässt aber doch darauf schliessen, dass der Zusammenhang zwischen verändertem Informationsstand und dem Zeitpunkt der Befragung nicht rein zufällig ist.

Der Kenntnisstand wurde allerdings nicht qualitativ, sondern allein quantitativ verändert, d.h. der höhere Anteil an materiellen Antworten verteilt sich gleichmässig auf richtig und falsche oder unpräzise Definitionen. Die Zunahme an Informationen zur MWSt. zeigt also nur in dem Sinne Wirkung, als ein grösserer Anteil der Stimmbürger glaubt die MWSt. zu kennen; in Wirklichkeit vermochte der Inhalt dieser Informationen bzw. deren Qualität die doch recht vagen Vorstellungen über die neue Steuerart aber kaum klärend zu beeinflussen. Einmal mehr ein Hinweis auf die Notwendigkeit gezielter und verständlich formulierter, zusätzlicher Informationen durch den Bund.

2) Die Frage nach dem Hauptgrund der Einführung der MWSt. ergibt wenig neue Erkenntnisse. 83% der Befragten antworten undifferenziert "weil er (der Bund) mehr Einnahmen braucht" und weitere 6% erwähnen die Notwendigkeit, bestehende Schulden bzw. das jährlich anwachsende Defizit endlich abzubauen. Nur 6% der Befragten antworten konkreter und sehen die MWSt. beispielsweise als mögliche Antwort auf die entgangenen Zolleinnahmen der letzten Jahre.

3) Weitgehend unbekannt ist die genaue Wirkung der MWSt. auf die Preisentwicklung bestimmter Produktgruppen. 40% der Befragten glauben, dass sich alle oder nahezu alle Produkte verteuern. 35% sind der Ansicht, dass mit der Einführung der MWSt. nur eine bestimmte Gruppe von Produkten besteuert und damit verteuert werde (Konsumgüter: 15%, Maschinen, Autos: 7%,

Haushaltartikel: 3%, Kleider: 5%, Möbel: 5%), und immerhin 11% verwechseln die Mehrwertsteuer mit einer Luxussteuer.

Interessant ist der hohe Prozentsatz der Nennungen bei den Konsumgütern, einer Produktgruppe also, die mit dem Wegfall der WUST und dem reduzierten MWSt.-Satz eher eine Verbilligung erfährt. Ueberdurchschnittlich weit verbreitet ist diese Meinung bei den Arbeitern, während Selbstständige und leitende Angestellte und Beamte eher eine Verteuerung von Luxusartikeln vermuten. 43% der Landwirte erwarten, dass mit der Einführung der MWSt. sich sämtliche Produkte verteuern, obwohl gerade sie zu den wenigen Berufsgruppen zählen, die von den Ausnahmebestimmungen profitieren. Je nach Interessenlage glaubt man sich verschieden, immer aber benachteiligt von der neuen Steuer betroffen!

Einen besonders tiefen Kenntnisstand besitzen diejenigen, die heute noch nicht angeben können, wie sie sich in der Abstimmung verhalten werden. In den Informationen über die MWSt. sind die zahlreichen Ausnahmen mit reduziertem Satz und die Tatsache, dass dieser tiefer liegt als bei der WUST deshalb deutlich herauszustreichen.

4) Ueber die möglichen Folgen einer Ablehnung der MWSt. äussern sich über 90% der Befragten. 22% verweisen undifferenziert auf "andere Lösungen" oder "Geldquellen", 16% fordern oder erwarten die Erhöhung der gegenwärtigen oder die Einführung neuer Steuern (Alternativsteuern zur MWSt.) und 18% der der Antwortenden betonen das damit verbundene wachsende Loch in der Bundeskasse.

Die Verteilung der Befürworter und Gegner der MWSt. und des Finanzpaketes auf dies drei Antwortkategorien bestätigt an anderen Stellen gefundene Resultate: Die Gegner glauben an andere Lösungen; die Befürworter erachten das ständig wachsende Defizit als nicht mehr tragbar. Die Suche nach anderen

Antwortkategorie	MWST.			Finanzpaket	
	Ja	Nein	Weiss nicht	Ja	Nein
Andere Lösung (es gibt Alternativen)	10	27	27	20	26
Steuern erhöhen	19	16	13	17	15
Defizit wird (zu) gross	34	12	6	25	13

Losungen oder der Glaube, dass möglicherweise solche zu finden wären, scheint zudem bei einigen Stimmbürger Ursache dafür zu sein, sich noch nicht heute für oder gegen die MWSt. aussprechen zu können ("Weiss nicht": 27%).

Nur 8% der Befragten weisen in dieser Frage auf die Notwendigkeit zusätzlicher Sparübungen beim Bund. Als einziger konkreter Sparvorschlag erscheint die Forderung nach Ausgabenkürzungen bei der Landesverteidigung (4%).

Ueberdurchschnittlich stark wird die Gefahr einer zu hohen Verschuldung des Bundes von den Sympathisanten der SVP hervorgehoben. Der Zusammenhang zwischen leeren Staatskassen und der eigenen Interessenlage scheint im Bereiche der Subventionspolitik besonders transparent.

5) 38% der Befragten können keine Ersatzlösungen für die MWSt. anbieten. Von den Antwortenden am häufigsten genannt werden:

- Einsparungen beim Bund 19%
- Erhöhung der direkten Steuern 8%
- Erhöhung der WUST 8%
- Reichtums- od. erhöhte Luxussteuer 8%

Weitere Nennungen (alle mit weniger als 4%) sind: "Benützungsgebühren für Nationalstrassen und Tunnels", "Erhöhung (Wiedereinführung) von Zöllen" und "Erhöhte Tabak-oder Weinststeuer".

Von den einzelnen Merkmalsgruppen werden nach bekanntem Muster solche Lösungen vorgeschlagen, von denen diese glauben, dass sie selber damit am wenigsten getroffen werden. So fordern die "Selbstständigen" überdurchschnittlich häufig Einsparungen beim Bund, während Arbeiter und die SPS Reichtums- und Luxussteuern in den Vordergrund schieben.

Zu 4 "Kenntnisstand über die Lage der Bundesfinanzen und die Anteile der einzelnen Aufgabengebiete"

Die Antworten auf einige offene Fragen zur Einschätzung des Defizites und zur Beurteilung der Verschuldung des Bundes bestätigen, wie wenig die Stimmbürger mit publizierten Budgetzahlen anzufangen wissen.

1) Ueber ein Drittel der Befragten (38%) ist nicht in der Lage, eine Milliarde richtig zu definieren, wobei die meisten die Zahl unterschätzen (26% schätzen auf 10 oder 100 Millionen). Die daraus folgende unrichtige Einschätzung der absoluten Höhe des Bundesdefizites scheint jedoch kein bestimmender Faktor für die Befürwortung oder Ablehnung der MWSt. und des

Finanzpaketes zu sein. Hingegen unterschätzen die bei der MWSt. noch Unentschlossenen leicht ueberdurchschnittlich. Wahrscheinlich würde eine über gezielte Information erreichte, realistischere Einschätzung des Schuldenberges des Bundes aus "Unentschlossenen" doch eher "Befürworter" als "Gegner" der MWSt. machen.

2) Auf eine generelle Unterschätzung des Budgetdefizites weisen auch die Antworten auf die Frage, was mit einer Milliarde Franken gebaut oder angeschafft werden könnte. In den Aufzählungen der Antwortenden finden sich eine grosse Zahl von Objekten, deren Bau oder Anschaffung in Wirklichkeit deutlich weniger Kosten verursacht (Flugzeug, Haus, Weltreise etc.). Auf der anderen Seite werden kaum Dinge genannt, die nicht mit dieser Summe zu erwerben wären.

3) In der konkreten Frage nach den Kosten des Gotthard-Strassentunnels nennen 25% der Befragten eine Summe, die ungefähr den tatsächlichen Kosten entspricht (Nennungen zwischen 500 Mio und 1,5 Mia). 41% glauben, dass der Tunnel mehr und nur 25% dass er weniger als die tatsächliche Summe koste. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Stimmbürger die Ausgaben für Infrastrukturbauten generell etwas zu hoch einschätzen (s. Kap. 3.4 Erste Umfrage), darf auch aus diesem Ergebnis geschlossen werden, dass ein Grossteil der Bevölkerung die Kaufkraft einer Milliarde Franken deutlich unterschätzt und das tatsächliche Ausmass des Budgetdefizites damit unbewusst verhamlost.

Zu 4.3 "Schätzung einzelner Ausgabengruppen"

Wie weit die Stimmbürger die tatsächlichen Ausgaben und Leistungen des Bundes in einem konkreten Sektor kennen bzw. zu würdigen wissen, versuchen zwei Fragen zum Gesundheitswesen abzuklären.

In der Gegenüberstellung mit anderen Ausgabengruppen werden die Ausgaben für den Gesundheitsdienst generell unterschätzt (s. Kap. 4.3 Zweite Umfrage). In einer geschlossenen und offenen Frage mit je der Hälfte der Stichprobe wird die absolute Höhe der Ausgaben des Bundes dann allerdings wieder überbewertet. Möglicherweise erfolgt die zu hohe Schätzung hier vor allem unter dem Eindruck der in der Oeffentlichkeit doch stark Beachtung findenden, wachsenden Defizite der Krankenhäuser. Auf alle Fälle verbindet der grösste

Teil der Befragten mit dem Gesundheitswesen vor allem die Krankenhäuser (72%). Alle anderen Leistungen des Staates werden in einer entsprechenden offenen Frage weit weniger häufig genannt: Krankenversicherung von 40% der Befragten, Forschung von 13% und alle anderen Leistungen (Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal, IV, Präventivmedizin etc.) von weniger als 10%. Grundsätzlich zeigt sich auch hier, wie schlecht die Bevölkerung das ganze Spektrum der Leistungen der öffentlichen Hand in Wirklichkeit kennt.

Zu .. "Sparvorschläge" (s. Kap. 3.5 Erste Umfrage)

Eine offene Frage nach Einsparungsmöglichkeiten ergab weitgehend die gleichen Resultate wie in der ersten Umfrage, obwohl sich diesmal sämtliche Befragte dazu äussern konnten und nicht nur diejenigen, die in einer Filterfrage Ausgaben senkungen explizit wünschten. Zwei Drittel der Nennungen fallen auf die Ausgabenbereiche Landesverteidigung, Infrastruktur und Verwaltung. Alle drei Sektoren sind relativ noch stärker gewichtet als in der ersten Umfrage (Landesverteidigung 32% gegenüber 29%, Infrastruktur 18% gegenüber 9% und Verwaltung 18% gegenüber 14%). Ein Drittel der Befragten erwähnen in einer völlig offenen Frage spontan die Landesverteidigung als Einsparungsobjekt, bei einzelnen Merkmalsgruppen sind es sogar die Hälfte der Befragten (Untere Angestellte und Beamte 50%, französische Schweiz 44%, SPS 46%). Eine Senkung der Ausgaben für die Verwaltung wird überdurchschnittlich häufig von den Gegnern der MWSt. und des Finanzpaketes gefordert. Vielleicht doch ein Hinweis auf ein zum Teil nicht sachbezogenes, sondern eher allgemein staatspolitisch motiviertes (gegen "Bern" gerichtetes) "Nein" der Gegner einer Steuerreform.

Zu 5 "Kenntnisstand über die Struktur der Einnahmen"

50% der Befragten sehen sich nicht in der Lage, die absolute Höhe der Bundeseinnahmen zu schätzen und nur 9% liegen in der Nähe des tatsächlichen Wertes (+/- 2 Mrd.). Ein Grossteil der falsch Antwortenden überschätzt die Höhe der Bundeseinnahmen, dies wohl vor allem deshalb, weil sie den eigentlichen Wert (Kaufkraft) einer Milliarde Franken nicht kennen bzw. unterschätzen (s. 4.1).

Zu 5.1 "Direkte und indirekte Steuern"

Bevor in einer geschlossenen Frage anzugeben war, wie sich direkte und indirekte Steuern auf die Bundeseinnahmen verteilen, hatten die Befragten die beiden Steuerarten in einer offenen Frage zu charakterisieren. Die meisten Antworten sind zwar wenig präzise; immerhin können aber doch etwa drei Viertel der Befragten die beiden Begriffe verständlich auseinanderhalten oder zumindest je ein Beispiel nennen.

Von den beiden Steuerarten weniger bekannt sind die indirekten Steuern. Auffallend ist hier vor allem der geringe Kenntnisstand der Frauen, der weit unter demjenigen des Stichprobendurchschnittes liegt. 36% der Frauen sind nicht in der Lage, mindestens ein Beispiel für eine indirekte Steuer anzugeben (Stichprobe: 24%). Viele Frauen scheinen nicht zu wissen, dass schon jetzt, d.h. vor der Einführung der MWSt. ihr täglicher Warenkorb mit indirekten Steuern belastet ist.

Zu 5.2 "Kenntnisstand betreffend Einnahmeausfall durch Reduktion von Zolleinnahmen"

Die ungefähre Wirkung von Zollsenkungen ist im Gegensatz zur absoluten Höhe der entgangenen Zolleinnahmen weitgehend bekannt. Drei Viertel der Antwortenden erwähnen als positive Wirkung Handelserleichterungen sowie, vielleicht etwas zu optimistisch, Preissenkungen, und nur 7% vermögen in einem Zollabbau keine Vorteile erblicken. Auf der anderen Seite weisen zwei Drittel der Befragten auf den Zusammenhang zwischen Zollsenkungen und Einnahmeausfall für den Bund, teilweise in Verbindung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit Ersatzsteuern einzuführen. Nur je etwa 20% der Befragten wissen keine Vor- oder Nachteile aufzuzählen.

Ein Vergleich der Argumente zeigt, dass die Stimmbürger die Entwicklung zu Freihandelszonen generell eher positiv beurteilen. Umso notwendiger wird das Herausstreichen der Tatsache, dass mit der MWSt. nicht nur die WUST sondern auch der Ausfall von Zolleinnahmen kompensiert werden soll.

Zu 7 "Steuern in Gemeinde, Kanton und Bund: Steuerharmonisierung"

Eine Mehrheit der Befragten äussert sich gegen unterschiedliche Steueransätze in den einzelnen Gemeinden und Kantonen. In einer offenen Frage

nach den Vorteilen der gegenwärtigen Regelung sehen 63% explizit keine Vorteile oder können zumindest keine solche nennen. 11% der Befragten erwähnen positiv die Möglichkeit der individuellen Wahl des Wohnsitzes in einer steuergünstigen Gemeinde und weitere 7% unterstreichen ganz grundsätzlich den Wert föderalistischer Regelungen (Gemeinde- und Kantonsautonomie).

Nur 43% der Befragten sehen auf der anderen Seite keinen Nachteil (bzw. können keine Nachteile angeben). Als Nachteile hervorgehoben werden besonders die ungleiche und somit ungerechte Besteuerung der Bewohner eines gleichen Landes (30%) sowie die Möglichkeit der Abwanderung hoher Einkommensklassen in steuergünstige Regionen (15%).

In einer geschlossenen Frage nach der Wünschbarkeit einer Steuerharmonisierung antworten denn auch 68% mit "Ja". 23% der Befragten äussern sich negativ zu einer Steuerharmonisierung und 7% besitzen keine Meinung. Eine Auswertung der Antworten nach Gemeindegruppen mit gleicher Steuerbelastung ist mit den in dieser Umfrage gewonnenen Daten leider nicht möglich. Immerhin zeigt sich, dass die Bevölkerung der französischen Schweiz eine Steuerharmonisierung nicht stärker unterstützt, obwohl sie durchschnittlich doch eher stärker besteuert wird als die Bevölkerung der deutschen Schweiz. Der Prozentsatz der Befürworter liegt in der Deutschschweiz im Gegenteil sogar signifikant höher als in der französischen Schweiz (74% zu 52%). Zwei Gründe mögen für dieses Resultat verantwortlich sein: Kantonale Autonomierechte werden in der französischen Schweiz generell höher eingestuft als in der deutschen Schweiz, d.h. die Romands sprechen sich eher gegen zentralistische Lösungen des Bundes aus als die Deutschschweizer. Dass diese generell für Minderheiten Gültigkeit besitzende Einstellung auch bei einer Frage spielt, wo die zentralistische Lösung (Steuerharmonisierung) der eigenen Interessenlage eher entsprechen würde, mag damit zusammenhängen, dass die Bevölkerung ihre konkrete Interessenlage gar nicht kennt, d.h. gar nicht weiss, wie ihr Wohnort im Verhältnis zu anderen Gemeinden besteuert wird.

Zu 8.1 "Einstellung zu amtlichen Erläuterungen"

Nur 23% der Befragten stehen amtlichen Erläuterungen zu Abstimmungsvorlagen ablehnend gegenüber. 40% dieser Gegner amtlicher Entscheidungshilfen vermögen ihr "Nein" zudem nicht oder nur wenig konkret ("Hat keinen Sinn",

"Geringer Nutzen" etc.) zu begründen. Nur 26% oder ganze 6% aller Befragten argumentieren mit zu hohen Kosten bzw. einer zusätzlichen Verteuerung der Abstimmungen, und weniger als 10% oder 2% der Stichprobe befürchten eine unobjektive Beeinflussung des Bürgers.

Zu 8.3 "Bevorzugte Informationsmittel"

Eine den geschlossenen Fragen vorangestellte offene Frage versucht ebenfalls abzuklären, wie sich die Stimmbürger vor Abstimmungen orientieren, d.h. auf welche Orientierungshilfen sie am ehesten zurückgreifen.

Wichtigste Orientierungshilfen sind die Zeitungen, gefolgt von Fernsehen und Radio; die gleiche Rangfolge also, die auch mit den geschlossenen Fragen ermittelt wurde. Wie die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt, werden aber doch einzelne Entscheidungshilfen etwas anders gewichtet, wenn sie dem Befragten nicht als Antwortkategorien vorgelegt werden. Durch die getrennte Auflistung von Erstnennungen und Zusatznennungen wird zudem ersichtlich, dass einzelne Informationsquellen vornehmlich als Zweitinformanten Verwendung finden.

Tabelle s. nächste Seite

Zeitungen und Fernsehen werden noch stärker betont als in der geschlossenen Frage; Zeitungen sind eher primäre, Fernsehen und vor allem das Radio eher sekundäre Informationsquellen. Die Gegner der MWSt. und des Finanzpaketes sowie die Unentschiedenen in bezug auf die MWSt. sind durch die Massenmedien generell schlechter ansprechbar. Besonders gute Zeitungsleser sind die Sympathisanten der FDP, besonders schlechte, die weischen Stimmbürger.

Schwächer gewichtet wird in der offenen Frage die Bedeutung der Familie als Meinungsbildungsinstitution. Eine völlig untergeordnete Rolle als Informationshilfe scheinen Ehefrauen zu besitzen, werden sie doch von nur einem Prozent der männlichen Befragten explizit erwähnt (gegenüber immerhin 14% der weiblichen Befragten, die ihren Ehegatten nennen). In ländlicher Umgebung besitzt die Familie als politisches Forum ein noch etwas stärkeres Gewicht. Die Merkmalsgruppen "Land" (als Wohnsitz) und "Landwirte" (als Berufsgruppe) liegen deutlich über dem Stichprobendurchschnitt.

Die Partei erweist sich auch diesmal als wenig wirksame Entscheidungshilfe.

Tabelle: "Bevorzugte Informationsmittel"

Informationsmittel	Erst- Nennungen in %	Zusatz- Nennungen in %	Total	Abweichende Merkmalsgruppen Erstnennungen in %	
Zeitungen	30	18	48	Befürworter MWSt.	40 +
				Befürworter Finanzpaket	35 +
				FdP	37 +
				französische Schweiz	22 -
Fernsehen	12	22	34	Landwirte	19 +
Radio	6	16	22		
Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen	9	7	16	Arbeiter	13 +
				Unentschlossene MWSt.	14 +
Familie, Ehepartner	7	6	13	Mann	1 -
				Frau	14 +
				Landwirte	17 +
Partei	4	5	9	CVP	9 +
				"Uebrige" Parteien	9 +
				SVP	7 +
				FdP	1 -
Amtl. Erläuterungen, Flugblätter, Werbe- material	5	2	7	Unentschlossene MWSt.	1 -
				Arbeiter	3 -
Massenmedien (undifferenziert)	2	2	4		
Diskussionen (undifferenziert)	10	6	16		
Anderes, Keine Antw.	15	16			

Dabei ist allerdings zu beachten, dass deren Einfluss indirekt über sämtliche anderen Informationsquellen und besonders über mehr oder weniger partei-gebundene Zeitungen wirken kann.

In der gegenwärtigen individuellen Meinungsbildung besitzen die dem Abstimmungsmaterial beigelegten amtlichen Erläuterungen praktisch keine Bedeutung. Die entsprechende Kategorie, die ja neben den amtlichen Texten zusätzlich Flugblätter und ähnliches "Werbematerial" zusammenfasst, wird von nur 5% der Befragten und sogar nur von 3% der befragten Arbeiter spontan als Orientierungshilfe genannt. Unterdurchschnittlich tief liegt der Prozentsatz der Nennungen auch bei den Unentschlossenen in bezug auf

die MWSt. (1%). Nur wenn sich Form und Sprachniveau amtlicher Informationen den tatsächlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen einer Mehrheit der Stimmbürger anpasst sind diese anzusprechen und das Potential heute noch Unentschlossener in die gewünschte Richtung zu motivieren.

H.P. Hertig
Forschungszentrum für schweizerische Politik
(i.A. Prof. Gruner)

Der Informationsgehalt

der Meinungsumfrage über die Finanzgesinnung von Schweizer Bürgern

Beurteilungskriterien

- 1 Grundeinstellungen
 - 11 Faktoren, die eine positive Einstellung zur Finanzreform erleichtern oder fördern.
 - 12 Faktoren, die eine positive Einstellung erschweren oder verhindern.

- 2 Argumentierung (Logische Seite)

Wir unterscheiden:

 - 21 Bis zu welchem Grade sind gegnerische Argumente widerlegbar?
 - 22 Unter welchen Voraussetzungen können Pro-Argumente fruchtbar und ohne grosse Risiken eingesetzt werden?
 - 23 Unter welchen Voraussetzungen können Pro-Argumente negativ oder kontraproduktiv wirken?
 - 24 Wie können Pro-Argumente auf die verschiedenartigen befürwortenden und gegnerischen Gruppen abgestimmt werden?
 - 25 Welche Pro-Argumente können am ehesten mit einem optimalen Konsens rechnen?

- 3 Psychologische Seite
 - 31 Die Wirkung gravierender Wissenslücken.
 - 32 Wo und wie weit spielt bei der Meinungsbildung ein Voreingenommenheitsmechanismus, der Nachteile aufbläht und Vorteile herunterspielt?
 - 33 Wie wirkt sich die Vorausschbarkeit positiver und negativer Auswirkungen aus?

1. Allgemeine Fragen des Finanzhaushaltes

Ein Volk, das über seine Steuerleistungen selbst zu befinden hat, sollte sich konkrete Vorstellungen über die Grössenverhältnisse des Bundeshaushaltes machen können. Die mangelnden Kenntnisse auf diesem Gebiet stellen eine schwere Hypothek für die Finanzreform dar. 40 % der Befragten wissen z.B. nicht, aus wie vielen Millionen sich eine Milliarde zusammensetzt, und unterschätzen die Kaufkraft einer Mia (Kosten für ein Flugzeug, für eine Weltreise). 99 % kennen die Grösse des BSP (140 Mia) nicht. Man kennt weder die Höhe des Budgets noch die Grösse des Defizits und kann den Nachteil von Ausgabenüberschüssen nicht begründen.

Der Gegner besitzt hier zahlreiche Angriffsflächen. Er kann mit Riesensummen jonglieren und findet bei den Gegnern des Finanzpaketes die Bereitschaft, das Defizit zu maximalisieren, ja die Finanzkatastrophe zu dramatisieren. Das geschieht vor allem, indem man die Zunahme des Defizits mit nominalen, nicht deflationierten Zahlen als ungeheuerlich erscheinen lässt und den Bund der Fahrlässigkeit in seinen Ausgaben seht. Der Bundeshaushalt als "Fass ohne Boden". Da genaue Kenntnisse über das BSP fehlen, kann der Stimmbürger Angaben über den Anteil der Bundes- oder Staatsausgaben und der Sozialversicherungsleistungen am BSP nicht selbständig beurteilen und kontrollieren.

Zur Rechtfertigung der Reformbedürftigkeit des Bundeshaushaltes sollte deshalb der Staats- und Sozialversicherungsanteil am BSP mit den notwendigen Vorbehalten international verglichen werden. Man konsultiere die Zahlen der 2. Lieferung des 2. Berichtes S. 4-5. Der Vergleich mit der Einstellung zum Finanzpaket ergibt, dass dieses umso eher angenommen wird, je besser der Schweizer weiss, dass er auch heute steuerlich noch besser gestellt ist als die Bürger der verglichenen Länder (Schweden, GB, USA, BRD).

Als wichtigstes Gegenargument erscheint mir der Nachweis, warum die staatlichen Dienstleistungen im Verhältnis zur Produktivität teurer sind als die privaten. Dann muss ganz allgemein gezeigt werden, dass der Dienstleistungssektor unabhängig vom öffentlichen oder privaten Bereich nur sehr beschränkt rationalisiert werden kann.

Es ist ferner der Tatsache Rechnung zu tragen, dass 58 % der Befragten den Bund als zu wenig sparsam bezeichnen. Für diese Haltung scheint es folgerichtig, das Heil für die Sanierung des Bundes-

haushaltes ausschliesslich in einer Senkung der Ausgaben zu suchen (44 % der Befragten). Immerhin sehen von den restlichen 56 % insgesamt 49 % ein, dass der Bund ausserdem zusätzliche Einnahmen benötigt. Hier ergibt sich die Möglichkeit für einen optimalen Konsens: 53 % der Befragten stehen – mit leichten Variationen – auf dem Boden der Motion Weber-Uri (Plafonierung oder gebremstes Wachstum der Ausgaben).

2. Die Ausgabenseite

Hier fällt die mangelnde Kenntnis der realen Grössenordnungen weniger ins Gewicht als der Voreingenommenheitsmechanismus. Die Richtung, in der die Sparvorschläge zielen, wird durch ein stark verzerrtes Bild der Ausgabenbelastung bestimmt. Was man nicht leiden mag, bläht man künstlich auf, um es hernach als besonders abbaubedürftig darzustellen. Die falsche Gewichtung der Ausgabenposten ist also ausschlaggebend dafür, wie man die Präferenzen für Sparübungen und Mehrausgaben setzt. Was das erste betrifft, so werden davon vor allem Landesverteidigung, Verwaltung, Strassenbau, Subventionen und Entwicklungshilfe betroffen. Der Mechanismus kommt am deutlichsten in der Einschätzung der Verwaltung zum Ausdruck. 40 % der Befragten erblicken die Beamten der Zentralverwaltung im Vergrösserungsglas Parkinsons; statt bloss 32'000 sind es über 50'000, für 20 % sogar 75-100'000! Der Anteil der Beamtgehälter an den Bundesausgaben wird durchschnittlich auf 25,4 % anstatt auf 11,7 % (real) geschätzt. Als Illustration legen wir die Grafik Ausgabenbewertung bei. Deren Kommentar findet sich auf S. 5/6 der 2. Lieferung des zweiten Berichtes.

In einer besonderen Tabelle wird zusammengezogen, wie die 12 Ausgabenposten des Bundes nach ihrem effektiven Anteil und nach der Durchschnittlichen Schätzung rangmässig geordnet sind. (Vgl. Spalten 1-5, S. 4a).

In der ersten Spalte werden die effektiven Anteile der 12 Ausgabegebiete aufgeführt. Aus der zweiten und der dritten Spalte kann man die Unterschiede zwischen der realen und der geschätzten Reihenfolge entnehmen. Wenn man die Antworten betr. Einstufung gewichtet und innerhalb der 12 Posten auf eine Skala von 1-100 überträgt, ergeben sich die Ziffern in Kolonne 5. Zur Erleichterung des Vergleichs habe ich die effektive Rangfolge in Spalte 4 ebenfalls auf die Skala 1-100 übertragen. Wenn die Zahlen in der geschätzten Reihenfolge

alt. 50
 2003

Ausgabenbewertung

Effektive Rangfolge ()	Geschätzte Rangfolge ()						% Ueber/Unter- schätzung *	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	über- schätzt	unter- schätzt
(1) Unterricht/Forschung (Fr. 1152.-)	10	20	22	21	14	10	-	87
(2) Gesundheit (Fr. 525.-)	8	23	23	25	10	8	8	66
(3) Benzin (Fr. 500.-)	2	7	10	14	23	41	9	78
(4) Militär (Fr. 484.-)	62	15	10	6	3	3	87	6
(5) Landwirtschaft (Fr. 275.-)	14	26	24	15	10	9	79	9
(6) Umweltschutz (Fr. 264.-)	3	7	10	16	35	26	71	-

* Das Total ergibt nicht 100 %, da ca. 3% nicht einstufen

tiefer sind als in der effektiven, zeigt sich hierin das Ausmass der Ueberschätzung an und umgekehrt. Das Maximum der geschätzten Ausgaben liegt oben bei 1. Beseichnend sind die grossen Ueber-schätzungen bei Behörden und Verwaltung (-30), Nationalstrassen (-29), Bahnen (-23), Forschung (-19), Hochschulen (-18). Ebenso auffallend ist die Unterschätzung bei den Finanzausgaben, d.h. im Transferbereich (+ 18).

Anschliessend folgen zwei Kolonnen (6+7), welche die Präferenzen für Einsparungen und Mehrausgaben aufweisen. Die Befragten wurden aufgefordert, wo sie "etwas oder viel mehr" resp. "weniger", und wo sie gleich viel ausgeben wollten. In der 6. Spalte wurde aus den möglichen Nennungen das arithmetische Mittel zwischen (-1) und (+1) berechnet. Durch Multiplikation mit 100 wurden die Zahlen auf eine Skala von (-100) bis (+100) übertragen. Je grösser die Minuswerte, umso grösser die Spardringlichkeit. In der 7. Spalte wird diese Skala in eine einzige, mit 1 beginnende Reihenfolge umgerechnet; die niedrigste Zahl weist auf die grösste Spardringlichkeit hin (Landesverteidigung); die höchste auf den Wunsch nach maximalen Aufwendungen (Krankenversicherung). Die Kolonnen 8-10 lassen die Beziehungen zwischen Spar- und Mehrausgabenpräferenzen einerseits und der Einstellung zum Finanzpaket andererseits erkennen. Die Spalte 10 zeigt, um wie viel stärker man sparen will, als der Durchschnitt es tut.

In der Argumentierung wird man darauf zu achten haben, dass "linke" und "rechte" Ohren auf diese Situation grundsätzlich verschieden reagieren. Für alle Mitte-Rechtskreise wird die Spar-Maximierung bei der Landesverteidigung als Alaraglocke gegen übertriebene Einsparungen verstanden werden. Für die Mitte-Linkskreise, Frauen und Alte gilt dasselbe für die Sozialversicherung, die Verbilligung des Konsums und die Forschung. Ein optimaler Konsens dürfte nur für Sparmassnahmen auf dem Gebiete des Strassenbaus bestehen. Die latente Feindschaft gegen die Beamten lässt sich wohl nur mit der Ueberzeugungskraft der realen Zahlen bekämpfen. Ein wesentliches Argument für die geplante Finanzreform besteht darin, dass alle gefallenen oder gebilligten alternativen Sparvorschläge entweder unergiebig sind (Strassen- oder Tunnelbenützungszölle) oder verraten, dass man ihre volkswirtschaftlichen Konsequenzen nicht zu sehen vermag: z.B. der Versicht auf Investitionen bei den Bahnen. Der sporadisch geforderte

Bewertung der Bundesausgaben nach Umlage für Sparmaßnahmen oder Nebenleistungen 4a

Ausgabengruppe des Bundes	1 Anteil	2 Rang effektiv	3 Rang nach Einstellung	4 Rang effektiv Klasse 1 -100	5 Rang gesamt Klasse 1- 100	6 Minimum in Prozent des Einkommens genügend	7 Gesamtwert Bürgerschaft auftrag	8 Einstellung 2. Finanzpost.		
								9 %	10 Kasse	
1. Entwicklungshilfe	2%	12	8	100	86	-01	86	99	67	-19
2. Landesverteidigung	21%	1	1	8	1	-86	1	1	1	—
3. Hochschulen	5%	81	9	67	59	+05	92	93	81	-11
4. Forschung	3%	11	11	92	73	+35	122	125	85	-37
5. Alters- und Invalid.	12%	3	10	25	27	+25	112	119	100	-12
6. Krankenversicherung	5%	82	12	67	65	+39	126	129	115	-11
7. Naturschutzwesen	8%	6	2	50	21	-49	38	38	38	-6
8. Bahnen	5%	83	7	67	44	=05	82	97	82	-15
9. Landwirtschaft	10%	5	6	41,6	45	-18	69	75	51	-18
10. Behörden / allg. Verw.	4%	10	3	83	53	-48	39	41	28	-11
11. Finanzausgaben	11%	4	5	33,3	51,1	-27	60	43	26	-34
12. Diverses	14%	2	4	16,6	97	-40	47	51	36	-11

Uebergang zum Verursacherprinzip ist politisch wenig verheissungsvoll, wenn man an die Alternativvorschläge bei der Krankenversicherung denkt (Franchise: nur 25 %; Lohnprozente: 50 %).

Eine besondere Note in der Sparmentalität zeigen die Kürzungsvorschläge im Transferbereich (Finanzausgaben). Auch hier herrscht der Voreingenommenheitsmechanismus. Man minimalisiert die Subventionen des Bundes an Kantone und (indirekt) Gemeinden umso mehr, je mehr man von solchen Transferausgaben profitiert. Teilt man die Befragten nach ihrer Kantonsherkunft in drei Gruppen ein, deren Kantone als finanzstark, mittelstark und finanzschwach bezeichnet werden können, und lässt sie den Bundesanteil an ihrem Wohnkanton innerhalb einer Kubrik von 10-100 % schätzen, kann man die durchschnittlichen, effektiven mit den geschätzten Werten vergleichen:

Kantonsgruppen	Effektiver	Geschätzter Anteil
Finanzstark	15,4 %	20,7 %
Mittelstark	27,7 %	24,6 %
Finanzschwach	52,5 %	31,8 %

Die Finanzreform könnte daran scheitern, dass gerade die Grossempfänger es ablehnen, den Bund mehr Steuern zukommen zu lassen. Auf die Frage, ob Bund, Kanton oder Gemeinde eher mehr oder weniger Steuern bekommen sollen, schneidet der Bund mit Abstand am schlechtesten (-32), die Gemeinde weitaus am besten ab (+42). Es besteht also ein Abwehrdispositiv, das Schlagwörtern wie "eidgenössischer Steuervogt" einen fruchtbaren Boden bereitet. Pro-Argumente könnten darin bestehen, dass man den Grossempfängern die tatsächlichen Bundesanteile an den Kantonsbudgets vor Augen hält und darauf hinweist, dass bei einer Verwerfung der Vorlage in erster Linie bei den Transferausgaben gespart werden müsste. Die Kenntnis der realen Aufteilung auf Bund (40 %), Kanton (33 %), Gemeinde (27 %) könnte von Nutzen sein, ferner die Vergleichszahlen auf S. 17/18 der 2. Lieferung des zweiten Berichtes. Schliesslich müsste die Erhöhung der Kantonsanteile am Wehrsteuerertrag ins Feld geführt werden. Doch darf man nicht vergessen, dass diese Argumente gerade dort kontraproduktiv wirken könnten, wo man sich als "Steueresel" zugunsten der finanzschwachen Kantone diskreditiert fühlen kann. Einer solchen Empfindung kann nur mit dem Argument der Steuerharmonisierung entgegengetreten werden.

3. Die Einnahmenseite

Hier dürften sich die Kenntnislücken vor allem als Handicap auswirken. Im Hinblick darauf, dass die MWSt. die pièce de résistance der neuen Vorlage ist, wirkt es beängstigend, dass man das Gewicht der indirekten Steuern unterschätzt, und dass man zu wenig oder nichts davon weiss, wie gross der sollabbaubedingte Einnahmenausfall beim Bund ist. Die WUST ist in den "Preisen verschwunden" und wird gerade von den Hausfrauen nicht als Steuerbelastung realisiert. Somit wird die MWSt. als neue und darum besonders drückende Steuer empfunden. Sie leidet unter einem vorwiegend negativen Image. Die grosse Mehrheit der Befragten hat keine konkrete Vorstellung davon, wie die Mehrwertsteuer technisch funktioniert, wie stark sie den Steuerzahler belastet. Sie steht im Ruf, die Inflation neu anzukröbeln, und zwar gerade in einem Zeitpunkt, da man ihrer Herr geworden sei. Sie soll die unteren und mittleren Klassen besonders belasten und einen überdimensionierten Beamtenapparat erfordern.

Die Gegenargumente müssten hauptsächlich nach den Gruppen spezifiziert werden, an die man sich richtet. Ein optimaler Konsens kann wohl nur darin gesehen werden, dass man die Befreiung des täglichen Bedarfs herausstreicht und so darauf hinweist, dass man in dieser Beziehung besser führt als mit der WUST. Es muss bei der Erläuterung der Technik bewiesen werden, dass sie die Lasten gerechter verteilt als die WUST, und dass sie einfacher erhoben werden kann. Dem Argument, dass sie auf jeden Fall auf den Konsumenten abgewälzt werde, kann man mit dem Hinweis auf die zunehmend spielende Konkurrenz begegnen. Damit wird man freilich bei jenen Gruppen kontraproduktiv wirken, welche sich von der MWSt. besonders, direkt und neu betroffen sehen und es z.T. auch sind. Gerade sie wird man wohl kaum bekehren können. Notgedrungen muss man die Schützenhilfe dort suchen, wo die Produzentenseite geschont wird (Exportindustrie, Bauern, Wirte infolge der Sonderregelung). Für die Arbeiter ist via Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie das Argument wichtig, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. Im allgemeinen wird man mit der unabänderlichen Tatsache rechnen müssen, dass keine Steuer beliebt ist, welche die Gesamtheit belastet.

Umso wichtiger ist es, das Junktin zwischen MWSt. und der Neugestaltung der WEST hervorzuheben. Die Frage nach der Nennung neuer Steuerquellen hat eine überwiegende Beliebtheit für die Reichtumssteuer ergeben. Diesem Postulat ist man bei der Gestaltung der WEST

nur massvoll entgegengekommen. In dieser Beziehung fehlt also dem Finanzpaket ein optimaler Konsens. Doch ist dieser Mangel soweit kompensiert worden, dass mindestens eine Brücke zwischen den beiden Interessenblöcken entstanden ist. Die WEST-Befreiung von 50 % der potentiellen Steuerzahler kann als Alternative zur Reichtumssteuer gelten. Die Herabsetzung der Mindestgrenze von 25'000 auf 18'000.- Fr. widerlegt den Eindruck, dass ein allzu grosses Heer von Gratisbürgern entsteht, und dass die höheren Einkommensklassen als "Steueresel" die neuen Lasten allein tragen müssten. Als Äquivalent zur Steuerfreiheit darf ferner die gebremste Progression bezeichnet werden. Und schliesslich soll die Steuerbefreiung bei der WEST die steigende Belastung der breiten Massen durch die MWSt. erträglich machen. Die Kompromisse, welche die Räte in dieser Beziehung geschlossen haben, entsprechen grosso modo der Mehrheitsmeinung der Befragten und sollten mithin diesen "Brücken-Konsens" politisch wirksam machen. Freilich ist damit noch keineswegs gesagt, ob mit dem ganzen Steuerpaket in der heutigen Rezessionslage die tolerierbare Grenze nicht überschritten worden ist.

4. Die Tragbarkeit der Steuerlast

Nach unserer Umfrage empfinden 71 % die Steuerbelastung in der Schweiz als tragbar. Trotzdem muss eine neue Steuervorlage damit rechnen, dass sie von den Gegnern als untragbar erklärt wird. Sie können dabei die latente Neigung der Bürger ausbeuten, Steuern als Beschneidung des persönlichen Einkommens zu empfinden. Diese Haltung wird auch hier durch den bekannten Mechanismus gesteuert, den Steueranteil am Einkommen zu maximalisieren und den zu freier Verfügung stehenden Konsumanteil zu minimalisieren (vgl. für das erste Beilage im 1. Bericht, geschlossene Fragen, S. 19 f; 2. Bericht, 2. Lieferung S. 14 ff). Nimmt man z.B. die durchschnittlichen Jahresunterhaltskosten für ein Automobil mit Fr. 7000.- an, so erstaunt es nicht, dass genau 75 % aller Autobesitzer im Durchschnitt eine Summe von nur Fr. 3600.- auswählen. Der Abwehrmechanismus geht aber so weit, dass man sich selbst von den Konsumverbilligenden Leistungen keine Rechenschaft ablegt. Die Hälfte der Befragten unterschätzen z.B. die staatliche Brotpreisverbilligung ganz massiv. Auch hier: man ist umso weniger bereit darauf zu verzichten, je geringer der subventionierte Betrag erscheint. Für das Schicksal des Finanzpaketes ist es von grosser Bedeutung, dass die Ablehnung von MWSt. und Finanzpaket umso mehr wächst, je

weniger man zum Verzicht auf solche Subventionen bereit ist. Das hängt einmal damit zusammen, dass die vom Staat angebotenen Güter als Freikarten betrachtet werden, weil sie unabhängig von der Höhe der Steuerleistung erteilt werden. Sodann kommt in dieser Mentalität zum Ausdruck, dass gerade die unteren und mittleren Schichten nicht in der Lage sind, eine Verbindung zwischen den objektiv feststellbaren Staatsleistungen und ihrem persönlichen Lebensbereich zu ziehen, weil sie den subjektiven Nutzen nur beschränkt wahrnehmen. Nun handelt es sich hier aber um okkasionelle oder schlechte Urnangänger. Die Gefahr besteht, dass sie eher durch ein Nein zur MwSt. zum Urnengang mobilisiert werden als durch ein Ja zu den durch ihre Ablehnung gefährdeten Leistungen.

Hier hilft nur eines: Aufklärung über die tatsächlichen Leistungen des Staates pro Kopf der Bevölkerung und die Möglichkeit ihres Wegfalls bei einer Ablehnung der Vorlage. Freilich können entsprechende Argumente gerade bei jenen Kreisen kontraproduktiv wirken, die solche Güter am ehesten verschmerzen können und darum Steuerwiderstand leisten. Das Thema der Steuerbelastung kann also nur durch Umwege konsensbildend wirken. Man müsste die staatlichen Leistungen in einem noch umfassenderen Rahmen aufdecken und dabei etwa daran erinnern, dass auch innere und äussere Sicherheit gefährdet werden, wenn man dem Bund die hierzu notwendigen Mittel versagt. Internationale Vergleiche des Anteils der Militärausgaben am BSP könnten dabei hilfreich sein.

Die obigen Gedanken sind nur eine kleine Auswahl aus unserem Stoff. Ich erkläre mich bereit, mein Wissen für die Herstellung einer ansprechenden Informationsbroschüre zur Verfügung zu stellen. Nur müsste man mit der Vorbereitung sofort anfangen. Wie die Umfrage ergeben hat, wird eine "narrensichere" Information von 75 % der Befragten begrüsst. In einer solchen Broschüre müsste man einleitend plausibel machen, weshalb der Bund eine Ausgabenexplosion verzeichnet. Man müsste sodann dem "Gesetz" der wachsenden Staatenausgaben dasjenige der wachsenden Privatbedürfnisse zur Seite stellen und zeigen, auf welche Weise der Staat zu der Deckung der Privatbedürfnisse beiträgt. Daraus kann dann zwingend gefolgert werden, dass man entweder neue Steuerquellen erschliessen müsse oder aber eine Kürzung des Staatsanteils an den Privatbedürfnissen zu gewärtigen habe. Das liesse sich auch für die Transferausgaben des Bundes zugunsten der Kantone machen.

Wabern, den 12.1.1977

sig. E. Gruner.

Zusammenfassender Bericht über die Finanzgesinnung schweizerischer Stimmbürger

1. Technisches und Methodisches

Der Gesamtbericht setzt sich aus sechs Teilen zusammen. Zwei von ihnen betreffen die geschlossenen und offenen Fragen der August-Umfrage; vier diejenigen vom Oktober 1976 (drei "Lieferungen" über geschlossene, ein Bericht über offene Fragen). Wir kürzen ab: 1. Ber., geschl., offen; 2. Ber., 1., 2., 3. Lief., off. Fragen. Ueber die Zusammensetzung der Stichprobe der 700 Befragten orientieren wir in Kap. 1 des 1. Ber. (S. 2-5) und im 2. Ber., 2. Lief. (S. 3-5). Die allgemeinen Merkmalsgruppen, nach denen die Stichprobe unterteilt wird, werden am Schluss der beiden Fragebogen (S. 12/13, S. 16/17) aufgeführt. Ausser mit diesen statistischen haben wir auch noch mit Einstellungsgruppen gearbeitet (z.B. Empfinden der Steuerbelastung, Einstellung zum Finanzgebaren). Ueber den Wechsel der Befragten in der zweiten Befragung und die entsprechenden Verschiebungen der Merkmalsgruppen innerhalb der Stichprobe vergleiche man den 2. Ber., 1. Lief., S. 3-5. Die Signifikanz der Häufigkeitsverteilungen erörtern wir am selben Ort, S. 5-7.

2. Grössenvorstellungen zu den Budgetzahlen

Ein Volk, das über seine Steuerleistungen selbst zu befinden hat, sollte sich konkrete Vorstellungen über die Grössenverhältnisse des Bundeshaushaltes machen können. Wie unsere Umfrage ergibt, ist dies nicht der Fall. 40 % der Befragten wissen z.B. nicht, aus wie vielen Mio sich eine Mia zusammensetzt, und unterschätzen die Kaufkraft einer Mia (Kosten für ein Flugzeug, eine Weltreise). 99 % kennen die Grösse des BSP (140 Mia) nicht. Der prozentuale Anteil der Bundes- oder Staatsausgaben am BSP vermag ihnen also nichts zu sagen (vgl. Abschnitt 6). So verwundert es denn nicht, dass 55 % keine Ahnung davon haben, wie gross das Bundesdefizit ist. In den Masse, wie man die Kaufkraft einer

Mia unterschätze, verharmlost man das Defizit. Umgekehrt: eine Mehrheit jener, welche das Finanzpaket ablehnen, neigt dazu, das Defizit als gross zu bezeichnen. Von den Befürwortern des Finanzpaketes sind es freilich nur 41 %. In der zunehmenden Verschuldung sieht man einen Nachteil, vor allem, weil man das Schuldenmachen moralisch für verwerflich hält (40 %). Doch können von den etwa 80 %, die sich über Vor- und Nachteile von Ausgabenüberschüssen äussern, zwei Drittel ihre Haltung nicht begründen. Nur 11 % weisen auf die steigenden Zinslasten hin. Die Frage, ob die schlechte Finanzlage durch Banknotenfabrikation gemeistert werden solle, beantworten 92 % mit Nein. Die Hälfte von ihnen begründet dies mit den inflatorischen Folgen einer erhöhten Geldmenge.

3. Einstellung zum Finanzgebaren des Bundes

Es ist bei den zitierten Antworten nicht anders zu erwarten, als dass 58 % der Befragten den Bund als zu wenig sparsam bezeichnen; 27 % äussern sich hiezu nicht. Folgerichtig erblicken 44 % das Heil für die Sanierung des Bundeshaushaltes ausschliesslich in einer Senkung der Ausgaben. Immerhin sehen von den restlichen 56 % insgesamt 49 % ein, dass der Bund ausserdem zusätzliche Einnahmen benötigt. Eine knappe Mehrheit (53 %) steht in diesem Sinne auf dem Boden der Motion Weber-Uri: 22 % wollen die Ausgaben plafonieren, 31 % nur mehr gebremst, im Rahmen des Wachstums ansteigen lassen. Aber selbst von den 261 Gegnern des Finanzpaketes sind 60 % der Meinung, das Defizit könne nicht allein durch Sparmassnahmen behoben werden.

4. Die Beurteilung von Einsparungsmöglichkeiten

Mit dem Ruf nach Sparen ist selten die Bereitwilligkeit verbunden, die entsprechenden Konsequenzen auch dort zu ziehen, wo man selbst davon betroffen wird. Man lebt auch in dieser Beziehung in einer illusionären Welt mit verschobenen Grössenordnungen. Die Richtung, in welche

die Sparvorschläge zielen, wird durch ein stark verzerrtes Bild der Ausgabenbelastung bestimmt. Bei 473 Antworten auf offene Fragen wurden am häufigsten spontane Vorschläge für Ausgabenkürzungen in folgenden fünf Ausgabegebieten gemacht (prozentuale Aufteilung): Landesverteidigung: 39 %; Verwaltung: 19 %; Strassenbau: 12 %; Subventionen: 10 %; Entwicklungshilfe: 5 %. Die am meisten genannten Begründungen lauten in der obigen Reihenfolge: "Unnötige, sinnlose Aufwendungen für Rüstung" (38 %); "schon jetzt zu viele oder genügend Nationalstrassen" (47 %); "aufgeblähter Personalapparat und zu hohe Löhne " (41 %); "die Bauern sind reich genug" (24 %). Als interessante Einzelheit erwähnen wir, dass 39 % gegen jede staatliche Wohnbauförderung plädieren. (Details: 1. und 2. Ber. off. Fr. S. 3, S. 5). Dass der Beamtenapparat so scharf aufs Korn genommen wird, beruht ebenfalls auf Ueberschätzungen. 40 % der Befragten erblicken die Beamten der Zentralverwaltung im Vergrösserungsglas Parkinsons; statt 32'000 sind es über 50'000, für 20 % sogar 75-100'000. Wer so denkt, ist Gegner des Finanzpaketes. Der Anteil dieser Beamtengehälter an den Bundesausgaben wird durchschnittlich auf 25,4 anstatt auf 11,7 % geschätzt. (2. Ber. 2. Lief. S. 6 f).

Die beiliegende Grafik zeigt, dass eine andere Fragestellung fast das gleiche Bild ergibt. Wenn man nämlich die Pro-Kopf-Ausgaben der öffentlichen Hand auf die fünf in der Grafik verzeichneten Gebiete zuteilen lässt, erhalten wir die folgende Schätzungs-Rangordnung. In der Spalte links haben wir die effektive Rangfolge der Ausgaben der von den Befragten geschätzten Rangfolge gegenübergestellt. Sie findet sich in der obersten Reihe. Die Angaben, die sich im jeweiligen Koordinatenkreuz befinden, zeigen an, wie gross der Anteil derer ist, welche die Rangfolge richtig geschätzt haben (bei der Landwirtschaft z.B. 10 %). 79 % klassierten die Ausgaben auf diesem Gebiet an erster (14 %), an zweiter (26 %), an dritter (24 %) oder an vierter Stelle (15 %), haben sie also überschätzt. Nur 9 % klassierten sie auf einem hinteren Rang, haben sie folglich unterschätzt. Alle Zahlen links von den in Koordi-

gelegenen auf Unterschätzung.

In den beiden hintersten Spalten haben wir die Anteile von Ueber- und Unterschätzung zusammengerechnet. Auch hier zeigt sich wieder die enorme Ueberschätzung der Militärausgaben (87 %) und das Gegenstück: die Unterschätzung der drei finanziell gewichtigsten Kategorien. Bezeichnend ist die Unterschätzung des Benzinverbrauchs (78 %). Auf diesen für die Einstellung zu den Konsumausgaben bezeichnenden Posten kommen wir im Abschnitt 6 zurück. Dass die beiden "Randgebiete" 1 und 6 nicht über- oder nicht unterschätzt werden, und dass vier von sechs Ausgabegebieten dicht nebeneinanderliegen, wirkt freilich verzerrend.

Die Frage, wo mehr und wo weniger gespart werden soll, wird im grossen Ganzen analog zu der Ueber- und Unterschätzung der einzelnen Ausgabegebiete beantwortet. Wir legen eine besondere Tabelle über die Einschätzung der Bundesausgaben und Sparvorschläge bei. In der linken Hälfte werden in der ersten Spalte die effektiven Anteile der Bundesausgaben aufgeführt. Aus der zweiten und der dritten Spalte kann man die Unterschiede zwischen der realen und der geschätzten Reihenfolge entnehmen. Wie man sieht, werden die Ausgaben für Nationalstrassen, Bahnen, Behörden, Forschung und Entwicklungshilfe viel zu hoch, die Transferausgaben des Bundes (Finanzausgaben) dagegen zu tief eingeschätzt. Wenn man die Antworten betr. Einstufung gewichtet und innerhalb der 12 Posten auf eine Skala von 1-100 überträgt, ergeben sich die in den Kolonnen 4 und 5 beigefügten Ziffern. Sie verdeutlichen die Rangordnungsunterschiede. Nur die vier unterstrichenen sind einigermaßen richtig placiert. Zur Erleichterung des Vergleichs habe ich die effektive Rangfolge in Spalte 4 ebenfalls auf die Skala 1-100 übertragen. Je tiefer die Zahlen in der geschätzten, verglichen mit der effektiven Reihenfolge liegen, desto stärker ist dieser Ausgabenposten überschätzt worden und umgekehrt. Das Maximum der geschätzten Ausgaben liegt eben bei 1.

Bezeichnend sind die grossen Ueberschätzungen bei Behörden und Verwaltung (-30), Nationalstrassen (-29), Bahnen (-23), Forschung (-19),

Hochschulen (-18). Bei den Randpositionen Entwicklungshilfe und Landesverteidigung erscheint die Ueberschätzung kleiner, als sie in Wirklichkeit ist, weil man am Rande weder unter- noch überbieten kann. Ebenso auffallend ist die Unterschätzung bei den Finanzausgaben, d.h. im Transferbereich (+18). Dass der Posten Diverses um 80 unterschätzt wird, liegt in der Natur der Sache.

In der sechsten Kolonne sind nun die Sparvorschläge verarbeitet worden. Obschon die Befragten in diesem Falle Kenntnis von der effektiven Höhe der Ausgabenposten hatten, schlägt indirekt auch hier die oben erwähnte, vorurteilsbedingte Fehleinschätzung durch. Die Befragten wurden aufgefordert anzugeben, wo sie "etwas oder viel mehr" resp. "weniger", und wo sie gleich viel ausgeben wollten. Aus den möglichen Nennungen wurde in der sechsten Spalte das arithmetische Mittel berechnet. Es bewegt sich zwischen (-1) und (+1). Wir haben die Skala zwischen 1 und 12 wie im vorhergehenden Fall durch Multiplikation mit 100 in eine Skala zwischen (-100) und (+100) verwandelt. Daraus ergibt sich die in Kolonne 6 aufgeführte Rangordnung. Die Aufgabengebiete, bei denen das Sparen als am dringlichsten bezeichnet wird, entsprechen den höchsten Minuswerten. Diejenigen, bei denen die Ausgaben vermehrt werden sollen, folgen in der Reihe der Pluswerte.

Zur Verdeutlichung haben wir in der Kolonne 7 die gewichtete Dringlichkeitsstufung für die Spar- und Mehrausgabenpräferenzen in eine einzige, bei 1 beginnende Reihenfolge gebracht. Was vorher in einer Skala von (-100) bis (+100) reichte, erscheint nun als kontinuierliche Reihe mit einem Maximum bei 126. Für diesen Posten (Krankenversicherung) wünscht man also maximale Aufwendungen des Bundes. Für den Posten 2 (Landesverteidigung) fordert man den grössten Abbau. Je näher beim Rang 1, umso höher die Dringlichkeit für Sparmassnahmen (Nationalstrassen: 38; Behörden, Verwaltung: 39; Landwirtschaft: 69; Finanzausgaben: 60; Bahnen: 82; Entwicklungshilfe: 86). In den letzten Spalten 8-10) erkennt man die Beziehungen zwischen Spar- und Mehrausgabenpräferenzen

einerseits und der Einstellung zum Finanzpaket andererseits. Die Befürworter unterscheiden sich kaum vom Durchschnitt, mit Ausnahme der Transferausgaben (60+43). Wie wir in Abschnitt 7 darlegen werden, wissen sie offenbar nicht, zu wessen Lasten eine Kürzung dieser Ausgaben ginge. Die Neinsager verzeichnen für alle Ausgabenkategorien geringere Werte. Sie wollen also überall stärker sparen, am stärksten (-34) bei den Transfer (Finanz-)-Ausgaben, bei der Forschung, bei der Landwirtschaft und bei der Entwicklungshilfe. Sie wollen also meist gerade dort sparen, wo sie vom Bunde als Nutzniesser am meisten Geld empfangen. Wir stossen hier auf ein zentrales Phänomen des politischen Verhaltens vieler, vielleicht sogar einer Mehrzahl der Stimmbürger. Sie vermögen die Verbindung zwischen den objektiv feststellbaren Leistungen des Staates und ihrem persönlichen Lebensbereich oder der Empfindung eines subjektiven Nutzens nur in einem beschränkten Masse oder nicht zu erkennen.

Die Vorschläge für Sparmassnahmen und Mehrausgaben sind nun mit den wichtigsten Merkmalsgruppen in Verbindung gebracht worden. Wir präsentieren diese Tabelle schon in diesem Zusammenhang, obschon wir erst am Schluss auf die Einstellung der Parteisympathisanten zu den wichtigsten Finanz- und Steuerfragen eingehen. Zuerst ein Wort zur Methode, nach denen die Zahlenwerte angegeben werden. Wir haben nicht die effektiven Minus- und Pluswerte angegeben, sondern die Differenzen zwischen dem Durchschnitt und den Worten der betreffenden Gruppe. Ein Beispiel: die Landesverteidigung.

Merkmalsgruppen	Freis.	CVP	SP	SVP	Div.P.	Keine P.
	- 59	- 64	-124	- 35	-103	- 86
Durchschnitt	- 86	- 86	- 86	- 86	- 86	- 86
Differenz	+ 27	+ 22	- 38	+ 51	- 17	0

Die Differenzen zeigen also, um wie viel positiver (Freisinn, CVP, SVP) oder negativer (SP, Diverse Parteien) die Sympathisanten der betreffenden Parteien dem durchschnittlich eingestuften ausgabenmässigen Gewicht gegenüber stehen. Im Vergleich zu anderen, bevorzugten

Aufgabengebieten stehen zwar die Sympathisanten aller Parteien der Landesverteidigung in gleicher Weise negativer gegenüber als z.B. der AHV oder der Forschung. Aber relativ am wenigsten abbauen möchten die Anhänger der SVP und relativ am meisten die der SPS. Wer sich die Zeit nimmt, diese Tabelle genau zu studieren, wird dabei ein bisher völlig unbekanntes Bild der politischen Landschaft der Schweiz entdecken.

Fragt man, ob die von Sparmassnahmen potentiell Betroffenen bereit sind, Einschränkungen oder Ersatzleistungen auf sich zu nehmen, ergibt sich ein vorwiegend negatives Bild. Die Befragten konnten bei der Krankenversicherung, bei der Sanierung der Eisenbahndefizite und der Kürzung von Agrarsubventionen zu je vier (im letzten Falle zwei) Vorschlägen mit "einverstanden", "nicht einverstanden", "keine Meinung" antworten. Schon die Tatsache, dass bei der Krankenversicherung 1700 negative und neutrale und nur 700 positive Nennungen erfolgten, spricht Bände. Bei den positiven Nennungen zieht man die Bezahlung durch Lohnprozente zur Hälfte der drei andern Vorschlägen vor: Erhöhung der Franchise (ca. 25 %), Kürzung der Bundessubventionen (17 %), Erhöhung der Steuern (10 %). Bei den Bahnen ergibt sich folgende Reihe: Weniger Investieren (56 %), Reduktion von Zügen (41 %), Stilllegung von Linien (33 %), Erhöhung der Fahrpreise (10 %). Die Verkürzung der Staatsausgaben ist gerade dort am beliebtesten wo man die Konsequenzen materiell nicht durchschauen kann (keine Investitionen).

5. Erschliessung neuer Steuerquellen

So verzerrt wie der Eindruck der Belastung durch die verschiedenen Bundesaufgaben, so verschwommen ist das Bild der staatlichen Einnahmen. Wir beginnen auch hier mit den spontanen Antworten auf die offenen Fragen. Denn in ihnen kommt jeweilen am ungeschminktesten zum Ausdruck, was "man" wirklich denkt. 50 % der Befragten sind nicht in der Lage, die absolute Höhe der Bundeseinnahmen zu schätzen. Nur 9 % liegen in der Nähe des tatsächlichen Wertes. Der Rest überschätzt sie (2. Ber., off. Fr., S. 5f). Der Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern

ist drei Vierteln der Befragten klar. Dass das Gewicht der indirekten Steuern unterschätzt wird (38 % anstatt real 64 % beim Bund), dürfte sich als schweres Handicap für die Einführung der MWSt. erweisen. Je weniger bekannt übrigens die WUST, desto weniger bekannt man sich zur MWSt. (2. Lief. 2. Ber., S. 7f). Bei den Frauen können z.B. 36 % kein einziges Beispiel für eine indirekte Steuer angeben. Wenn sie aber nicht einmal wissen, dass der tägliche Warenkorb schon heute durch die WUST belastet wird, werden sie und viele andere die MWSt. nicht als Ersatz für diese, sondern als total neue und entsprechend drückende Steuer empfinden (2. Ber. off. Fr., S. 6). Das gleiche gilt von den Zöllen und vor allem von vertragsbedingten Einnahmeausfällen. Spontan genannt werden Zölle als Bundeseinnahme nur in 22 % der Fälle (1. Ber., geschl., S. 22). Das hängt wohl damit zusammen, dass drei Viertel der Befragten diese im Hinblick auf die zollabbaubedingten Preisverbilligungen vom persönlichen Standort aus als nicht mehr relevant empfinden. Zwei Drittel erkennen spontan sogar einen Zusammenhang zwischen Zollsenkungen und Einnahmeausfall (2. Ber., offen, S. 6). Nur ein Viertel trifft jedoch zahlenmässig die Höhe des Verlustes, von dem die Bundeskasse betroffen wird. 30 % (60 % bei den Romands) haben davon keine Ahnung (2. Lief., 2. Ber., S. 8).

Wie gross ist die Bereitschaft, neue Steuern einzuführen? Beginnen wir auch hier mit den Spontan-Antworten. Von den etwas über 600, die auf diese Frage eingehen, ohne freilich dabei eine entsprechende Forderung zu formulieren, vermögen 52 % keinen einzigen konkreten Vorschlag zu machen. Selbst jene ca. 400, die bereit sind, neue Einnahmequellen zu erschliessen, bleiben im Hinblick auf praktikable Innovationen zur Hälfte stumm. Die MWSt. wird im ersten Fall nur von 2 %, im zweiten von niemandem genannt. Die einzigen realisierbaren Anregungen betreffen Strassen-, insbe. Tunnelbenützungsgebühren, vorwiegend für Ausländer (ca. 10 %; 1. Ber. offen, S. 8ff).

Aufschlussreicher ist die folgende Tabelle. Sie verarbeitet die Häufigkeit von Nennungen, die auf die Frage gegeben werden konnten, welche der folgenden direkten und indirekten Steuern als sehr gut, ziemlich gut oder ungünstig beurteilt werden. (1. Ber., geschl. S. 24 ff). Wir haben folgende Gruppen gebildet: Vgl. dazu Photokopie S. 25, Tabelle 1.

Die Tabelle zeigt deutlich, dass sich die Belastung hoher Einkommen der grössten Beliebtheit erfreut. Die Reichtumssteuer allein (auf der Tabelle nicht separat), ragt mit nur 23 % am markantesten hervor. Interessant ist es, dass das Nein zum Finanzpaket bei allen Nennungsgruppen überwiegt. D.h. dass sich dessen Gegner mehr oder weniger stark gegen jede Steuer wenden, welche die Allgemeinheit zu tragen haben wird. Daraus wird ersichtlich, mit was für Widerständen man bei der Einführung der MWSt. zu rechnen haben wird.

Dass 84 % der Befragten im August und 91 % im Oktober 1976 erklärt haben, den Begriff Mehrwertsteuer schon gehört zu haben, darf nicht zu Illusionen über den wirklichen Kenntnisstand verleiten. Denn der Prozentsatz derer, die sie weder definieren noch erklären können, ist ungefähr gleich gross. Wie Spontanantworten zeigen, ist die MWSt. vorwiegend von ihren negativen Seiten her bekannt. 50 % aller jener, die sie dem Namen nach kennen, sehen mit ihrer Einführung nur Nachteile verbunden. 40 % glauben, sie würde alle Produkte verteuern (be: untere Lohnklassen und Landwirte), 35 % nur bestimmte (Konsumgüter, Autos). Ein Hoffnungsschimmer: 30 % erblicken in ihr ein Mittel zur Gesundung der Bundesfinanzen. 50 % der Gegner führen als Gegenargument die von ihr ausgehende Teuerung ins Feld. Nur 6 % sehen einen Zusammenhang zwischen ihrer Einführung und dem Zollaussfall (1. Ber., offen, S. 7 ff). Es ist deshalb begreiflich, dass sich die Gegnerschaft zwischen August und Oktober vertieft hat. Die Befürworter bleiben mit 31/30 % zwar gleich stark. Aber der Harst der Gegner (43/52 %) hat sich auf Kosten der Unentschiedenen (26/18 %) vergrössert, und zwar vorwiegend bei den 60 %,

die nur okkasionell an die Urne gehen. Eine Probeabstimmung im Oktober hätte bei 39 % Neinsagern nur 21 % Befürworter und 29 % Unentschiedene ergeben (1. Ber. geschl., S. 23; 2. Ber. 1. Lief., S. 8-10).

Bei der momentan noch weit verbreiteten Stimmung gegen die MWSt. wird alles darauf ankommen, dass man ihr dunkles Image aufhellt.

Wenn man die wichtigsten Argumente Contra und Pro MWSt. vorlegt, kann man eine Art Widerstandsskala herstellen. Indem man im Fall der Gegenargumente den Prozentsatz der Ablehnenden von dem Prozentsatz der dem Argument Zustimmenden abzieht und den Prozentsatz der Unentschiedenen vernachlässigt, erhält man einen Widerstandsindex (z.B. 60-30=30). Bringt man diese Zahl in Verbindung mit dem Ja, Nein oder einer noch unentschiedenen Haltung zur MWSt. kann man unterscheiden, welche Contra-Argumente bei den Gegnern der MWSt. am stärksten wiegen. Aehnlich kann man bei den Jasagern und den positiven Argumenten verfahren. In Klammern fügen wir das Gewicht bei, das dieses Pro-Argument bei den Ablehnenden in negativem Sinne hervorruft (1. Lief., 2. Ber., S. 14-17).

Es ist aufschlussreich zu wissen, in welchen Merkmalsgruppen sich überdurchschnittlich viele Unentschiedene befinden (Frauen, Junge, Untere Lohnklassen, Bauern und Romands). Bei diesen Unentschiedenen und auch den okkasionellen Urnengängern erhöht sich die Bereitschaft zur Annahme sprunghaft, sobald die Befragten darüber informiert worden sind, dass der tägliche Bedarf bloss mit 3 %, mithin weniger hoch als durch die WUST belastet wird. Gleichzeitig nehmen übrigens auch die Chancen für die Annahme des Finanzpaketes zu. Nur die Romands lassen sich von diesem Argument nicht beeindruckt und beharren mehrheitlich beim Nein. - Was die Wehrsteuer betrifft, so lässt sich nur sagen, dass die Differenzbereinigung genau jene Resultate erbracht hat, welche der Ansicht der grossen Mehrheit entsprechen. Es müssen zwei Argumente gesondert in den Vordergrund gerückt werden. 1. 50 % der unteren Lohnklassen werden befreit, also wesentlich mehr als bisher. 2. Das Kontingent der "Gratisbürger" wird nicht so stark ausgeweitet, dass die oberen Ein-

kommensklassen das Gefühl haben müssen, sie seien die "Steueresel" der Gesellschaft.

6. Die Tragbarkeit der Steuerbelastung und die Konsumfreiheit

Auf die direkte Frage, ob man die Steuerbelastung in der Schweiz als tragbar empfinde, antworten 71 % mit Ja, 26 % mit Nein und 3 % geben keine Antwort. Eine neue Steuervorlage muss damit rechnen, dass die Gegner deren Last als untragbar deklarieren. Sie beuten dabei die latente Neigung der Bürger aus, Steuern als Beschneidung des persönlichen Einkommens zu empfinden. Dies ist aus zwei Gründen leicht möglich. Der Privatkonsum ist mit grosser individueller Wahlfreiheit verbunden. Der Konsum der vom Staat angebotenen öffentlichen Güter ist uniform. Er erscheint als so unabhängig von der Steuerleistung des Einzelnen, dass jeder möglichst viele Freikarten für öffentliche Dienste zu erhalten wünscht.

Wir haben diesen Tatbestand auf verschiedene Weise zu testen versucht. 1. Schätzt man den für Steuern aufgewendeten Steueranteil oder das nach Abzug der Steuern übrig bleibende frei verfügbare Einkommen richtig ein? Wer seine Belastung in die Rubrik 10-19 % einordnet, empfindet die Steuerlast höher (39 %) als der Durchschnitt (31 %), tritt aber trotzdem zu 33 % für das Finanzpaket ein. Bei den höher Belasteten (20-29 %) ist die Neigung zur Ablehnung des Finanzpaketes schon beträchtlich (1. Ber. geschl., S. 19 f). 2. In der 2. Lief. des 2. Ber. S. 14 ff wird dieses Resultat bei allen jenen bestätigt, die ihre Steuern in den fünf grössten Schweizerstädten bei einem Einkommen von 30'000.- schätzen sollen. Die effektive Belastung schwankt zwischen 2250.- und 3420.- Fr.; im Durchschnitt wird auf 3700 Fr. geschätzt (bei den Romands 4000.- weil die Steuerbelastung in der Romandie höher ist; bei den Bauern auch 4000.-). 3. Als natürlich muss man es betrachten, wenn 40 % der Befragten, und zwar die Mittel- und Oberschichten, erklären, sie erhielten weniger vom Staat, als sie ihm als Steuern lieferten. Pikant ist nur, dass dies auch die unteren Lohnklassen und die Bauern mehrheitlich

glauben (2. Ber., 2. Lief., S. 9 f).

4. In diesen Fällen spielt es nun offensichtlich eine Rolle, dass man sich von der Höhe der staatlichen Leistungen keine Rechenschaft ablegt, wie ein Test über die Brotverbilligung ergibt. Ungefähr die Hälfte unterschätzen diese, z.T. massiv. Und auch hier wieder: 60 % wollen umso weniger darauf verzichten, je geringer der subventionierte Betrag erscheint. Bei den Romands sind es beide Male 75 % (2. Ber. 2. Lief., S. 11 ff). Und die zweite, widerspruchsvolle Konsequenz: je geringer die Bereitschaft zum Verzicht auf Subventionen, desto grösser die Abneigung gegen MWSt. und Finanzpaket. Die Freikartengesinnung tritt hier klar zutage. 5. Eine Parallelbestätigung für diese Mentalität findet sich darin, dass man die Ausgaben für den Privatkonsum herunterspielt. Nimmt man die durchschnittlichen Jahresunterhaltskosten für ein Automobil mit 7000.- an: Genau 75 % aller Autobesitzer wählen im Durchschnitt eine Summe von ca. 3600.- aus (2. Ber. 2. Lief. S. 13 ff; man vergleiche die Einschätzung des Pro-Kopf-Benzinverbrauchs in der Ausgabenbewertung; Abschnitt 4). Der Bürger errichtet also ein Abwehrdispositiv gegen höhere Steuern, indem er den Steueranteil in seinem Budget maximalisiert, während er denjenigen des Privatkonsums minimalisiert. Ob ein internationaler Vergleich des Staatsanteils am BSP den Schweizer steuerwilliger machen wird, muss hier offen gelassen werden (2. Ber., 2. Lief., S. 44 ff)

7. Bund, Kantone und Gemeinden und die Transferausgaben des Bundes

Auf eine geschlossene Frage, ob Bund, Kanton oder Gemeinde eher mehr oder weniger Steuern bekommen sollen, schneidet der Bund mit Abstand am schlechtesten (-32), die Gemeinde weitaus am besten ab (+42). Wer dem Bund weniger geben will, hat aber kaum eine Ahnung von dessen Transferleistungen für Kanton und Gemeinde (1. Ber., geschl., S. 28 f). Aus einer offenen Frage entnimmt man, dass die Befragten mehrheitlich nicht wissen, wie sich ihr Wohnort steuerlich von andern Gemeinden und Kantonen abhebt (1. Ber., offen, S. 6 f). Teilt man die Befragten nach

drei Gruppen ein, die aus Kantonen stammen, die trotz einigen Abweichungen als finanzschwach, mittel- und finanzstark bezeichnet werden können, und lässt sie den jeweiligen Bundesanteil an ihrem Wohnkanton innerhalb einer Rubrik 10-100 % schätzen, kann man die durchschnittlichen effektiven mit den geschätzten Werten vergleichen.

	Effektiver	Geschätzter Anteil
Finanzstark	15,4 %	20,7 %
Mittelstark	27,7 %	24,6 %
Finanzschwach	52,6 %	31,8 %

Auch hier dieselbe Erscheinung: Wer wenig bekommt, überschätzt, wer viel erhält, unterschätzt den Anteil. Nachdem die Befragten über die realen Anteile informiert worden sind, erklären sich die Kleinpächter eher zu höheren Bundesleistungen bereit als die Grossempfänger (2. Ber. 2. Lief. S. 16-20).

8. Ausgewählte Merkmalsgruppen und Finanzgesinnung

Wenn man einzelne, für die Einstellung bezeichnende Merkmalsgruppen mit den statistischen Merkmalsgruppen in Beziehung setzt, wird man eine nur von wenigen Ausnahmen gestörte Parallelität entdecken (vgl. die Ueberblickstabelle zu Abschnitt 72 am Schluss des 1. Ber. geschl.). Es handelt sich um folgende Gegensatzpaare (Befragung August):

Unzufriedenheit (43 %)	Allg. Zufriedenheit (54 %)
Steuerbelastung zu hoch (26 %)	tragbar (71 %)
Finanzsanierung allein durch Ausgabenkürzung (44 %)	durch Ausgabensenkung <u>und</u> Einnahmenerhöhung (49 %)

Wir lesen im folgenden nur die Extreme aus, die den Durchschnitt um wesentlich mehr als 2 Punkte über- oder unterschreiten.

Im Negativen ergibt sich in der Regel eine Identität bei folgenden Gruppen:

Alte
Untere Lohnklassen
Untere Angestellte

im Positiven

Mittlere Altersgruppe
Obere Lohnklasse
Selbständige

Im Negativen:

Arbeiter
 Okkasionell Stimmende
 Nie Stimmende
 Romands
 Sozialdemokraten
 Diverse Parteien
 Nichtparteigebundene

Im Positiven:

Obere Angestellte
 Landwirte
 Regelmässig Stimmende
 Deutschschweizer
 Freisinn
 CVP
 SVP

Beim Verhältnis zum Finanzpaket erwähnen wir nur zusätzliche Gruppen und Verschiebungen:

Negativ

im August: Mittlere Altersgruppe
 Selbständige
 Obere Lohnklassen
 Freisinnige
 Frauen

Positiv

Alte!
 Junge

im Oktober: von den Gegnern im August

fehlen die Freisinnigen

Freisinnige

Dafür: SVP

Regelmässig Stimmende

Junge

Besonders viele Unentschiedene befinden sich unter den Mittleren, Alten, den unteren Lohnklassen, den Frauen, den Bauern, den Romands, der SPS und der CVP.

Beim Verhältnis zur Mehrwertsteuer

Negativ

Frauen
 Mittlere Angestellte
 Romands
 Selbständige
 Untere Angestellte
 CVP

Positiv

Alte
 Deutschschweizer
 Freisinn
 SPS
 SVP
 Regelmässig Stimmende

Unentschiedene bei Bauern und Frauen, SVP

Nichtstimmende bei tiefen Lohnklassen, Unteren Angestellten, Alten, Romands, Arbeitern

9. Informationsprobleme

Eine Zusammenfassung scheint überflüssig, da alles Wichtige auf den S. 2-5 der 3. Lief. des 2. Ber. schon sehr gedrängt zusammengefasst ist. Die Auswertung der offenen Fragen ergibt nur insofern einen neuen Gesichtspunkt, als die Zeitungen (48 %) spontan noch mehr Nennungen erhalten als Fernsehen (34 %), Radio (22 %) und Parteiparolen. Gegner und Unentschiedene bei der MWSt. und beim Finanzpaket erscheinen als via Massenmedien schlechter ansprechbar.

SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT FÜR PRAKTISCHE SOZIALFORSCHUNG
 SOCIÉTÉ SUISSE DE RECHERCHES SOCIALES PRATIQUES
 SOCIETA SVIZZERA PER RICERCHE SOCIALI PRATICHE

BUNDESFINANZEN 76/194

Befragter:

Strasse/Nr.:

Befragter: PLZ/Ort: Tel.:

NUR SCHWEIZER/SCHWEIZERINNEN AB 20 JAHREN BEFRAGEN !

	Kol.	Code
KA	5	1

"Guten Tag Herr/Frau/Fräulein.....Ich komme von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung. Wir machen eine Umfrage über ein für uns alle wichtiges Thema...nämlich die Bundesfinanzen. Bekanntlich zahlt niemand gerne Steuern und doch hat der Staat das Geld nötig, um alle seine Aufgaben zu erfüllen.

1) INTERVIEWER: MEHRERE NENNUNGEN VERLANGEN !

"Wenn man dem Staat Steuern bezahlt, möchte man auch eine entsprechende Gegenleistung. Wenn Sie an all das denken, was der Staat für den Bürger tut, was fällt Ihnen dann alles ein, was auch noch...denken Sie bitte einmal genau nach!"

	Erste Angabe	Alle weiteren Angaben
	6	8
Entwicklungshilfe /Hilfe ans Ausland	1	1
Landesverteidigung/Militär/Polizei . .	2	2
Hochschulen/Schulen/Ausbildung	3	3
Forschung/Nationalfonds	4	4
AHV/IV-Renten an Batagte/Invalide . .	5	5
Krankenversicherung/Spitäler u.ä. . .	6	6
Autobahnen/Nationalstrassen/Strassen .	7	7
Eisenbahnen/SBB-Hilfe/Privatbahnen . .	8	8
Landwirtschaft/Hilfe an Bauern etc. . .	9	9
PTT/Post und Telefon	0	0
Kraftwerke/Elektrizität	x	x
Wasser/Abwasserreinigung/Kläranlagen	y	y
Sozialdienste/Armen-/Arbeitslosenhilfe	7	9
Sport/Kultur/Bildung	2	2
anderes:	y	y
.....		

2) "Der Staat, also Bund, Kantone und Gemeinden, erhalten einen immer grösseren Teil des Einkommens der Bürger in der Form von Steuern und anderen Abgaben, etwa auch in der Form von Versicherungsprämien wie die AHV/IV. Der Staat kümmert sich also immer mehr um den Bürger, dies kostet aber immer mehr.

Wenn Sie an die Vor- und Nachteile dieser Entwicklung denken, welche ist dann Ihre Meinung? urteilen Sie bitte mit Hilfe dieser Karte:"

- Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, wir werden in Zukunft noch mehr Steuern bezahlen müssen
- Diese Entwicklung ist abgeschlossen. Der Staat kann nicht noch mehr Steuern und Abgaben verlangen, weil sein Anteil am Einkommen der Bürger das Maximum erreicht hat
- In Zukunft wird man eher weniger Steuern und Abgaben an den Staat leisten müssen, da beim Staat nun wirklich gespart wird und wir uns gegen weitere Erhöhungen zur Wehr setzen werden

INTERVIEWER: KARTE 1 GEBEN, GANZER FRAGETEXT AUF KARTE !

10	1
	2
	3
	y

k.M.

3) INTERVIEWER: KARTE 2 GEBEN, SKALA MIT PROZENTWERTEN !

"Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen, was Sie dem Staat an Steuern und anderen Abgaben bezahlen...wieviel macht dann dies ungefähr von Ihrem Einkommen/dem Einkommen Ihres Ehemannes aus...was meinen Sie?"

- bis 10% / ein Zehntel
- bis 20% / ein Fünftel
- bis 30% / auch ein Drittel
- bis 40%
- bis 50% / die Hälfte
- mehr als die Hälfte
- w.n.

Kol.	Code
11	1
	2
	3
	4
	5
	6
	y

4) "Es gibt ganz verschiedene Arten von Steuern und Abgaben an den Staat. Denken Sie jetzt bitte an alle Gelegenheiten und Arten, wo man dem Staat etwas bezahlt...was fällt Ihnen dann ein? Was auch noch? Und was auch?"

5) "Gewisse Steuern und Abgaben erhebt der Bund, andere werden von den Gemeinden und den Kantonen erhoben.

Wie ist das nun bei den von Ihnen soeben genannten...also zum Beispiel bei(INTERVIEWER: JEDE DER BEI 4 GENANNTE STEUERN/ABGABEN BESPRECHEN / ES IST MÖGLICH, DASS DER/DIE BEFRAGTE "sowohl-als auch" SAGT, DANN ZWEIMAL EINTRAGEN !)

	ZU 4		ZU 5		
	Alle Steuern und Abgaben		Bund	Gemeinden und/oder Kanton	keine Meinung
	12		14	16	18
Einkommenssteuer (allgemein) . .	1		1	1	1
Wehrsteuer/direkte Bundessteuer .	2		2	2	2
Vermögenssteuer	3		3	3	3
Couponssteuer	4		4	4	4
Verrechnungssteuer	5		5	5	5
Gebühren	6		6	6	6
Zölle (allgemein)	7		7	7	7
Warenumsatzsteuer	8		8	8	8
Benzinzollzuschläge	9		9	9	9
Biersteuer	0		0	0	0
Alkoholssteuer/Spirituosensteuer .	x		x	x	x
Tabaksteuer	y		y	y	y
AHV/IV-Beiträge/Lohnprozente . .	13	1	15	17	19
anderes:	y		y	y	y
.....					

6) "Wer füllt bei Ihnen die Steuererklärung aus?"

- Ledige: ich selbst
- Verheiratete: Ehemann
- Ehefrau
- anderes (Steuerberater/Büro etc.)
- w.n.

20	1
	2
	3
	4
	y

7) "Ich frage Sie selbstverständlich nicht, wieviele Steuern Sie/Ihr Mann bezahlen, das ist Ihre Privatsache. Darf ich Sie aber fragen, ob Ihnen der ungefähre Betrag bekannt ist, den Sie zuletzt - also aufgrund der Steuererklärung bezahlen mussten?"

- ja, bekannt
- nein, unbekannt
- k.A.

21	1
	2
	y

8) "Welches ist nun Ihre Ansicht über die Höhe dieser direkten Steuern, also der Einkommens- und Wehrsteuer sowie der Vermögenssteuer...wenn Sie alles zusammenrechnen?"

Wenn ich alles bedenke, dann finde ich meine/meines Mannes Steuerrechnung....

- viel zu hoch
- hoch, aber tragbar
- einigenmassen angemessen
- eher günstig
- sehr günstig
- Höhe ist unbekannt / k.A.

22	1
	2
	3
	4
	5
	y

INTERVIEWER: KARTE 3 MIT AUSSAGEN GEBEN !

9a) "Und wenn der Staat nun doch mehr Geld braucht...wo, bei wem, könnte man nach Ihrer Ansicht noch etwas mehr bekommen? Wer wäre auch noch in der Lage, etwas mehr beizutragen?"

- ich selbst
- wir alle
- Leute mit hohem Einkommen/Reiche
- Wirtschaft: allgemein
- Industrie
- Banken/Versicherungen
- andere Wirtschaftsbereiche:
- Leute in (Ort/Region):
- andere/s:

Kol.	Code
23	1
	2
	3
	4
	5
	6
	7
	8
	9

9b) INTERVIEWER: FALLS BEI 9a) "ich selbst/wir alle" SPONTAN NICHT GENANNT, FRAGEN:

"Sie haben von sich selbst nicht gesprochen...warum nicht?"

.....

 k.A./keine Angabe

24	y
----	---

10) "Hätten Sie sonst noch Vorschläge, wie der Staat sich für seine zahlreichen Aufgaben zusätzliche Mittel verschaffen könnte?"

.....

 k.A./keine Angabe

25	y
----	---

11) "Es gibt eine Einkommenssteuer des Bundes, die man meist als 'Wehrsteuer' bezeichnet, (FALLS SCHON ERWÄHNT) Sie haben schon davon gesprochen...sind Sie/Ihr Mann wehrsteuerpflichtig, haben Sie Wehrsteuer zu bezahlen?"

- ja
- nein
- w.n.

26	1
	2
	y

12) "Ich habe Ihnen schon gesagt, dass es Steuern von Gemeinden, von Kantonen und vom Bund gibt und alle bezahlen damit ihre speziellen Aufgaben. Wenn Sie das beeinflussen könnten...wem würden Sie lieber mehr und wem würden Sie lieber weniger Geld geben...wer bekäme gleichviel?"

	<u>Gemeinde</u>	<u>Kanton</u>	<u>Bund</u>
mehr an...	1	2	3
weniger an...	4	5	6
gleichviel an...	7	8	9

27	
----	--

13) "Sprechen wir jetzt einmal von der Lage des Finanzhaushaltes beim Bund, also der Eidgenossenschaft...viele Leute sagen auch einfach in "Bern". Wie ist nach Ihren Kenntnissen die Finanzlage des Bundes gegenwärtig...macht der Bund eher einen Überschuss, also einen Gewinn, sind Einnahmen und Ausgaben etwa im Gleichgewicht oder sind die Ausgaben höher, gibt es also ein Defizit beim Bund?"

- eher Überschuss/Gewinn
- Einnahmen/Ausgaben etwa im Gleichgewicht
- Ausgaben eher höher/Defizit
- w.n.

28	1
	2
	3
	y

14) INTERVIEWER: WENN BEI 13 "Defizit" FRAGEN:

"Ist dieses Defizit/dieser Ausgabenüberschuss gegenwärtig eher klein, ziemlich gross oder sehr gross...und können Sie mir den ungefähren Betrag, eine Zahl nennen?"

- a) Defizit/Ausgabenüberschuss ist eher klein/gering
 ziemlich gross
 sehr gross
 w.n.

29	1
	2
	3
	y

INTERVIEWER: BITTE GENAU NOTIEREN, OB VON MILLIONEN ODER VON MILLIARDEN GESPROCHEN WIRD, NICHT KORRIGIEREN !

- b) in Zahlen: Millionen Fr.
 Milliarden Fr.
 w.n.

30	
31	y

15) "Wissen Sie zufällig, wie gross etwa das jährliche Brutto-Sozialprodukt der Schweiz ist, also der Betrag, der resultiert, wenn man alles zusammenzählt, was in der Schweiz in einem Jahr produziert und verdient wird und dies in Franken ausdrückt? Die Fachleute bezeichnen diesen Betrag als Brutto-Sozialprodukt."

in Zahlen: Millionen Fr.
 Milliarden Fr.
 w.n.

16a) INTERVIEWER: BILDKARTE 4 GEBEN !

"Hier, auf diesem Bild, diskutieren vier Personen über die richtige Einkommenspolitik des Staates. Welche von diesen vier Meinungen entspricht am ehesten Ihrer eigenen Ansicht? Würden Sie mir sagen, warum diese Ansicht richtig ist?"

- Q sagt: Der Staat darf ruhig Schulden machen. Das ist nicht gleich wie bei uns privaten Bürgern. Ja, staatliche Schulden haben sogar gewisse Vorteile
- X sagt: Man muss dem Staat immer etwas weniger geben als er nötig hat, sonst spart er nicht! Etwas Schulden sind aus diesem Grunde gar nicht so schlimm
- Y sagt: Ich bin gegen staatliche Schulden. Wir müssen zufrieden sein, wenn der Staatshaushalt einigermaßen ausgeglichen ist. Das ist angesichts der vielen Ausgaben bereits eine schöne Leistung
- Z sagt: Ein ausgeglichener Staatshaushalt ist selbstverständlich, genügt aber nicht. Der Staat muss darüber hinaus unbedingt noch Reserven anlegen für schlechte Zeiten

16b) Begründung:

.....

 k.A.

17) "Man hört und liest die verschiedensten Ansichten über die Art, wie beim Staat - also zum Beispiel beim Bund - mit den Steuergeldern umgegangen wird. Die einen sagen, dass man beim Bund mit dem Geld im grossen und ganzen haushälterisch, ja sparsam umgehe, die anderen finden, man sei zu wenig sparsam, ja sogar recht grosszügig...was trifft nach Ihrer Meinung eher zu?"

Beim Bund ist man...
 eher haushälterisch/sparsam
 eher zu grosszügig/wenig sparsam
 weder-noch / kommt drauf an / keine Meinung

18) "Nun ist es eine Tatsache, dass die Ausgaben bei praktisch allen staatlichen Stellen, also beim Bund, bei den Kantonen und den meisten Gemeinden von Jahr zu Jahr höher werden. Wenn wir speziell an den Bund denken...welches sind wohl die wichtigsten Gründe für diesen wachsenden Geldbedarf?"

- man überträgt/überlässt dem Bund immer neue Aufgaben
- das Parlament ist zu ausgabenfreudig/wenig sparsam
- die Verwaltung ist zu wenig sparsam/zu grosszügig
- zu hohe Subventionen an:
- zu hohe Ausgaben für:
- die allgemeine Teuerung/Inflation
- Einflüsse des Auslandes
- Nachholbedarf/Ausführung früher zurückgestellter Vorhaben
- Arbeitsbeschaffung/Konjunkturförderung
- anderes:
-

Kol.	Code
32	
33	y
34	1
	2
	3
	4
35	y
36	1
	2
	y
37	1
	2
	3
	4
	5
	6
	7
	8
	9
	y

19) INTERVIEWER: KARTE 5 GEBEN !

"Nehmen wir an, der Bund gebe sich alle Mühe, zu sparen und sich einzuschränken...wie gross würden Sie die Erfolgchance bezeichnen? Sagen Sie es mir bitte mit Hilfe dieser Karte: 10 bedeutet "voller Erfolg", 1 bedeutet "völliger Misserfolg", die übrigen Werte liegen dazwischen."

völliger Misserfolg					voller Erfolg				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Kol.	Code
38	y

20) INTERVIEWER: KARTE 6 GEBEN / GEBUNDEN + FREI = 100%

"Ein Teil der Bundesausgaben ist durch Gesetze vorgeschrieben, so dass bei diesen Ausgaben eine Reduktion nur mit viel Untrieben und politischem Tauziehen möglich ist. Man nennt diesen Teil die "gebundenen Mittel", den Rest bezeichnet man als "freie Mittel", bei denen eine Einsparung leichter möglich ist.
Wenn Sie diese Karte betrachten...was meinen Sie...wieviele von allen Bundesausgaben sind "gebunden" und wieviele sind "frei" ? (FALLS UNBEKANNT:) Versuchen Sie doch zu schätzen!"

Gebunden			Frei	
0 bis 10%		↔	90 bis 100%	
10 bis 20%		↔	80 bis 90%	
20 bis 30%		↔	70 bis 80%	
30 bis 40%		↔	60 bis 70%	
40 bis 50%		↔	50 bis 60%	
50 bis 60%		↔	40 bis 50%	
60 bis 70%		↔	30 bis 40%	
70 bis 80%		↔	20 bis 30%	
80 bis 90%		↔	10 bis 20%	
90 bis 100%		↔	0 bis 10%	

39	1
	2
	3
	4
	5
	6
	7
	8
	9
	0
	y

21a) "Wir haben soeben von der Finanzlage des Bundes gesprochen. Leider ist die Lage nicht gerade günstig, ja es entstehen gegenwärtig jedes Jahr Ausgabenüberschüsse, sogenannte Defizite. Wenn man Defizite vermeiden will, kann man drei Wege beschreiben, nämlich entweder die Ausgaben reduzieren, die Einnahmen vermehren oder beides zugleich tun. Welcher Möglichkeit geben Sie persönlich den Vorzug?"

(nur) Ausgaben senken	1
(nur) Einnahmen vermehren	2
sowohl Ausgaben senken wie Einnahmen vermehren	3
	y

21b) WENN "Ausgaben senken" BEI 21a, FRAGEN:

"Welche Ausgaben sollte man vor allem senken und einschränken, welche auch noch?"

In erster Linie:	41
.....	
Auch noch:	42
Auch noch:	
	k.M.
	y

21c) WENN "Einnahmen erhöhen" BEI 21a, FRAGEN:

"Welche Einnahmen sollte man vor allem erhöhen und vermehren, welche auch noch?"

In erster Linie:	43
.....	
Auch noch:	44
Auch noch:	
	k.M.
	y

22) "Der Bund hat im Sinn, eine neue Steuer oder Steuerart einzuführen...haben Sie schon davon gehört? Wie heisst sie?"

ja, Mehrwertsteuer	1
ja, anderes	2
nein, weiss nichts davon	y

40	1
	2
	3
	y
41	
42	y
43	
44	y
45	1
	2
	y

23a) "Es gibt Leute, die empfehlen dem Bund, zur Deckung der Defizite Kredite aufzunehmen, sich also höher zu verschulden. Sind Sie eher für oder gegen eine höhere Verschuldung des Bundes, also der Eidgenossenschaft?"

bin eher für höhere Verschuldung
bin eher gegen höhere Verschuldung
weder-noch / k.M.

Kol.	Code
46	1
	2
	y

23b) WENN BEI 23a "gegen", FRAGEN:

"Warum sind Sie gegen eine höhere Verschuldung?"

.....
.....
.....
k.A.

47	
	y

24a) "Andere Länder versuchen, die Defizite zu beseitigen, indem sie einfach neue, zusätzliche Banknoten drucken, also gleichsam "Geld fabrizieren". Wie finden Sie diesen Vorschlag?"

bin eher dafür/für zusätzliche Banknoten
bin eher gegen Geldherstellung
weder-noch / k.M.

48	1
	2
	y

24b) WENN BEI 24a "gegen", FRAGEN:

"Warum sind Sie dagegen, neue, zusätzliche Banknoten zu drucken, um die Defizite zu beseitigen?"

.....
.....
.....
k.A.

49	
	y

25) INTERVIEWER: KARTE 7 GEBEN / PROBEN / MILLIONEN ODER MILLIARDEN WAHLEN LASSEN !

"Ich zeige Ihnen hier diese Karte mit verschiedenen Zahlen. Eine davon sagt aus, wie hoch das schweizerische Brutto-Sozialprodukt ist, also all das, was in einem Jahr verdient und produziert wird. Würden Sie versuchen, den richtigen Betrag herauszulesen...welches ist die richtige Zahl? Passen Sie gut auf und lesen Sie den Text genau !"

50		51	
50 Millionen Franken	1	50 Milliarden Franken	1
100 Millionen Franken	2	100 Milliarden Franken	2
150 Millionen Franken	3	150 Milliarden Franken	3
200 Millionen Franken	4	200 Milliarden Franken	4
250 Millionen Franken	5	250 Milliarden Franken	5
300 Millionen Franken	6	300 Milliarden Franken	6
350 Millionen Franken	7	350 Milliarden Franken	7
400 Millionen Franken	8	400 Milliarden Franken	8
450 Millionen Franken	9	450 Milliarden Franken	9
500 Millionen Franken	0	500 Milliarden Franken	0
		w.n.	

	y
--	---

26) INTERVIEWER: KARTE 8 GEBEN !

"Jetzt wird es etwas einfacher...ich habe schon mehrfach gesagt, dass wir sowohl dem Bund wie auch den Kantonen und Gemeinden Steuern und Abgaben entrichten. Das, was übrig bleibt, ist das für den Bürger frei verfügbare Einkommen.

Würden Sie mit Hilfe dieser Karte sagen, wie gross die einzelnen Anteile ungefähr sind. Sie können dabei von der Situation hier in ... (WOHNORT) ausgehen. Natürlich wissen Sie das nicht genau, versuchen Sie aber einfach einmal zu schätzen !"

<u>INTERVIEWER:</u> 1.+2.+3.+4. = 100% !	1. frei verfügbares Einkommen: Prozente:	10%	20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	52	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	0		
	2. Anteil der Gemeinde: Prozente:	10%	20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	53	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	0		
	3. Anteil des Kantons: Prozente:	10%	20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	54	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	0		
	4. Anteil des Bundes: Prozente:	10%	20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	55	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	0		
												w.n.	y

	KoI.	Code
KA	5	9
	6	y
	7	y
	8	y
	9	y
	10	y
	11	y
	12	y
	13	y
	14	y
	15	y
	16	y
	17	y

30) INTERVIEWER: WENN BEI EINZELNEN AUSGABENPOSTEN VON FRAGE 29 REDUKTIONEN VERLANGT WERDEN, FRAGEN:

*Sie schlagen vor, den Betrag füretwas/stark herabzusetzen.
Was ist der Hauptgrund, warum sollte man hier abbauen?*

HAUPTGRUND

- 1. Entwicklungshilfe:
.....
k.A.
- 2. Landesverteidigung:
.....
k.A.
- 3. Hochschulen:
.....
k.A.
- 4. Forschung:
.....
k.A.
- 5. Alters- und Invaliden-
versicherung: AHV/IV:
.....
k.A.
- 6. Krankenversicherung KV:
.....
k.A.
- 7. Nationalstrassen:
.....
k.A.
- 8. Bahnen:
.....
k.A.
- 9. Landwirtschaft:
.....
k.A.
- 10. Behörden/allgemeine
Verwaltung:
.....
k.A.
- 11. Finanzausgaben:
.....
k.A.
- 12. Diverse kleinere
Beträge:
.....
k.A.

31) "Zu drei Ausgaben hätte ich Ihnen konkrete Vorschläge, die ab und zu diskutiert werden. Würden Sie mir jeweils sagen, ob Sie damit einverstanden sind oder nicht?"

	einver- standen	nicht einver- standen	keine Meinung
a) Um die Ausgaben für die <u>Krankenversicherung</u> zu reduzieren, sollte man:	18	19	20
aa) Die Leistungen an die Versicherten herabsetzen, indem man z.B. die Franchise, d.h. den Selbstbehalt einführt oder erhöht	1	1	1
ab) Die Finanzierung über Lohnprozente, also Lohnabzüge vornimmt . . .	2	2	2
ac) Die Bundessubventionen an die Krankenkassen herabsetzt	3	3	3
ad) Die Steuern erhöht, um die Subventionen zu bezahlen	4	4	4
b) Um die Ausgaben für die <u>Bahnen</u> (SBB/Privatbahnen) zu reduzieren, sollte man:			
ba) Weniger Züge fahren lassen / den Fahrplan reduzieren	5	5	5
bb) Weniger bauen und investieren / einfachere Wagen anschaffen . . .	6	6	6
bc) Die Fahrpreise erhöhen / noch mehr erhöhen	7	7	7
bd) Einzelne Linien/Bahnen stilllegen/abschaffen	8	8	8
c) Um die Ausgaben für die <u>Landwirtschaft</u> zu reduzieren, sollte man:			
ca) Die Konsumentenpreise für landwirtschaftliche Produkte erhöhen . .	9	9	9
cb) Die Preise an die Bauern nicht mehr sichern oder garantieren/ die ausländische Konkurrenz frei spielen lassen	0	0	0

32) INTERVIEWER: KARTE 10 ZEIGEN !

"Sie sehen hier vier Möglichkeiten für die Gestaltung der eidgenössischen Finanzpolitik:

- A bedeutet freies, unbehindertes Wachstum der Ausgaben
- B bedeutet gebremstes Wachstum von etwa 6% pro Jahr, also ungefähr wie das Brutto-Sozialprodukt
- C bedeutet Konsolidierung des Bestehenden ohne jede Steigerung der Ausgaben
- D bedeutet einen wirklichen Abbau der Ausgaben

Welches ist nach Ihrer Ansicht die vernünftigste Lösung?"

21	1	2	3	4	y
----	---	---	---	---	---

33) "Wenn wir davon ausgehen, dass der Staat gewisse Mehreinnahmen braucht, um die heute vorhandenen und die zukünftigen Aufgaben zu erfüllen, gibt es verschiedene Wege.

Einer besteht in der wirksamen Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Zu diesem Zweck könnte man mehrere Massnahmen ergreifen...was meinen Sie zu folgendem Vorgehen?"

	einver- standen	nicht einver- standen	keine Meinung
a) Die Strafen verschärfen	1	4	7
b) Die Steuern in Zukunft am Zahltag direkt am Lohn abziehen/Quellensteuer	2	5	8
c) Das Bankgeheimnis aufheben, um hier den Steuersündern nachzuspüren	3	6	9

22

Kol.	Code
21	
22	

34) "Natürlich gibt es noch andere Möglichkeiten, zu höheren Einnahmen zu kommen: man kann die bisherigen Steuern erhöhen oder auch neue Steuern einführen.

INTERVIEWER: KARTE 11 ZEIGEN !

Auf diesem Blatt sehen Sie eine ganze Reihe von Vorschlägen. Sagen Sie mir doch bei jedem Punkt, ob dieser Vorschlag nach Ihrer Ansicht sehr gut, ziemlich gut oder eher ungünstig ist.

sehr <u>gut</u>	ziemlich <u>gut</u>	eher <u>ungünstig</u>
23	24	25

Direkte Steuern:

a) Allgemeine Erhöhung der Einkommenssteuer/Wehrsteuer	1	1	1
b) Erhöhung der Progression bei höheren Einkommen/"Reichtumssteuer"	2	2	2
c) Erhöhung der Vermögenssteuern/Vermögensabgaben/Couponsteuer . .	3	3	3
d) Erhöhung der Kapitalertragssteuern	4	4	4
e) Erhöhung der AHV/IV-Beiträge, also der Lohnprozente für die Alters- und Invalidenversicherung	5	5	5
f) Einführung eines sogenannten "Arbeitsrappens", einer allgemeinen Abgabe von einem Rappen auf jedem Franken Erwerbseinkommen . .	6	6	6

Sodann, bei den indirekten Steuern:

	26	27	28
g) Erhöhung der Warenumsatzsteuer allgemein	1	1	1
h) Eine Verkleinerung der Freiliste bei der Warenumsatzsteuer, so dass man zum Beispiel auch MUST bezahlen müsste auf Brennstoffen, Esswaren, Medikamenten, Zeitungen usw.	2	2	2
i) Erhöhung der Benzinzollzuschläge	3	3	3
k) Erhöhung der Biersteuer	4	4	4
l) Erhöhung der Tabaksteuer	5	5	5
m) Einführung einer Weinsteuern	6	6	6
n) Wiedereinführung einer Luxussteuer	7	7	7

35a) INTERVIEWER: KARTE 12 MIT TEXT MEHRWERTSTEUER ZEIGEN !

"Der Bund plant, eine sogenannte Mehrwertsteuer einzuführen, haben Sie schon davon gehört oder gelesen?"

ja . .
nein .

29	1
	2

35b) "Was heisst 'Mehrwertsteuer', was will man damit sagen?"

.....
.....
w.n.

30	y
----	---

35c) FALLS "ja" BEI FRAGE 35a:

"Finden Sie eine solche Mehrwertsteuer eine gute Sache, etwas, das man einführen sollte oder ist dies nicht ratsam?"

ja, einführen
nein, nicht einführen
k.M.

31	1
	2
	y

35d) FALLS "ja/einführen" BEI FRAGE 35c:

"Wenn Sie an sich selber denken - sehen Sie dann in der Einführung der Mehrwertsteuer gewisse Vorteile? Welche?"

Vorteile:
.....
nein, keine Vorteile

32	
33	1

35e) FALLS "nein/nicht einführen" BEI FRAGE 35c:

"Werden Sie persönlich durch die Einführung der Mehrwertsteuer benachteiligt? Wie?"

Nachteile:
.....
nein, keine Nachteile

34	
35	1

36a) INTERVIEWER: BLATT 13 MIT BILDLICHER DARSTELLUNG DER MEHRWERTSTEUER GEBEN !

"Die Mehrwertsteuer ist eigentlich eine abgeänderte, erweiterte Warenumsatzsteuer. Auf diesem Bild hat man versucht, das jetzige Prinzip der WUST und das neue der MWST zu erklären: Statt dass der ganze Steuerbetrag - hier 246 Franken - beim Verkauf der Möbel bezahlt wird, entsteht bei der Mehrwertsteuer auf jeder Zwischenstufe eine neue Steuerforderung, die - obwohl sie zusammengerechnet mehr ergibt - vom Käufer und Konsumenten nicht voll bezahlt werden muss...er zahlt in diesem Fall nur 90 Franken Steuern - alle Beträge zusammen ergeben aber für den Staat MWST von 440 Franken, also mehr als bisher. Bei der Mehrwertsteuer ist es wichtig, dass jeder Weiterverarbeitende Steuern bezahlen muss, während bei der Warenumsatzsteuer der ganze Steuerbetrag am Ende der Kette, also vom Konsumenten beim Kauf vom Detaillisten bezahlt werden musste."

INTERVIEWER: JETZT AUCH BLATT 14 GEBEN !

"Darf ich Sie nun zum Abschluss bitten, diesen Text noch genau durchzulesen. Ich werde Sie nachher fragen, ob Sie diesem Vorschlag zustimmen können oder nicht?"

Die Finanzplanung des Bundes ergibt - ohne Massnahmen zur Beschaffung von Mehreinnahmen - für die Jahre 1977 bis 1979 wachsende Defizite zwischen 2 bis 4 Milliarden. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass dieser unzufriedigenden Entwicklung des Bundeshaushaltes nicht allein von der Ausgabe Seite her beizukommen ist, sondern vielmehr neue Einnahmen erschlossen werden müssen. In seiner Vorlage über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanz- und Steuerrechtes des Bundes schlägt er daher die Umgestaltung der heutigen Warenumsatzsteuer in eine ergiebigeren Mehrwertsteuer vor. Daraus werden Mehreinnahmen in der Grössenordnung von 3 Milliarden erwartet. Gleichzeitig beantragt der Bundesrat, den Tarif bei der Mehrsteuer so zu ändern, dass die kleineren und mittleren Einkommen stärker besteuert werden sollen. Dadurch entstehen dem Bund Einnahmehausfälle von rund 400 Millionen. Gesamthaft soll das Finanzpaket des Bundesrates dem Bund höhere Steuereinnahmen von etwa 2,5 Milliarden verschaffen. Die Vorlage gelangt voraussichtlich im nächsten Jahr zur Abstimmung.

kann zustimmen
kann nicht zustimmen .
k.n.

36

1
2
y

36b) WENN: "kann nicht zustimmen" BEI FRAGE 36a):

"Glauben Sie, dass das Bundesdefizit von 2-4 Milliarden in den nächsten Jahren allein durch Einsparungen beseitigt werden kann?"

ja
nein
v.n.

37

1
2
y

37) "Haben Sie noch irgendeine Bemerkung oder einen Wunsch im Zusammenhang mit dem Thema, das wir jetzt so eingehend miteinander besprochen haben? Was?"

.....
.....
.....
.....
nein, nichts

38

y

39

40

41

42

43

44

Zusätzliche Statistikmerkmale

38) "Nehmen wir an, im Laufe eines Jahres würden etwa 10 Abstimmungen und Wahlen stattfinden. An wievielen von diesen 10 Abstimmungen und Wahlen nehmen Sie normalerweise teil? Wie oft gehen Sie an die Urne?"

1x	2x	3x	4x	5x	6x	7x	8x	9x	10x
1	2	3	4	5	6	7	8	9	0
									nie k.A.

39) "Welche politische Partei oder Gruppe kommt Ihren eigenen Vorstellungen und Wünschen am nächsten? Wer ist Ihnen am meisten sympathisch?"

- Freisinnige (FDP)/Radikaldemokraten/Liberaldemokraten
- Christlichdemokraten (CVP) früher Katholisch Konservative . . .
- Sozialdemokraten (SP Schweiz)
- Schweizerische Volkspartei (SVP) früher GBG
- Evangelische Volkspartei (EVP)
- Landesring der Unabhängigen
- Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS)
- Republikaner (REP) / Nationale Aktion
- andere
- keine Partei/Gruppe usw.

k.A.

40) "Wenn Sie an Ihr gegenwärtiges Leben denken, an Ihre Wünsche und das, was Sie bisher erreicht haben...würden Sie sagen, Ihr jetziges Leben entspreche Ihren Wünschen, Ihren Vorstellungen "ganz/weitgehend", "einigermassen" oder "kaum/überhaupt nicht"?"

- ganz / weitgehend
- einigermassen
- kaum/nicht
- keine Angabe

41) "Werden Ihre Ziele und Wünsche wohl einmal Wirklichkeit oder besteht in dieser Richtung nur eine geringe Chance?"

- Realisierungschance ist gross/gut
- Realisierungschance ist eher klein/gering

w.n.

42) INTERVIEWER: LISTE 15 MIT BEDÜRFNISSEN GEBEN !

"Auf dieser Liste stehen Dinge, die man sich im Leben wünscht, auf die man hofft, die man aber kaum je ganz erreichen oder verwirklichen kann.

Wenn Sie an sich selbst denken...würden Sie mir dann bei jedem Punkt sagen, ob Sie in dieser Hinsicht "ziemlich" oder gar "sehr zufrieden" sind...oder ob in dieser Hinsicht noch mancher Wunsch, manche Hoffnung bleibt?"

bin sehr/ ziemlich zufrieden	habe noch manchen Wunsch	k.A.
49	51	53

Ernährung / Essen / Trinken	1	1	1
Obdach / Wohnung / Maus / Raum	2	2	2
Erholung / Schlaf / Ruhe / Ferien / Freizeit	3	3	3
Gesundheit / Spannkraft / Fitness	4	4	4
Bekleidung / Vollständigkeit und Qualität . .	5	5	5
Arbeit / Beschäftigung	6	6	6
Umweltbedingungen (Wasser/Luft/Lärm/Landschaft)	7	7	7
Familie / Kinder / Liebe / Sex	8	8	8
Freunde / Bekannte / Kontakte / Gespräche . .	50 1	52 1	54 1
Unterhaltung / Anregung / Abwechslung/ Kultur	2	2	2
Sicherheit / Geborgenheit / Schutz	3	3	3
Achtung der Mitmenschen / Einfluss / Bedeutung	4	4	4
Bequemlichkeit / Komfort / Luxus	5	5	5
Lebenssinn / Lebensinhalt / Lebensziel	6	6	6

Kol.	Code
45	x y
46	1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 y
47	1 2 3 y
48	1 2 y

S T A T I S T I K

	Kol.	Code		Kol.	Code	
GESCHLECHT: Mann	55	1	ZIVILSTAND: ledig	61	1	
Frau		2			verheiratet	2
			verwitwet/geschieden		3	
ALTER:	56		KONFESSION:	62		
20 - 24 Jahre		2			protestantisch	1
25 - 29 Jahre		3			katholisch	2
30 - 34 Jahre		4			andere Konfession	3
35 - 39 Jahre		5	keine Konfession	4		
40 - 49 Jahre		6				
50 - 59 Jahre		7				
60 - 64 Jahre		8				
65 - 69 Jahre	9		SCHULE:	63		
70 - 74 Jahre	0				zuletzt besuchte Primarschule	1
75 - 84 Jahre	x				Sekundar-/Real-/Bezirksschule	2
					Berufsschule/Gewerbeschule	3
					Mittelschule/Gymnasium/Tech./Seminar	4
			Hochschule/Uni/Poly/ETH	5		
LEBENSSTANDARDKLASSE: LSK I (Gutsituierte)	57	1	ANSAESSIGKEIT AM JETZIGEN WOHNORT: bis 5 Jahre	64	1	
LSK II (oberer Mittelstand)		2			bis 10 Jahre	2
LSK III (unterer Mittelstand)		3			länger	3
LSK IV (Wenigbemittelte)		4				
ANZAHL PERSONEN IM HAUSHALT (inkl. Untermieter):	58	1	BEFRAGTE/R IST...	65	1	
1 Person		2			berufstätig (mehr als 20 Std./Woche)	2
2 Personen		3			teilweise berufstätig (5-20 Std./Woche)	3
3 Personen		4			nicht berufstätig (weniger als 5 Std. pro Woche)	
4 Personen		5				
5 Personen		6				
6 und mehr Personen	6					
BERUF des HAUSHALT VORSTANDES			BEFRAGTE/R WOHNT IN...	66		
			Einfamilienhaus		1	
			Mehrfamilienhaus	2		
INTERVIEWER: D.H. BERUF DES EHEMANNES/VATERS, WENN BEFRAGTE PERSON EHEFRAU ODER ZU HAUSE LEBENDE/R TOCHTER ODER SOHN IST !	59		BESITZVERHÄLT- NISSE:	67		
LEBRIGE FAELLE: BERUF DER BEFRAGTEN PERSON !		1			Eigenümer	3
Haushaltvorstand...ist nicht berufstätig/pensioniert/Rentner		2	Mieter/Pächter	4		
ist in Ausbildung/studiert		3				
ist berufstätig	4					
ist teilweise berufstätig	4					
ausgeübter Hauptberuf/Tätigkeit (BEI PENSIONIERTEN: zuletzt ausgeübter Beruf):	60		IM HAUSHALT VORHANDEN:	68	1	
.....					TV-/Apparat	2
.....					Personenautomobil	
.....						
.....						
Stellung im Beruf:					69	
Branche :					70	
					71	
					72	
					73	
					74	
					75	

Der Interviewer bestätigt mit seiner Unterschrift, das Interview instruktionsgemäss durchgeführt zu haben:

Ort und Datum:

Dauer des Interviews: Minuten

Unterschrift:

BUNDESFINANZEN II 76/195

Befragter:

Strasse/Nr.:

Befragter:

PLZ/Ort:Tel.:/.....

NUR SCHWEIZER/SCHWEIZERINNEN AB 20 JAHREN BEFRAGEN !

"Guten Tag Herr/Frau/Fräulein.... Ich komme von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung. Wir machen eine Umfrage über ein für uns alle wichtiges Thema...nämlich die Bundesfinanzen. Bekanntlich zahlt niemand gerne Steuern und doch hat der Staat das Geld nötig, um alle seine Aufgaben zu erfüllen.

1) INTERVIEWER: MEHREFE NENNUNGEN VERLANGEN !

"Wenn man dem Staat Steuern bezahlt, möchte man auch eine entsprechende Gegenleistung. Wenn Sie an all das denken, was der Staat für den Bürger tut, was fällt Ihnen dann alles ein, was auch noch...denken Sie bitte einmal genau nach!"

	Erste Angabe	Alle weiteren Angaben
	6	8
Entwicklungshilfe/Hilfe ans Ausland . . .	1	1
Landesverteidigung/Militär/Polizei . . .	2	2
Hochschulen/Schulen/Ausbildung	3	3
Forschung/Nationalfonds	4	4
AHV/IV-Renten an Betagte/Invalide . . .	5	5
Krankenversicherung/Spitäler u.ä.	6	6
Autobahnen/Nationalstrasse/Strassen . . .	7	7
Eisenbahnen/SBB-Hilfe/Privatbahnen . . .	8	8
Landwirtschaft/Hilfe an Bauern etc. . . .	9	9
PIT/Post und Telefon	0	0
Kraftwerke/Elektrizität	x	x
Wasser/Abwasserreinigung/Kläranlagen . .	y	y
	7	9
Sozialdienste/Armen-/Arbeitslosenhilfe	1	1
Sport/Kultur/Bildung	2	2
anderes:	y	y

2) "Wenn Sie an sich persönlich denken...bekommen Sie vom Staat alles in allem eher mehr, eher weniger oder etwa gleichviel an Leistungen wie Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"

ich bekomme vom Staat eher mehr	1
ich bekomme vom Staat gleichviel	2
ich bekomme vom Staat eher weniger	3
	k.M.

3a) "Sprachen wir jetzt einmal nur von den Aufwendungen des Staates (Bund/Kantone/Gemeinden) für die Gesundheit der Bürger."

INTERVIEWER: BEI GERADEN FRAGEBOGENNUMMERN:

"Was meinen Sie, wieviel wendet der Staat alles in allem etwa pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung auf für den Gesundheitsdienst? Denken Sie an alles, was in dieser Richtung geleistet wird, und versuchen Sie eine ungefähre Schätzung, was meinen Sie?"

bis 200 Franken	1
bis 400 Franken	2
bis 600 Franken	3
bis 800 Franken	4
bis 1'000 Franken	5
bis 1'200 Franken	6
bis 1'400 Franken	7
bis 1'600 Franken	8
bis 1'800 Franken	9
bis 2'000 Franken	0
mehr	x
	y

k.M.

3b) INTERVIEWER: BEI UNGERADEN FRAGEBOGENNUMMERN BLATT 1 GEBEN!

"Würden Sie mir mit Hilfe dieses Blattes schätzen, wieviel der Staat (Bund/Kantone/Gemeinden) alles in allem pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung für den Gesundheitsdienst aufwendet? Versuchen Sie doch eine Schätzung? Was meinen Sie?"

- bis 200 Franken
- bis 400 Franken
- bis 600 Franken
- bis 800 Franken
- bis 1'000 Franken
- bis 1'200 Franken
- bis 1'400 Franken
- bis 1'600 Franken
- bis 1'800 Franken
- bis 2'000 Franken
- mehr
- k.M.

Kol.	Code *
12	1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 x y
13	1 2 x y
14	1 2 3 4 5 6 7 8 9
20	1 2 y
21	1 2 y

AN ALLE :
4) "An was haben Sie beim Wort Gesundheitsdienst alles gedacht? Was fällt wohl alles unter diesen Begriff?"

- Krankenversicherung
- Spitäler
- anderes:
-
- w.n.

5) INTERVIEWER: AN ALLE / BLATT 2 MIT SECHS FELDERN GEBEN, SEITE A BEI GERADEN, SEITE B BEI UNGERADEN BOGENNUMMERN, DAZU SECHS KAERTCHEN MIT BETRÄGEN!

"Auf diesem Blatt stehen sechs Verwendungszwecke für Steuergelder. Und hier gebe ich Ihnen sechs Kärtchen mit den effektiven Ausgaben pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung. Würden Sie versuchen, diese Kärtchen in die richtigen Felder zu legen!"

	Franken pro Jahr pro Kopf						
	1'152	264	525	500	275	484	
Landwirtschaft	1	2	3	4	5	6	14
Gesundheitsdienst	1	2	3	4	5	6	15
Umweltschutz . .	1	2	3	4	5	6	16
Benzin	1	2	3	4	5	6	17
Unterricht/ >							
Forschung . . .	1	2	3	4	5	6	18
Militär/Armee .	1	2	3	4	5	6	19

6) "Man hört und liest die verschiedensten Ansichten über die Art, wie beim Staat - also zum Beispiel beim Bund - mit den Steuergeldern umgegangen wird. Die einen sagen, dass man beim Bund mit dem Geld im grossen und ganzen haushälterisch, ja sparsam umgehe, die anderen finden, man sei zu wenig sparsam, ja sogar recht grosszügig...was trifft nach Ihrer Meinung eher zu?"

- Beim Bund ist man...
- eher haushälterisch/sparsam
 - eher zu grosszügig/wenig sparsam
 - weder-noch / kommt darauf an / keine Meinung

7) "Es gibt eine Einkommenssteuer des Bundes, die man meist als "Wehrsteuer" bezeichnet. Sind Sie/Ihr Mann wehrsteuerpflichtig, haben Sie Wehrsteuer zu bezahlen?"

- ja
- nein
- w.n.

8) "Ausser der Wehrsteuer gibt es auch Einkommens- und Vermögenssteuern der Kantone und der Gemeinden...alles zusammen bezeichnet man als direkte Steuern. Welches ist nun Ihre Ansicht über die Höhe dieser direkten Steuern, also der Einkommens- und Wehrsteuer sowie der Vermögenssteuer...wenn Sie alles zusammenrechnen?"

Wenn ich alles bedenke, dann finde ich meine/meines Mannes Steuerrechnung...

- viel zu hoch
- hoch, aber tragbar . .
- einigermassen angemessen
- eher günstig
- sehr günstig
- Höhe ist unbekannt /k.A.

INTERVIEWER: KARTE 3 MIT AUSSAGEN GEBEN !

9) INTERVIEWER: KARTE 4 GEBEN !

"Von all dem, was in einem Land verdient und produziert wird - man nennt dies das Sozialprodukt - geben wir in der Schweiz dem Staat - also dem Bund, den Kantonen und Gemeinden - durch Steuern und weitere Abgaben rund 25%, also einen Viertel (INTERVIEWER: OHNE AHV/IV U.AE.).

Sprechen wir jetzt von den vier Ländern auf dieser Karte. Haben Sie den Eindruck, dort sei die Belastung durch Steuern und andere Abgaben im Vergleich zur Schweiz bei einem Einkommen wie Sie es haben eher höher, eher niedriger oder etwa gleich?"

verglichen mit der Schweiz...

eher höher etwa gleich eher niedriger k.M.

	eher höher	etwa gleich	eher niedriger	k.M.
Westdeutschland/Bundesrepublik	1	2	3	4
England/Grossbritannien	1	2	3	4
Schweden	1	2	3	4
USA/Amerika/Vereinigte Staaten	1	2	3	4

10) "Sprechen wir jetzt von der Belastung des Einkommens durch die direkten Steuern, also z.B. die Einkommens- und Wehrsteuer. Nehmen wir als Beispiel ein Ehepaar ohne Kinder mit einem steuerbaren Jahreseinkommen von 30'000 Franken. Wieviel von diesen 30'000 Franken muss man ungefähr an Einkommens- und Wehrsteuer insgesamt bezahlen...und zwar hier in(WOHNORT NENNEN!) ?"

- bis 1'000 Franken .
- bis 2'000 Franken .
- bis 3'000 Franken .
- bis 4'000 Franken .
- bis 5'000 Franken .
- bis 6'000 Franken .
- bis 7'000 Franken .
- bis 8'000 Franken .
- bis 9'000 Franken .
- bis 10'000 Franken .
- mehr
- w.n.

11) "Ein solches Einkommen von 30'000 Franken wird je nach Wohnort verschieden hoch durch kantonale und Gemeindesteuern belastet. Wie ist das zum Beispiel in....(ERSTE STADT NENNEN!), ist eine Stadt, die mittlere Einkommen eher hoch, eher niedrig oder etwa durchschnittlich belastet? Was meinen Sie?"

eher hoch durch-schnittlich eher niedrig k.M.

	eher hoch	durch-schnittlich	eher niedrig	k.M.
Zürich	1	2	3	4
Bern	1	2	3	4
Basel	1	2	3	4
Lausanne	1	2	3	4
Genf	1	2	3	4

12a) INTERVIEWER: NUR FRAGEBOGEN MIT GERADEN NUMMERN !

"Man liest etwa bei Umsatzzahlen von grossen Firmen - aber auch bei Meldungen von staatlichen Ein- und Ausgaben - immer häufiger von sogenannten "Milliarden", also von einer Zahl, die grösser ist als eine Million. Was meinen Sie...wieviele Millionen machen eine Milliarde aus...wieviele Millionen umfasst also eine Milliarde?"

1 Milliarde =

- bis 10 Millionen
- bis 100 Millionen
- bis 1'000 Millionen
- bis 10'000 Millionen
- bis 100'000 Millionen
- mehr

2b) "Eine Milliarde ist also eine sehr grosse Geldsumme. Würden Sie mir irgendetwas nennen, das man für eine Milliarde Franken kaufen, also anschaffen kann, und etwas, das man für eine Milliarde Franken bauen kann? Was meinen Sie?"

Kaufen/anschaffen:.....

 w.n.
 Bauen:
 w.n.

Kol.	Code
22	1 2 3 4 5 y
23	
24	
25	
26	
27	1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 x y
28	
29	
30	
31	
32	
33	1 2 3 4 5 6
34	y
35	y

Kol.	Code
36	
37	
38	
39	1 2
40	1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 x y
41	y
42	y
43	1 2 y
44	y
45	y

INTERVIEWER: NUR FRAGEBOGEN MIT UNGERADEN NUMMERN / GENAU NOTIEREN !

"Man baut gegenwärtig den neuen Gotthard-Strassentunnel. Das ist ein grosses Bauwerk, das viel Geld kostet. Was meinen Sie, was kostet ungefähr der neue Gotthard-Strassentunnel?"

.....tausend Franken
 Millionen Franken
 Milliarden Franken

AN ALLE

a) "Sind Sie/Ihr Mann Besitzer eines Personenautomobils?"

ja .
nein

b) "ja" BEI 14a): (WENN MEHREERE WAGEN, VON MEISTGEBRAUCHTEM SPRECHEN !)

"Wieviel kostet wohl dieses Auto im Jahr...wenn Sie alles zusammenrechnen, also das Benzin, Unterhalt, Abschreibung, Steuern usw.....schätzen Sie doch einmal!"

bis 1'000 Franken
 bis 2'000 Franken
 bis 3'000 Franken
 bis 4'000 Franken
 bis 5'000 Franken
 bis 6'000 Franken
 bis 7'000 Franken
 bis 8'000 Franken
 bis 9'000 Franken
 bis 10'000 Franken
 mehr
 v.n. / k.A.

! "Im Gegensatz zu den Bundessteuern - etwa der Wehrsteuer - die in der ganzen Schweiz gleich ist, bestehen bei den Steueransätzen der Kantone und der Gemeinden zum Teil beträchtliche Unterschiede. Aus diesem Grunde bezahlt man je nach Wohnort für das gleiche Einkommen verschieden hohe Steuern. Die jetzige Regelung hat Vor- und Nachteile..."

a) "...wenn Sie die Situation überdenken...welches ist ein Vorteil der jetzigen Regelung?"

.....

 k.M.

b) "...und was ist ein Nachteil der jetzigen Regelung?"

.....

 k.M.

c) "Wenn Sie die jetzige Lage alles in allem bedenken, finden Sie dann, man sollte die Steuern in allen Kantonen und Gemeinden angleichen, "harmonisieren" wie der Fachausdruck lautet?"

ja .
nein
k.M.

"Es gibt sogenannte "direkte" und "indirekte" Steuern. Würden Sie mir den Unterschied erklären?"

a) Ja, direkte Steuern sind...

.....

 v.n.

b) Ja, indirekte Steuern sind...

.....

 v.n.

17) "Nennen Sie mir doch je ein Beispiel für eine direkte und eine indirekte Steuer."

a) Beispiel direkte Steuer:

W.N.

b) Beispiel indirekte Steuer:

W.N.

18) "Direkte Steuern sind solche, die auf dem Lohn und dem Vermögen erhoben werden, also zum Beispiel die Einkommens- oder Mehrsteuer. Höhere Einkommen bezahlen also höhere Steuern.

Indirekte Steuern sind meist Verbrauchssteuern, also solche, die jedermann beim Kauf oder Konsum gleich bezahlt, zum Beispiel die Warenaumsatzsteuer, Bier- oder Tabaksteuern.

Was meinen Sie...kommt in der Schweiz der Staat alles in allem eher durch direkte oder eher durch indirekte Steuern zu seinen Einnahmen. Oder ist das Verhältnis etwa 50 : 50...welches ist Ihr Eindruck?"

eher mehr Einnahmen aus direkten Steuern
(auf Einkommen/Vermögen)

eher mehr Einnahmen aus indirekten Steuern
(auf Verbrauch/Konsum)

etwa gleich/hälftige Einnahmen

19) "Die westeuropäischen Länder - also auch die Schweiz - sinken gegenwärtig die Zölle immer weiter, so dass es in einigen Jahren an den Grenzen keine solchen Abgaben mehr gibt. Hat dieser Zollabbau nach Ihrer Ansicht eher günstige oder eher ungünstige Auswirkungen?"

eher günstige Wirkungen

eher ungünstige Wirkungen

W.N.

20a) "Welche günstigen Auswirkungen hat der Zollabbau für Sie persönlich?"

Handel wird erleichtert

Preise werden günstiger

anderes:

W.N.

20b) "Welche ungünstigen Auswirkungen kann ein Zollabbau auch haben?"

Staat hat weniger Zolleinnahmen/keine Einnahmen mehr

anderes:

W.N.

21a) INTERVIEWER: BEI GERADEN FRAGEBOGENNUMMERN FRAGEN :

"Dem Bund entgehen durch den Zollabbau ganz erhebliche Beträge... was meinen Sie, wieviel Zollgelder entgehen dem Bund heute etwa pro Jahr, wenn man mit der Regelung vor dem Beginn des Hauptabbaues vergleicht?"

bis 500 Millionen . . .

bis 1'000 Mio/1 Milliarde

bis 1,5 Milliarden . . .

bis 2 Milliarden . . .

bis 2,5 Milliarden . . .

bis 3 Milliarden . . .

bis 3,5 Milliarden . . .

bis 4 Milliarden . . .

mehr als 4 Milliarden .

W.N.

Kol.	Code
46	y
47	y
48	1 2 3
49	1 2 y
50	1 2 x y
51	1 x y
52	1 2 3 4 5 6 7 8 9 y

21b) INTERVIEWER: BEI UNGERADEN FRAGEBOGENNUMMERN KARTE 5 ZEIGEN !

«Wie gross ist etwa der Einnahmefall des Bundes - wieviel Prozent des jetzigen Budgets des Bundes würden durch die Zölle gedeckt, wenn kein Zollabbau stattgefunden hätte?»

- bis 5 % . . .
- bis 10 % . . .
- bis 15 % . . .
- bis 20 % . . .
- bis 25 % . . .
- bis 30 % . . .
- bis 35 % . . .
- bis 40 % . . .
- bis 45 % . . .
- bis 50 % . . .
- mehr als 50%
v.n.

Kol.	Code *
53	
	1
	2
	3
	4
	5
	6
	7
	8
	9
	0
	x
	y

22) AN ALLE

«Wir alle bezahlen Steuern, und zwar an den Bund, an den Wohnkanton und an die Wohngemeinde. Und zwar direkte Steuern wie die Einkommens- oder Mehrsteuer und indirekte Steuern wie zum Beispiel die MUST oder den Benzinzollzuschlag.

Was meinen Sie, wie gross sind die Anteile von Bund, Kantonen und Gemeinden am gesamten Steuerertrag? Sagen Sie es mit Hilfe dieser Karte!»

INTERVIEWER: KARTEN 6 GEBEN !

BUND + KANTONE + GEMEINDEN = 100% !

Bund: bis 10% 15% 20% 25% 30% 35% 40% 45% 50% 60% 70% und mehr

 1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 x

54

Kantone: bis 10% 15% 20% 25% 30% 35% 40% 45% 50% 60% 70% und mehr

 1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 x

55

Gemeinden: bis 10% 15% 20% 25% 30% 35% 40% 45% 50% 60% 70% und mehr

 1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 x

56

v.n.

y

23) INTERVIEWER: JE NACH WOHNKANTON DER/DES BEFRAGTEN DIE ANTWORT BEI DEN NACHFOLGENDEN FRAGEN 23a) BIS 23d) IN DEN SPALTEN DER GRUPPEN I.- III EINTRAGEN !

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Kol.	Code
	Aargau/Baselstadt/Basel- land/Genf/Schaffhausen/ Solothurn/Zürich	Appenzell AR/Bern/Freiburg/ Glarus/Luzern/Neuenburg/ St. Gallen/Tessin/Thurgau/ Waadt/Wallis	Appenzell IR/Graubünden Nidwalden/Obwalden/ Schwyz / Uri / Zug		
23 a) "Wenn bei einer Abstimmung darüber entschieden würde, ob man die dem Bund zufließenden Steuern und Abgaben erhöhen sollte, wären Sie dann dafür oder dagegen?"					
für höhere Bundessteuern	1	2	3	57	y
gegen höhere Bundessteuern	4	5	6		
			k.A.		
23 b) "Wissen Sie, ob zum Beispiel Ihr Wohnkanton, also der... vom Bund Beträge bekommt oder behält der Bund seine Steuereinnahmen für sich und seine eigenen Aufgaben?"					
Kanton/e erhalten Anteile	1	2	3	58	y
Bund behält alles	4	5	6		
			W.o.		
23 c) "Es ist nun tatsächlich so, dass die Kantone vom Bund Beiträge erhalten und damit einen kleineren oder grösseren Teil der kantonalen Aufgaben bezahlen. Was meinen Sie, wie ist das im Falle Ihres Wohnkantons, also des....? Wie gross ist etwa der Anteil der Bundesgelder an allen Einnahmen? Machen Sie mit Hilfe dieser Karte eine Schätzung!"					
<u>INTERVIEWER:</u> KARTE 7 GEBEN !					
Bundesanteil...	59	60	61		
bis 10%	1	1	1		
bis 20%	2	2	2		
bis 30%	3	3	3		
bis 40%	4	4	4		
bis 50%	5	5	5		
bis 60%	6	6	6		
bis 70%	7	7	7		
bis 80%	8	8	8		
bis 90%	9	9	9		
bis 100%	0	0	0		
k.A.	y	y	y		
23 d) <u>INTERVIEWER:</u> KARTE 8 GEBEN MIT WIRKLICHEN PROZENTZAHLEN ZEIGEN, AUF WOHNKANTON HINWEISEN !					
"Auf dieser Karte sehen Sie die richtigen Anteile für 1974. Das Verhältnis hat sich seither nicht stark geändert. Haben Sie aufgrund dieser Zahlen ein Interesse, an hohen oder an niedrigen Bundessteuern?"					
Ich habe Interesse an hohen Bundessteuern	1	2	3	62	y
Ich habe Interesse an niedrigen Bundessteuern	4	5	6		
			W.o.		

24) *Sprechen wir jetzt einmal von der Lage des Finanzhaushaltes beim Bund, also der Eidgenossenschaft...viele Leute sagen auch einfach in "Bern". Wie ist nach Ihren Kenntnissen die Finanzlage des Bundes gegenwärtig...macht der Bund eher einen Ueberschuss, also einen Gewinn, sind Einnahmen und Ausgaben etwa im Gleichgewicht oder sind die Ausgaben höher, gibt es also ein Defizit beim Bund?*

eher Ueberschuss/Gewinn
Einnahmen/Ausgaben etwa im Gleichgewicht
Ausgaben eher höher/Defizit
w.n.

Kol.	Code
63	1 2 3 y

25) *Und wie gross sind - alles in allem - die jährlichen Einnahmen des Bundes aus Steuern?*

..... Millionen
..... Milliarden
w.n.

64	
65	y

26) INTERVIEWER: KARTE 9 GEBEN !

Auf dieser Karte lesen Sie, dass die jährlichen Steuereinnahmen des Bundes gegenwärtig etwa 13 Milliarden Franken betragen. Die Bundesschuld beläuft sich gegenwärtig auf rund 12 Milliarden Franken, für die man jährlich etwa 600 Millionen - also etwas mehr als eine halbe Milliarde - Zinsen bezahlen muss. Wie beurteilen Sie dieses Verhältnis?

Schulden sind hoch / sehr hoch
einigermassen im Rahmen / tragbar
eher günstig/günstig
k.M.

66	1 2 3 y
----	------------------

27) *Wenn man davon spricht, dass der Staat sparen und sich einschränken sollte...bei was, wie sollte denn in erster Linie gespart werden?*

INTERVIEWER: KONKRETE ANGABEN VERLANGEN !

1.
.....
2.
.....
3.

67	
68	

28a) INTERVIEWER: BEI GERADEN FRAGEBOGENNUMMERN :

Haben Sie schon davon gehört, dass auch das Brot, das wir täglich geniessen, durch Subventionen verbilligt ist?

ja
nein

69	1 2
----	--------

28b) *Wieviele Rappen machen die Subventionen auf dem Brot etwa aus pro Kilo?*

bis 5 Rappen
bis 10 Rappen
bis 15 Rappen
bis 20 Rappen
bis 25 Rappen
bis 30 Rappen
bis 35 Rappen
bis 40 Rappen
bis 45 Rappen
bis 50 Rappen
mehr
w.n.

70	1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 x y
----	--

29) INTERVIEWER: BEI UNGERADEN FRAGEBOGENNUMMERN

Ein wesentlicher Teil der Subventionen geht zum Beispiel in die Landwirtschaft, um Brot, Milch und andere Lebensmittel zu verbilligen. Wären Sie zum Beispiel einverstanden, wenn das Brot 20 Rappen teurer würde?

ja .
nein
k.M.

71	1 2 y
----	-------------

AN ALLE

30) "Wenn Sie an Beamte denken, mit denen Sie persönlich zu tun hatten...unterscheiden sich diese irgendwie von anderen Leuten, oder sind sie mehr oder weniger gleich wie wir alle?"

sie unterscheiden sich
sind mehr oder weniger wie wir alle
k.M.

Kol.	Code
72	1
	2
	y

31) INTERVIEWER: KARTE 10 GEBEN / SCHÄTZEN LASSEN !

"Wieviel von allen Steuereinnahmen des Bundes werden etwa aufgewendet für die Bezahlung der Bundesbeamten und Angestellten ohne SBB/PTT? Schätzen Sie doch bitte mit Hilfe dieser Karte!"

für Löhne/Gehälter etc.
bis 5%
bis 10%
bis 15%
bis 20%
bis 25%
bis 30%
bis 35%
bis 40%
bis 45%
bis 50%
mehr als 50%
k.A.

73	1
	2
	3
	4
	5
	6
	7
	8
	9
	0
	x
	y

32) "Man macht ab und zu Vergleiche zwischen den Einkommen der Bundesbeamten und denjenigen von Angestellten in der Privatwirtschaft.
Wenn Sie an das Einkommen und die Nebenleistungen denken, die ein Bundesbeamter in mittlerer oder unterer Stellung erhält, und dies mit einem entsprechenden Einkommen eines Angestellten in der Privatwirtschaft vergleichen...ist dann der Bundesbeamte eher besser, eher schlechter oder etwa gleich gestellt?"

Mittlerer/unterer Bundesbeamter ist gestellt...
eher besser
etwa gleich
eher schlechter
k.M.

74	1
	2
	3
	y

33) "Und wenn Sie an einen leitenden Beamten, einen Chefbeamten, Sektionschef usw. denken...wie ist dieser im Vergleich zu einem leitenden Angestellten in der Privatwirtschaft gestellt?"

Leitender/Chefbeamter ist gestellt...
eher besser
etwa gleich
eher schlechter
k.M.

75	1
	2
	3
	y

34) "Der 13. Monatslohn gibt immer wieder zu Diskussionen Anlass. Sind Sie der Ansicht, die Bundesbeamten hätten in diesem Jahr auf den 13. Monatslohn ein Anrecht oder nicht?"

ja, Anrecht
nein, kein Anrecht
k.M.

76	1
	2
	y

35) INTERVIEWER: KARTE 11 GEBEN !

"Auf dieser Karte stehen einige Zahlen. Eine davon gibt die Gesamtzahl aller Bundesbeamten in der ganzen Schweiz an, und zwar ohne SBB und PTT. Welches ist wohl die zutreffende Beamtenzahl des Bundes? Schätzen Sie doch einmal!"

7'000
15'000
24'000
32'000
51'000
76'000
102'000
k.A.

77	1
	2
	3
	4
	5
	6
	7
	y

36) "Die Zahl aller Bundesbeamten in der ganzen Schweiz ist gegenwärtig etwa 32'000. Wieviele von diesen 32'000 Beamten arbeiten wohl in Bern und Umgebung?"

bis 5'000 Beamte in Bern
bis 10'000 Beamte in Bern
bis 15'000 Beamte in Bern
bis 20'000 Beamte in Bern
bis 25'000 Beamte in Bern
bis 32'000 Beamte in Bern
k.A.

78	1
	2
	3
	4
	5
	6
	y

37a) INTERVIEWER: KARTE 12 MIT TEXT MEHRWERTSTEUER ZEIGEN !

"Der Bund plant, eine sogenannte Mehrwertsteuer einzuführen. Haben Sie schon davon gehört oder gelesen?"

ja
nein (zu 38) .

37b) "Was heisst "Mehrwertsteuer", was will man damit sagen?"

.....
.....
.....
w.n.

37c) FALLS "ja" BEI FRAGE 37a:

"Finden Sie eine solche Mehrwertsteuer eine gute Sache, etwas, das man einführen sollte oder ist dies nicht ratsam?"

ja, einführen
nein, nicht einführen
k.n.

38) INTERVIEWER: KARTE 13 GEBEN !

"Wenn am nächsten Wochenende über die Einführung der Mehrwertsteuer abgestimmt würde, was würden Sie dann wohl tun? Sagen Sie es mir bitte mit Hilfe dieser Karte!"

an die Urne gehen und ja stimmen
an die Urne gehen und nein stimmen
ich weiss noch nicht, was ich stimmen würde
ich würde überhaupt nicht abstimmen gehen

39) "Welches ist wohl der Hauptgrund, dass der Bund eine solche Mehrwertsteuer einführen will?"

Bund braucht mehr Geld/benötigt mehr Einnahmen
anderes:
.....
w.n.

40) "Man sagt, durch die Einführung der Mehrwertsteuer würden gewisse Produkte teurer. Stimmt das wohl?"
(WENN JA) "Welche Produkte werden wohl teurer?"

nein, stimmt nicht
ja, es werden teurer:
.....
w.n.

41a) "Es gibt Länder, die die Mehrwertsteuer bereits eingeführt haben...ist dies in Europa eine Mehrheit oder eine Minderheit?"

eher Mehrheit
eher Minderheit
w.n.

41b) "Soweit Sie davon schon gehört oder gelesen haben...sind die Erfahrungen mit der Mehrwertsteuer im Ausland alles in allem eher günstig oder eher ungünstig?"

eher günstig
eher ungünstig
w.n.

42) WENN BEFRAGTE/R VERHEIRATET:

"Sind Sie/ist Ihre Ehefrau berufstätig?"

ja
nein

	Kol.	Code
KA	5	2
	6	1 2
	7	
		w.n. y
	8	1 2 y
	9	1 2 3 4
	10	1 x y
	11	1 y
	12	1 2 y
	13	1 2 y
	14	1 2

		KoI.	Code
43) BEI GERADEN FRAGEBOGENNUMMERN !			
43a)	"Eine Ehefrau kann heute vom gemeinsam versteuerten Einkommen für die eigene Berufstätigkeit einen <u>Abzug von 2'000 Franken</u> machen. Finden Sie diesen Abzug angemessen oder ist er eher zu klein?"	15	1 2 y
	angemessen eher zu klein k.M.		
43b)	"Man hat im Sinne, diesen Abzug bei der Einführung der Mehrwertsteuer von 2'000 Franken auf <u>2'500 Franken</u> zu erhöhen. Finden Sie das angemessen?"	16	1 2
	ja nein		
43c)	FALLS "nein" BEI 43b : "Auf welchen Betrag sollte man den Abzug etwa erhöhen?"	17	1 2 3 4 5 6 7 8 9 y
	auf 2'500 Franken . . . auf 3'000 Franken . . . auf 3'500 Franken . . . auf 4'000 Franken . . . auf 4'500 Franken . . . auf 5'000 Franken . . . auf 5'500 Franken . . . auf 6'000 Franken . . . auf noch mehr k.A.		
<hr/>			
44a) BEI UNGERADEN FRAGEBOGENNUMMERN !			
44a)	"Eine Ehefrau kann heute vom gemeinsam versteuerten Einkommen für die eigene Berufstätigkeit einen <u>Abzug von 2'000 Franken</u> machen. Finden Sie diesen Abzug angemessen oder ist er eher zu klein?"	18	1 2 y
	angemessen eher zu klein k.M.		
44b)	"Man hat im Sinne, diesen Abzug bei der Einführung der Mehrwertsteuer von 2'000 Franken auf <u>4'000 Franken</u> zu erhöhen. Finden Sie das angemessen?"	19	1 2
	ja nein		
44c)	FALLS "nein" BEI 44b : "Auf welchen Betrag sollte man den Abzug etwa erhöhen?"	20	1 2 3 4 5 6 7 8 9 y
	auf 2'500 Franken . . . auf 3'000 Franken . . . auf 3'500 Franken . . . auf 4'000 Franken . . . auf 4'500 Franken . . . auf 5'000 Franken . . . auf 5'500 Franken . . . auf 6'000 Franken . . . auf noch mehr k.A.		
<hr/>			
45) INTERVIEWER: BEI GERADEN FRAGEBOGENNUMMERN FRAGEN :			
	"Nicht jedermann ist wehrsteuerpflichtig. Die heutige Mindestgrenze liegt bei Verheirateten bei einem Einkommen von 10'200 Franken. Bei der Einführung der Mehrwertsteuer will man gleichzeitig die <u>Grenze der Wehrsteuer von 10'200 Franken auf 18'000 Franken</u> hinaufsetzen. Dadurch werden von den bisherigen 2 Millionen Wehrsteuerpflichtigen ca. 50% frei, d.h. es gibt nur noch etwa 1 Million Wehrsteuerpflichtige.	21	1 2 y
	Würden Sie einer Vorlage zustimmen, die die Wehrsteuergrenze von 10'200 auf 18'000 Franken hinaufsetzt?"		
	ja nein k.M.		

5) INTERVIEWER: BEI UNGERADEN FRAGEBOGENNUMMERN FRAGEN :

«Nicht jedermann ist wehrsteuerpflichtig. Die heutige Mindestgrenze liegt bei Verheirateten bei einem Einkommen von 10'200 Franken. Bei der Einführung der Mehrwertsteuer will man gleichzeitig die Grenze der Wehrsteuer von 10'200 Franken auf 25'000 Franken hinaufsetzen. Dadurch werden von den bisherigen 2 Millionen Wehrsteuerpflichtigen ca. 75% frei, d.h. es gibt dann nur noch etwa 500'000 Wehrsteuerpflichtige.

Würden Sie einer Vorlage zustimmen, die die Wehrsteuergrenze von 10'200 auf 25'000 Franken hinaufsetzt?»

ja
nein
k.M.

Kol.	Code
22	1 2 y

AN ALLE

47) «Man macht bei der Mehrwertsteuerpflicht beträchtliche Ausnahmen (reduzierter Satz von 3% auf Esswaren, Medikamenten, Zeitungen, Büchern, Futtermitteln). Sind Sie unter diesen Umständen mit der Einführung der Mehrwertsteuer eher einverstanden?»

ja
nein
k.M.

23	1 2 y
----	-------------

48) «Würden Sie der Mehrwertsteuereinführung eher zustimmen, wenn man beim Wein einen von 10% auf 3% ermässigten Ansatz anwenden würde?»

ja
nein
k.M.

24	1 2 y
----	-------------

49) «Man diskutiert in den Räten auch darüber, ob man den Ansatz bei der Mehrwertsteuer bei 9 oder bei 10% festlegen will. Ein Prozent macht beim Bund immerhin 800 Millionen Franken Mehr- oder Mindereinnahmen aus. Ist es für Sie persönlich von grosser Bedeutung, ob der Mehrwertsteueransatz 9 oder 10% beträgt?»

ja
nein
k.M.

25	1 2 y
----	-------------

50) INTERVIEWER: KARTE 14 MIT ZAHLEN VON 10 - 1 ZEIGEN !

«Wie dringlich ist nach Ihrer Meinung die Einführung der Mehrwertsteuer in der Schweiz? Sagen Sie es mir bitte mit Hilfe dieser Karte. 10 bedeutet sehr dringlich, 1 bedeutet gar nicht dringlich, die übrigen Zahlen entsprechen den Dringlichkeitsstufen dazwischen.»

Dringlichkeitsstufe:

26	
----	--

51) «Im nächsten Jahr wird über die Einführung der Mehrwertsteuer in der Schweiz abgestimmt.
Nehmen wir einmal an, dass die Mehrwertsteuer-Vorlage an der Urne abgelehnt wird ...was wären dann wohl die Folgen, was würde geschehen? Was meinen Sie?»

.....
.....
.....
.....
k.M.

27	
28	y

52) «Gäbe es wohl irgendeine Ersatzlösung für die Mehrwertsteuer? Was wäre das?»

.....
.....
.....
.....
k.M.

29	
30	y

53) INTERVIEWER: BLATT 15 MIT BEHAUPTUNGEN ZEIGEN !

Kol.	Code
------	------

"Man hört und liest über die Mehrwertsteuer recht unterschiedliche Ansichten. Auf diesem Blatt sehen Sie einige Behauptungen für und gegen die Mehrwertsteuer. Würden Sie mir bitte jeweils sagen, ob Sie mit der betreffenden Aussage "eher einverstanden" oder "eher nicht einverstanden sind?"

	Bin eher einverstanden	Bin eher nicht einverstanden	Weder-noch/ keine Meinung
	31	32	33
- Der Bund hat die zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen unbedingt nötig, sonst müsste er sich noch mehr verschulden	1	1	1
- Man kann die Mehrwertsteuer-Vorlage ruhig ablehnen, der Bund findet schon einen anderen Weg, um zu Geld zu kommen	2	2	2
- Die Mehrwertsteuer ist gerechter als die Umsatzsteuer und deshalb zu befürworten	3	3	3
- Statt der Mehrwertsteuer sollte man die AHV-Beiträge, also die Lohnprozente, erhöhen	4	4	4
- Die Mehrwertsteuer ist gerechter, weil nicht nur der letzte - nämlich der Käufer - den ganzen Betrag berappen muss, sondern bereits die früheren Verarbeiter zur Kasse gebeten werden	5	5	5
- Man sollte das Gastgewerbe von der 10%-Mehrwertsteuer befreien	6	6	6
- Statt der Mehrwertsteuer sollte man die bisherige Warenumsatzsteuer erhöhen	7	7	7
- Auch die Schweiz sollte die Mehrwertsteuer einführen, da die umliegenden Länder diese bereits haben	8	8	8
- Die Mehrwertsteuer trifft vor allem die mittleren und kleineren Einkommen	9	9	9
- Wenn die Steuern alles in allem gleich hoch bleiben würden, könnte ich dem neuen System der Mehrwertsteuer zustimmen	0	0	0
- Die Mehrwertsteuer bringt nur neuen Papierkrieg und ist deshalb abzulehnen	x	x	x
- Wenn beim Bund wirklich gespart würde, brauchte es keine Mehrwertsteuer	y	y	y
	34	35	36
- Die Mehrwertsteuer ist viel einfacher zu erheben, weil es in Zukunft bei der Mehrsteuer nur noch halb so viele Steuerpflichtige gibt wie bisher	1	1	1
- Die Mehrwertsteuer fördert die Geldentwertung/Inflation	2	2	2
- Die Ansätze für die schweizerische Mehrwertsteuer werden höher sein als im Ausland	3	3	3
- Die Ansätze für die schweizerische Mehrwertsteuer werden tiefer/niedriger sein als im Ausland	4	4	4

4) INTERVIEWER: BLATT 16 MIT BILDLICHER DARSTELLUNG DER MEHRWERTSTEUER GEBEN !

Die Mehrwertsteuer ist eigentlich eine abgeänderte, erweiterte Warenumsatzsteuer. Auf diesem Bild hat man versucht, das jetzige Prinzip der MUST und das neue der MWST zu erklären: Statt dass der ganze Steuerbetrag - hier 246 Franken - beim Verkauf der Möbel bezahlt wird, entsteht bei der Mehrwertsteuer auf jeder Zwischenstufe eine neue Steuerforderung, die - obwohl sie zusammengerechnet mehr ergibt - vom Käufer und Konsumenten nicht voll bezahlt werden muss... er zahlt in diesem Fall nur 90 Franken Steuern - alle Beträge zusammen ergeben aber für den Staat MWST von 440 Franken, also mehr als bisher. Bei der Mehrwertsteuer ist es wichtig, dass jeder Weiterverarbeitende Steuern bezahlen muss, während bei der Warenumsatzsteuer der ganze Steuerbetrag am Ende der Kette, also vom Konsumenten beim Kauf vom Detaillisten bezahlt werden musste."

INTERVIEWER: JETZT AUCH BLATT 17 GEBEN !

"Darf ich Sie nun zum Abschluss bitten, diesen Text noch genau durchzulesen. Ich werde Sie nachher fragen, ob Sie diesem Vorschlag zustimmen können oder nicht?"

Die Finanzplanung des Bundes ergibt - ohne Massnahmen zur Beschaffung von Mehreinnahmen - für die Jahre 1977 bis 1979 wachsende Defizite zwischen 2 bis 4 Milliarden. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass dieser unbefriedigenden Entwicklung des Bundeshaushaltes nicht allein von der Ausgabenseite her beizukommen ist, sondern vielmehr neue Einnahmen erschlossen werden müssen. In seiner Vorlage über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanz- und Steuerrechtes des Bundes schlägt er daher die Umgestaltung der heutigen Warenumsatzsteuer in eine ergiebigeren Mehrwertsteuer vor. Daraus werden Mehreinnahmen in der Grössenordnung von 3 Milliarden erwartet. Gleichzeitig beantragt der Bundesrat, den Tarif bei der Mehrsteuer so zu ändern, dass die kleineren und mittleren Einkommen erheblich entlastet würden, während die hohen Einkommen stärker besteuert werden sollen. Dadurch entstehen dem Bund Einnahmehausfälle von rund 400 Millionen. Gesamthaft soll das Finanzpaket des Bundesrates dem Bund höhere Steuereinnahmen von etwa 2,5 Milliarden verschaffen. Die Vorlage gelangt voraussichtlich im nächsten Jahr zur Abstimmung.

kann zustimmen 1
kann nicht zustimmen 2
k.A. y

55) "Am 25./26. September, also vor etwa drei Wochen, war eine eidgenössische Abstimmung. Dabei wurde über zwei Dinge abgestimmt, einen Verfassungsartikel und ein Volksbegehren...wüber wurde abgestimmt?"

Verfassungsartikel über Radio und Fernsehen 1
Staatliche Haftpflichtversicherung für Motorfahrzeuge und Fahrräder 2
anderes (FALSCH ANGABEN) x
w.n. y

56a) INTERVIEWER: AMTLICHER TEXT VON VERFASSUNGSARTIKEL/VOLKSBEGEHREN DER ABSTIMMUNG VOM 25./26. SEPTEMBER 1976 ZEIGEN !

"Vor eidgenössischen Abstimmungen erhalten die Stimmbürger solche Verfassungs- oder Initiativtexte. Je nachdem ist der Text auch länger oder illustriert. Können Sie sich erinnern, diesen Text erhalten zu haben?"

ja 1
nein 2

56b) "Dieser Text vom 25./26. September ist sehr einfach und ohne jede Erläuterung. Wenn man ihn liest, versteht man, worum es geht. Oft muss man jedoch über recht komplizierte Dinge abstimmen, zum Beispiel im nächsten Frühjahr über die Mehrwertsteuer, deren Funktion nicht jedermann bekannt ist. Würden Sie es begrüssen, wenn der Bund in solchen Fällen dem Text des Beschlusses eine Erläuterung - vielleicht mit Abbildungen - beilegt?"

ja 1
nein 2

56c) WENN "nein" BEI 56b :

"Warum sind Sie gegen solche Erläuterungen?"

.....
.....
.....
.....
k.A.

Kol.	Code
37	1 2 y
38	1 2 x y
39	1 2
40	1 2
41	y

57) "Sprechen wir nun etwas von der Art, wie man sich vor Abstimmungen orientiert. Nehmen wir an, Sie seien etwas unentschlossen, ob Sie an der Urne "ja" oder "nein" stimmen sollten...wie kommen Sie da zu einem Entschluss? Reden Sie mit anderen oder machen Sie sonst etwas? Was?"

INTERVIEWER: BEFRAGTE/N NACHDENKEN LASSEN, BEI BEDARF AUF DIE LETZTE ABSTIMMUNG UEBER DEN RADIO- UND FERNSEHARTIKEL EINGEHEN UND DANN AUSFUEHRICH NOTIEREN !

k.A.

58a) INTERVIEWER: KARTE 18 GEBEN / ANTWORTEN NACH FRAGE 58b EINTRAGEN !

"Ich frage Sie nun, wie gross Ihr Vertrauen in die Sachkenntnis und Neutralität von einigen Orientierungshilfen bei Abstimmungen ist. Auf dieser Karte bedeutet 10 "sehr gross/gut" und 1 "sehr klein/schlecht", die übrigen Noten liegen dazwischen. Welche Note geben Sie zum Beispiel für.....?"

58b) INTERVIEWER: IMMER NOCH KARTE 18 !

"Wenn Sie jetzt von diesen acht Orientierungshilfen nur noch drei haben könnten, welches wären Ihnen dann die drei Unentbehrlichsten?"

	Zu a)	Zu b)
	Noten von 10 - 1	Drei Unentbehrlichste
Artikel/Redaktionsbeiträge in Zeitungen	44	52 1
Sendungen am Radio	45	2
Sendungen am Fernsehen	46	3
Rat von Ehefrau/Ehemann	47	4
Rat von Arbeitskollegen/-kolleginnen am Arbeitsplatz	48	5
Rat von anderen Leuten / Freunde / Bekannte	49	6
Prospekte, Flugblätter, Drucksachen von politischen Parteien	50	7
Offizielle Parolen/Empfehlungen der politischen Parteien	51	8

59a) "Sind Sie selbst vor Abstimmungen auch schon um Rat gefragt worden?"

ja
nein

59b) WENN "ja" BEI 59a:

"Wer hat Sie um Rat gefragt?"

k.A.

60a) "Vor Abstimmungen sprechen ab und zu auch Bundesräte am Fernsehen und am Radio. Schätzen Sie diese Auftritte oder sollte man darauf eher verzichten?"

sehe/höre gerne Bundesräte an TV/Radio
man sollte auf solche Auftritte verzichten
k.M.

60b) "Wenn Bundesräte vor Abstimmungen am Fernsehen oder Radio auftreten, nehmen sie in der Regel Stellung und setzen sich für die Ihrer Meinung nach richtige Lösung ein.

Es gibt aber Leute, die finden, Bundesräte sollten sich neutral zurückhalten und keine Stellung beziehen. Andere Leute wieder finden, auch Bundesräte sollten das Recht haben, sich für eine Vorlage einzusetzen...welches ist Ihre Ansicht zu dieser Angelegenheit?"

Bundesräte sollten neutral/zurückhaltend sein
Bundesräte sollten Stellung nehmen/sich einsetzen
k.M.

Kol.	Code
42	
43	
	y
53	1 2
54	y
55	1 2 y
56	1 2 y

Zusätzliche Statistikmerkmale

											Kol.	Code	
											KA	5	9
61)	"Nehmen wir an, im Laufe eines Jahres würden etwa 10 Abstimmungen und Wahlen stattfinden. An wievielen von diesen 10 Abstimmungen und Wahlen nehmen Sie normalerweise teil? Wie oft gehen Sie an die Urne?"										45		
	1x	2x	3x	4x	5x	6x	7x	8x	9x	10x			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	0			
											nie	x	
											k.A.	y	
62)	"Welche politische Partei oder Gruppe kommt Ihren eigenen Vorstellungen und Wünschen am nächsten? Wer ist Ihnen am meisten sympathisch?"										46		
	Freisinnige (FDP)/Radikaldemokraten/Liberaldemokraten											1	
	Christlichdemokraten (CVP) früher Katholisch Konservative . . .											2	
	Sozialdemokraten (SP Schweiz)											3	
	Schweizerische Volkspartei (SVP) früher GBG											4	
	Evangelische Volkspartei (EVP)											5	
	Landesring der Unabhängigen											6	
	Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS)											7	
	Republikaner (REP) / Nationale Aktion											8	
	andere											9	
	keine Partei/Gruppe usw.											0	
											k.A.	y	
63)	"Wenn Sie an Ihr gegenwärtiges Leben denken, an Ihre Wünsche und das, was Sie bisher erreicht haben...würden Sie sagen, Ihr jetziges Leben entspreche Ihren Wünschen, Ihren Vorstellungen "ganz/weitgehend", "einigermassen" oder "kaum/überhaupt nicht" ?"										47		
	ganz / weitgehend											1	
	einigermassen											2	
	kaum/nicht											3	
	keine Angabe											y	
64)	"Werden Ihre Ziele und Wünsche wohl einmal Wirklichkeit oder besteht in dieser Richtung nur eine geringe Chance?"										48		
	Realisierungschance ist gross/gut											1	
	Realisierungschance ist eher klein/gering											2	
											w.n.	y	
65)	INTERVIEWER: LISTE 19 MIT BEDÜRFNISSEN GEBEN ! "Auf dieser Liste stehen Dinge, die man sich im Leben wünscht, auf die man hofft, die man aber kaum je ganz erreichen oder verwirklichen kann. Wenn Sie an sich selbst denken...würden Sie mir dann bei jedem Punkt sagen, ob Sie in dieser Hinsicht "ziemlich" oder gar "sehr zufrieden" sind...oder ob in dieser Hinsicht noch mancher Wunsch, manche Hoffnung bleibt?"												
											bin sehr/ ziemlich zufrieden	habe noch manchen Wunsch	k.A.
											49	51	53
	Ernährung / Essen / Trinken										1	1	1
	Obdach / Wohnung / Haus / Raum										2	2	2
	Erholung / Schlaf / Ruhe / Ferien / Freizeit										3	3	3
	Gesundheit / Spannkraft / Fitness										4	4	4
	Bekleidung / Vollständigkeit und Qualität . .										5	5	5
	Arbeit / Beschäftigung										6	6	6
	Umweltbedingungen (Wasser/Luft/Lärm/Landschaft)										7	7	7
	Familie / Kinder / Liebe / Sex										8	8	8
	Freunde / Bekannte / Kontakte / Gespräche . .										50	52	54
	Unterhaltung / Anregung / Abwechslung/ Kultur										1	1	1
	Sicherheit / Geborgenheit / Schutz										2	2	2
	Achtung der Mitmenschen / Einfluss / Bedeutung										3	3	3
	Bequemlichkeit / Komfort / Luxus										4	4	4
	Lebenssinn / Lebensinhalt / Lebensziel										5	5	5
											6	6	6

S T A T I S T I K

	Kol.	Code		Kol.	Co
<u>GESCHLECHT:</u> Mann Frau	55	1 2	<u>ZIVILSTAND:</u> ledig verheiratet verwitwet/geschieden	61	
<u>ALTER:</u> 20 - 24 Jahre 25 - 29 Jahre 30 - 34 Jahre 35 - 39 Jahre 40 - 49 Jahre 50 - 59 Jahre 60 - 64 Jahre 65 - 69 Jahre 70 - 74 Jahre 75 - 84 Jahre	56	2 3 4 5 6 7 8 9 0 x	<u>KONFESSION:</u> protestantisch katholisch andere Konfession keine Konfession	62	
<u>LEBENSSTANDARDKLASSE:</u> LSK I (Gutsituierte) LSK II (oberer Mittelstand) LSK III (unterer Mittelstand) LSK IV (Wenigbemittelte)	57	1 2 3 4	<u>SCHULE:</u> zuletzt besuchte Primarschule Sekundar-/Real-/Bezirksschule Berufsschule/Gewerbeschule Mittelschule/Gymnasium/Tech./Seminar Hochschule/Uni/Poly/ETH	63	
<u>ANZAHL PERSONEN IM HAUSHALT (inkl. Untermieter):</u> 1 Person 2 Personen 3 Personen 4 Personen 5 Personen 6 und mehr Personen	58	1 2 3 4 5 6	<u>ANSAESSIGKEIT AM JETZIGEN WOHNORT:</u> bis 5 Jahre bis 10 Jahre länger	64	
<u>BERUF des HAUSHALTVORSTANDES</u> <u>INTERVIEWER:</u> D.H. BERUF DES EHEMANNES/VATERS, WENN BEFRAGTE PERSON EHEFRAU ODER ZU HAUSE LEBENDE/R TOCHTER ODER SOHN IST! LIEBRIGE FAEELLE: BERUF DER BEFRAGTEN PERSON! Haushaltvorstand...ist nicht berufstätig/pensioniert/Rentner ist in Ausbildung/studiert ist berufstätig ist teilweise berufstätig	59	1 2 3 4	<u>BEFRAGTE/R IST...</u> berufstätig (mehr als 20 Std./Woche) teilweise berufstätig (5-20 Std./Woche) nicht berufstätig (weniger als 5 Std. pro Woche)	65	
<u>ausgeübter Hauptberuf/Tätigkeit (BEI PENSIONIERTEN: zuletzt ausgeübter Beruf):</u> <u>Stellung im Beruf:</u> <u>Branche</u> :	60	1 2 3 4	<u>BEFRAGTE/R WOHNT IN...</u> Einfamilienhaus Mehrfamilienhaus	66	
			<u>BESITZERVERHAELTNISSE:</u> Eigentümer Mieter/Pächter	67	
			<u>IM HAUSHALT VORHANDEN:</u> TV-Apparat Personenautomobil	68	
			<u>vom Interviewer NICHT auszufüllen!</u>		
			KT	69	
			MR	70	
			SA	71	
			ST	72	
				73	
				74	
				75	

* Der Interviewer bestätigt mit seiner Unterschrift, das Interview instruktionsgemäss durchgeführt zu haben:

Ort und Datum:

Dauer des Interviews: Minuten

Unterschrift:

